STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_18990420

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

PUBLIC DOMAIN

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 92. 13. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt") beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3248) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Waberský in Hamburg.

Donnerstag, den 20. April 1899.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Zur Kritik des Berufsrichterthums.

Eines der wichtigsten und verantwortungsvollsten Aemter, die der Staat zu vergeben hat, ist das des Richters. Von der Art, wie dieses Amt ausgeübt wird, ist das Ansehen der Rechtspflege bezw. die Wirkung derselben auf den öffentlichen Geist abhängig. Im Richterspruch wird die autoritäre Entscheidung gegeben über Ehre und Gut, Freiheit und Leben. Privatrecht und Strafrecht stellen an den Richter mitunter Aufgaben, die als ungemein schwere bezeichnet werden müssen, sofern er es ernst und gewissenhaft mit seinem Amte nimmt. Es ist begreiflich, daß der Staat, der auf Autoritäten sich stützen muß, Vertrauen für die Richter in Anspruch nimmt. Aber damit schafft er niemals die Frage aus der Welt: ob und in wie weit ein Mißtrauen gerechtfertigt ist, bezw. in thatsächlichen Verhältnissen seine Begründung findet. Wir sind es gewohnt, daß die Mahnung: „Habt Vertrauen zu den Richtern", um so lauter und energischer ertönt, je lebhafter und allgemeiner das Mißtrauen sich geltend macht. Gar oft schon haben wir uns an der Bekundung des Mißtrauens betheiligt und nachgewiesen, daß die Rechtsprechung im Klassenstaate, ausgeübt von einem Berufsrichterthum, nothwendig zu scharfen Konflikten mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes führt. Das Recht, zu dessen Wahrung und Anwendung der Richter berufen ist, das Gesetz, dem er zu entsprechen hat, ist nicht etwa der Niederschlag allgemeiner, von keiner Seite bestrittener Rechtsüberzeugung, sondern die Satzung der in Staat und Gesellschaft herrschenden Interessen. Nach dieser Satzung bemißt sich das Studium des Rechts, auf sie wird der Jurist verpflichtet, der den Richterberuf erwählt; ihr hat er zu genügen in seinem Amte. Man braucht nicht anzunehmen, daß es auch nur einen einzigen Richter giebt, der bewußtermaßen, wider seine bessere Ueberzeugung, ungerecht urtheilt. Aber daß Irrthum, anerzogenes Vorurtheil, beschränkte Auffassung und Unwissenheit zahlreiche richterliche Urtheile möglich macht, die in weiten Volkskreisen als ungerecht empfunden werden, das lehrt die tägliche Erfahrung. Was man auch sagen möge von der „Unabhängigkeit" des Richters — den Einflüssen, welche Erziehung, berufliche Stellung und eigene politische Anschauung ausüben, kann er sich, und hätte er selbst den besten Willen dazu, niemals ganz entziehen. Schlimmer ist es um die „Unabhängigkeit" bestellt, wenn er, geleitet von niederer Strebsucht, sich in politischen Prozessen dienstwillig zum Werkzeug der Ansichten und Absichten maßgebender Faktoren macht. Richter von dieser Art können in Zeiten heftiger politischer Erregung eine gradezu verhängnißvolle Rolle spielen — verhängnißvoll für das System, zu dessen Vertheidigung im Namen des Rechts sie sich berufen glauben. Daß gewisse, ein herrschendes Interesse repräsentirende Kreise dem Richter die „Pflicht" zuschreiben, nach Vorschrift von oben, ohne Rücksicht auf eigene Ueberzeugung, das Recht zu beugen, wenn es sich um die Bekämpfung mißliebiger politischer Richtungen handelt, dieses Faktum hat durch den Mund des Grafen Klinckowström im preußischen Herrenhause ja erst kürzlich eine sehr drastische Bestätigung erfahren.

Schon häufig haben wohlmeinende Juristen, gegen die man gewiß nicht den Vorwurf erheben kann, daß sie eine „Untergrabung der richterlichen Autorität" beabsichtigen, die Unzulänglichkeit der Bildung des Richterstandes scharfer Kritik unterzogen. Solch' eine Kritik liegt jetzt wieder vor, und zwar in der „Deutschen Juristen-Zeitung" (Nr. 7 S. 146 flg.) unter dem Titel: „Die Ausbildung der Richter", von Amtsrichter Eugen Schiffer. Magdeburg. Der Verfasser bewegt sich auf dem Gebiete des Privatrechts. Er weist darauf hin, daß nach Savigny das Recht überhaupt kein Dasein für sich hat, daß sein Wesen vielmehr „das Leben des Menschen selbst, von einer besonderen Seite angesehen", ist. Daraus folgt ihm ganz zutreffend, daß, um Richter zu sein, die Kenntniß des Gesetzes allein nicht ausreicht; daß hinzukommen muß die Kenntniß seiner Substanz, seines Anwendungsobjektes, des Lebens. „Trotzdem hat man in Deutschland seit Jahrhunderten dem Anwärter des Richteramts zwar zur Gewinnung von Gesetzeskenntnissen ein langes und sorgfältiges Studium zur Bedingung gemacht; wie und woher er aber sich Menschen- und Lebenskenntniß verschaffte, darum hat sich bis heutigen Tages Niemand gekümmert. Was er davon sich so nebenbei und von selbst wie jeder Andere im Laufe der Zeit aneignete, wird für ihn und seinen Beruf als ausreichend erachtet." Der Verfasser meint dann, das sei erklärlich gewesen und mochte hingehen, so lange die allgemeinen Verhältnisse im Wesentlichen klein, einförmig und leicht zu übersehen waren; so lange Deutschland hauptsächlich ein Agrarland war mit geringer Industrie und unbedeutendem Außenhandel. Die Lage der Dinge aber habe sich von Grund aus geändert. Im Welthandel nehme Deutschland die zweite Stelle unter den Nationen ein; die deutsche Industrie sei in's Riesenhafte gewachsen; jeder Fortschritt der Technik, jede Entdeckung der angewendeten Naturwissenschaften erzeuge neue Komplikationen und Spezialisirunge des Gewerbebetriebes, eine mit ungeheurer Schnelligkeit vorwärts drängende Entwicklung bringe immer neue, eigenartige Formen des Wirthschaftslebens in verwirrender Fülle hervor.

Diesen Verhältnissen ist der lediglich mit Gesetzeskunde ausgestattete Richter nicht gewachsen. Der Verfasser beklagt, daß daraus „eine tiefe Entfremdung zwischen Recht und Leben entstanden ist", die schon von einer solchen Stärke, daß sie „in immer steigendem Maße das Streben nach Einschränkung der ordentlichen Gerichtsbarkeit, nach Schiedsgerichten, nach Sonder- und Laiengerichten" zeitigt. Im Anschluß an diese Klage findet sich folgende Bemerkung:

„Das eigene, das Selbsterhaltungsinteresse der Juristen — das aber kein Sonderinteresse ist, vielmehr mit dem der Allgemeinheit zusammenfällt — verlangt also dringend, daß sie, wenn sie nicht von den Laien verdrängt werden sollen, das Laienthum, den Laienverstand, den Lebensverstand in sich aufnehmen — nicht äußerlich durch Beiordnung von Laienrichtern, sondern innerlich durch Aneignung ihrer Vorzüge; daß sie mit dem Leben mitgehen, auf daß es nicht über sie hinweggehe, und daß sie, wenn und soweit hierzu eine besondere Vorbereitung, ein eigenes Studium nothwendig und nützlich ist, dieses in den Kreis ihrer Ausbildung einbeziehen."

Herr Schiffer verweist insbesondere auf das neue Bürgerliche Gesetzbuch, dessen Inhalt — Recht des Eigenthums und der Ehe, Erbrecht und Schuldrecht, Dienstrecht und Grundstücksrecht, Rechtsstellung der Frauen und der Korporationen 2c. 2c. — der allgemeinen Rechtsüberzeugung nicht entspreche, vielmehr Gegenstand erbitterten Kampfes sei. Dieses neue Recht lege eine ungeheure Macht in des Richters Hand — eine Thatsache, die wir gelegentlich der Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Reichstage oft scharf hervorgehoben haben — der Richter könne mit diesem Recht seiner Pflicht nur dann genügen, wenn er „vertraut ist mit dem wirklichen, realen, praktischen Leben". Denn: „Recht und Leben drängen gleichermaßen zu einer Ergänzung des Rechtsstudiums durch ein bewußtes, systematisches Studium des Lebens."

Was hier in Bezug auf die Richter für die Zivilrechtspflege gesagt wird, das gilt auch für die Strafrichter. Wie jene, so lassen auch diese mit verhältnißmäßig seltenen Ausnahmen Kenntniß des Lebens, der Lebensverhältnisse, der sozialen, wirthschaftlichen und politischen Erscheinungen, ihrer Zusammenhänge, Ursachen und Wirkungen vermissen. Welch' gradezu Mitleid erregende Unwissenheit, Oberflächlichkeit und Einseitigkeit der Anschauung, Befangenheit in Vorurtheilen aller Art, macht in strafrichterlichen Fragen, Darlegungen und Urtheilen oft sich geltend! Und zwar zum Nachtheil der Angeklagten, zumal die meisten Staatsanwälte auch lediglich über Gesetzeskenntniß und juristischen Scharfsinn verfügen. Von all' den gewaltigen Leistungen, welche die Wissenschaft im Bunde mit der Erfahrung auf nationalökonomischem, sozialpolitischem und manch' anderem Gebiete, das gewissenhafte Berücksichtigung in der Strafrechtspflege erheischt, vollbracht hat, ist auf die Justiz recht wenig gekommen. Die großen Fragen der Zeit sind in ihrer Bedeutung, ihrer Tiefe, ihrer Wesenheit der Justiz ziemlich fremd geblieben. Dem echten und rechten Schuljuristen ist die Arbeiterfrage und die Arbeiterbewegung mit all' ihren Begleiterscheinungen dasselbe, was sie den reaktionären Staatsmännern ist: eine „Krankheit", eine „künstlich erzeugte Auflehnung gegen die bestehende Ordnung", der man mit der „Strenge des Gesetzes" entgegentreten muß. Und gar erst die Sozialdemokratie! Wie viel Richter in Deutschland giebt es, die sie kennen, wirklich kennen nach Maßgabe eigenen gründlichen Studiums? Es dürften ihrer nur sehr, sehr wenige sein.

Wir vermögen nicht daran zu glauben, daß ein Berufsrichterthum im Klassenstaate, noch dazu wenn es — was thatsächlich der Fall — überbürdet ist, die Möglichkeit hat, sich die allgemeine sozialwissenschaftliche, ökonomische, politische Bildung anzueignen, welche neben wirklicher Unabhängigkeit die Gewähr für eine dem stetig sich entwickelnden Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechende Rechtspflege bieten könnte. Es kann nicht ausbleiben, daß das Leben über die Juristen hinweggeht und immer gebieterischer die Forderung nach Beseitigung des Berufsrichterthums und Ersetzung desselben durch das sogenannte „Laienrichterthum", das im Leben steht und aus dem Leben heraus zu urtheilen vermag, sich geltend macht.

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Berlin, 18. April. Die vernünftigen Mitglieder der antisemitischen Fraktion haben heute eine Stunde wie auf Kohlen gesessen. Ihr juristisch gebildetes Mitglied Dr. Vielhaben hielt eine große Rede. Es wurde nun zwar nicht ganz klar, ob er als Antisemit oder als Anwalt der Schlachterinnung sprach. Die Rede selbst ist nicht ganz unbekannt; er hat sie an anderen Stellen schon zum Besten gegeben und bewiesen, was ein Mensch mit akademischer Bildung Alles glauben kann. Mit ganz ernster Miene trug er vor, daß in amerikanischen Schlachthäusern große Mengen gefallenes Vieh, ja selbst Kadaver, die man als Aas bezeichnen muß, verarbeitet werden. So etwas kommt in dem wilden Lande Amerika vor! Man muß demnach annehmen, daß dort ein Stück Vieh mehr als den zehnfachen Werth hat, als bei uns. Denn je höher der Werth eines Objekts ist, desto schwerer entschließt man sich, es zu vernichten.

Vielhaben stellte nun die Antisemiten als die Gruppe hin, welche die nationalen Interessen schützt, die von der Regierung so sehr vernachlässigt werden. Den Juden gegenüber ist die Regierung zu nachgiebig. Da nun nach Vielhabens genauer Information die Besitzer großer Schlachthäuser in Amerika sämmtlich Juden sind, so profitiren diese von der Nachgiebigkeit der Regierung und haben das Recht, verarbeitetes Aas nach Deutschland zu schicken. Obwohl Vielhaben in seinem nationalen Streben so wenig von der Regierung unterstützt wird, so ist er den Amerikanern doch schon sehr gefährlich geworden. Denn er thut das, was Bismarck auch gethan hätte, wenn er noch Reichskanzler wäre. Von seiner wunderbaren Kenntniß amerikanischer Verhältnisse und von seiner staatsmännischen Befähigung wollte er dem Reichstag ein Bild geben. Da nun der Nachweis seiner hohen Befähigung nicht so leicht zu erbringen ist, mußte er ziemlich weite Umschweife machen, hatte aber dabei das Pech, daß der Präsident nicht einsehen konnte, was diese Ausführungen mit der zur Debatte stehenden Vorlage zu thun hätten, und so mußte Vielhaben wieder, wie bei seinen meisten Reden, den schönsten Theil derselben ungehalten lassen.

Recht offenherzig war der Bauernbundsführer Herr von Wangenheim. Er behandelte die Vorlage nicht als eine im Interesse der Gesundheit geplante Maßregel, sondern als eine Waffe, welche die Regierung beim Abschluß von Handelsverträgen benutzen soll. Im Uebrigen drohte er mit den revoltirenden Bauern. Er, Wangenheim, sucht dieselben zwar zurückzuhalten, aber wenn die Regierung nicht thut, was er verlangt, dann sei es möglich, daß er von seinem Posten verdrängt werde, und dann sei die Regierung dem Sturm ausgesetzt, den er jetzt mit Mühe zurückhalte.

Dieses Drohen mit der Bauernrevolution muß man sich merken. Wenn Arbeiter einmal für ihre Forderungen energisch eintreten, dann sind die Bündler die Ersten, welche nach Zwangsmaßregeln gegen das unzufriedene Proletariat schreien.

In der weiteren Debatte wurden ganz liebliche Kulturbilder aus unserem Vaterlande gezeigt. Die Agrarier werden nicht müde, stundenlang Reden zu halten, die sämmtlich darauf hinauslaufen, daß man die Einfuhr von fremdem Fleisch und Vieh verbieten muß, aber in Deutschland keine Kontrole üben darf. Das Vieh, welches den deutschen Bauern Geld bringt, kann unbesehen gegessen werden. Viel höher als die Gesundheit des Volkes steht der Profit der Landwirthe. Hohe Einnahmen sind das Heiligthum, in welches nicht eingegriffen werden darf. Die Gesetzgeber müssen begreifen, daß sie nur dann von den Agrariern als nationalgesinnte Menschen betrachtet werden, wenn sie sich lediglich von dem Grundsatz leiten lassen: Der Profit der Junker sei die Richtschnur für alle Gesetzgebung.

Die Kanalvorlage ist endlich am Dienstag vom preußischen Abgeordnetenhause nach fünftägiger Debatte an eine Kommission verwiesen worden. Am letzten Tage nahm die Debatte im Gegensatz zu den vorausgegangenen Tagen noch eine recht lebhafte Färbung an. Als der Häuptling des Bundes der Landwirthe, Frhr. v. Wangenheim, seinen Speech gegen den Kanal losgelassen hatte, ging der nationalliberale Redner v. Eynern sehr scharf gegen ihn in's Zeug. Er erklärte, die Agrarier machten die verantwortlichen Vertreter der Krone vor dem Lande lächerlich. Wenn der Regierung an der Durchbringung der Vorlage gelegen sei, bleibe nichts übrig, als einen Appell an das Land zu richten. Sammelpolitik sei nicht mehr möglich, wenn die Agrarier die Verkehrsentwicklung untergraben. Es müsse zu schweren Kämpfen kommen. In ähnlicher Weise äußerte sich Abg. Ehlers von der Freisinnigen Vereinigung. Nichts schwäche die Autorität einer Regierung mehr, als wenn es so scheine, daß sie eine Sache nicht ernst nehme.

Dieser Eindruck ist aber im Laufe der Debatten trotz der vielen Ministerreden immer mehr verstärkt worden. Mit berechtigter Ironie schreibt die „Freis. Ztg." zum Abschluß der Kanaldebatten:

„Gott schütze die Kanalvorlage vor Ministern, wie den Herren v. Miquel und Frhrn. v. Hammerstein, so dachte wiederholt mancher Kanalfreund im Abgeordnetenhause während der letzten Debatten, mit den Agrariern würden wir schon selber fertig werden. Minister v. Miquel forderte bei seiner ersten Rede für den Kanal durch den ironischen Ton die ironische Bemerkung des Grafen Kanitz heraus, daß, soweit er verstanden, der Minister für den Kanal gesprochen habe. Der Landwirthschaftsminister beruhigte die Konservativen im Voraus vor den Folgen der Ablehnung des Kanals mit der Versicherung, daß alsdann das Privatkapital, wie das Staatsministerium beschlossen habe, für eigene Rechnung den Kanal mindestens im Westen bis Hannover hinauf bauen würde. Minister v. Miquel aber wollte hinter dem Landwirthschaftsminister in der Beruhigung der Kanalgegner nicht zurückbleiben. Am Dienstag ergriff er in der Debatte zum zweiten Male das Wort. In seiner gelassenen Weise sprach er manches Treffende für den Kanal, dann aber am Schluß erklärte er den Agrariern rund heraus, daß, wenn sie gegen den Kanal stimmen, er dies nur als eine vereinzelte Meinungsverschiedenheit ansehen würde, durch die die Grundlage des Zusammenwirkens, insbesondere auch zu Gunsten der Erhöhung der Schutzzölle nicht gefährdet werden könnte. Das heißt mit anderen Worten: stimmt nur dreist gegen den Kanal, darum wird keine Feindschaft zwischen uns sein. Die Aeußerung des Ministers hatte an die Rede des Abgeordneten Richter vom Tage vorher angeknüpft und eingeleitet durch die Warnung an die Nationalliberalen, sich nicht von den Agrariern abzuwenden und von den Freihändlern umgarnen zu lassen. Die rechte Seite nahm die Aeußerung des Ministers mit demselben unverkennbaren Behagen entgegen wie am Sonnabend die beruhigende Rede des Landwirthschaftsministers. Desto größer war der Unwille und die Unruhe, welche die Rede des Herrn v. Miquel unter den Kanalfreunden, namentlich unter den Nationalliberalen hervorrief."

In einer zweiten Rede gab Herr v. Miquel dann noch einen Kommentar zu seiner ersten Rede am Dienstag. Er habe nur sagen wollen, daß beim Scheitern der Vorlage doch die produktiven Stände bei den großen Fragen der Zollreform zusammenhalten müßten. Welche politischen Konsequenzen aber die Staatsregierung aus einer Ablehnung herleiten werde, das habe er nicht sagen wollen und auch nicht sagen können, weil derartige Fragen im Staatsministerium entschieden werden müßten.

Damit suchte Herr v. Miquel sich durch eine formelle Berufung auf das Staatsministerium aus der Sache wieder herauszuziehen. Der Landwirthschaftsminister aber hatte sich durch die Zuständigkeit des Staatsministeriums nicht abhalten lassen, zu erklären, das Staatsministerium habe bereits für den Fall der Ablehnung beschlossen, den Kanalbau dem Privatkapital anheim zu geben.

Die „Einheitlichkeit" des preußischen Staatsministeriums ist durch die Debatten einmal wieder in eigenartige Beleuchtung gerückt worden. Mit Entschiedenheit trat eigentlich nur der Eisenbahnminister Thielen für die mit so viel Mühe vorbereitete Vorlage ein. Den übrigen Ministern gestatteten dagegen ihre agrarischen Neigungen kein festes Wort. Mit den Agrariern bleibt auch die Freundschaft bestehen, wenn sie der Regierung ihre Vorlage vor die Füße werfen. Danach kann man das Schicksal der Vorlage schon ermessen. Sie kann schon heute als gescheitert gelten, wenn auch in der Kommission noch Vieles darüber hin- und hergeredet wird.

Zur Angelegenheit der Strafvollstreckung gegen Stadthagen, die vor einigen Wochen schon den Reichstag beschäftigte, schreibt jetzt der „Vorwärts":

Der Abgeordnete Stadthagen war durch Urtheil des Landgerichts I wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten durch eine im Rothen Hause Ende 1896 gehaltene Rede zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt. Er hat diese Strafe vom 22. Januar bis 5. März 1898 in Plötzensee verbüßt. Am 17. September 1898 wurde eine Revision verworfen, die Stadthagen gegen ein Urtheil eingelegt hatte, das ihn wegen Beleidigung aller preußischen Beamten, Offiziere, Unteroffiziere und dergleichen — begangen in drei Reden — zu fünf Monaten Gefängniß verurtheilte. Stadthagen wurde von der Staatsanwaltschaft aufgefordert, Mitte Oktober diese fünfmonatliche Strafe anzutreten. Er beantragte, bis zum 5. November 1898 die Strafvollstreckung auszusetzen, weil am 4. November vor dem Reichsgericht eine Sache gegen ihn verhandelt werden sollte, in der auf einen Monat Gefängniß vom Landgericht Hannover erkannt war. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Stadthagen trat die Strafe am 18. Oktober an. Seine Revision wurde am 4. November in seiner Abwesenheit verworfen. Nach der Strafprozeß-Ordnung mußten nunmehr die erkannten Strafen zusammengezogen werden. Im Dezember beschloß der Reichstag, das gegen Stadthagen schwebende Verfahren einzustellen. Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin I vertrat die Ansicht, zu einer solchen Einstellung habe der Reichstag kein Recht, weil die Zusammenziehung der Strafen durch nachträgliche Aenderung der ergangenen Urtheile die Strafvollstreckung betreffe. Unter dem 9. Februar 1899 machte Stadthagen vom Gefängniß aus darauf aufmerksam, daß auch das die sechswöchentliche Strafe aussprechende Urtheil noch abgeändert werden müsse. Demnach sei die bereits unter dem 18. Oktober 1898 begonnene Strafvollstreckung mindestens vom 6. Februar ab (dem Tage, an dem die zulässige Minimalstrafe [5 Monate und 2 Tage] verbüßt waren) unzulässig. Das Gericht, Landgericht Berlin I, schloß sich dieser Ansicht an, der Staatsanwalt verfügte aber die Entlassung Stadthagens noch nicht. Hierauf begehrte Stadthagen durch Anträge beim Justizminister und der Staatsanwaltschaft seine sofortige Entlassung. Der Justizminister überwies den an ihn gerichteten Antrag der Staatsanwaltschaft zur schleunigen Bescheidung. Diese verfügte am 13. Februar die sofortige Entlassung Stadthagens, die dann auch erfolgte. Der Staatsanwalt legte aber gegen die Ansicht, daß die Vollstreckung eine unzulässige sei oder gewesen sei, Verwahrung ein. Es beschloß dann das Landgericht im Sinne des Stadthagen'schen Antrages „die weitere Strafvollstreckung für unzulässig" und erachtete ferner das Verfahren für die Dauer der gegenwärtigen Legislaturperiode auch auf Grund des Reichstags-Beschlusses für unzulässig. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft und Oberstaatsanwaltschaft Beschwerde ein und beantragten, eine Gesammtstrafe von 7 Monaten festzusetzen. Nunmehr hat das Kammergericht diese Beschwerde zurückgewiesen und in dem Beschluß anerkannt, daß der Reichstag im Rahmen des Artikels 31 der Verfassung gehandelt hat, als er die Einstellung des Verfahrens gegen Stadthagen beschloß. Denn die Zusammenziehung der Strafen sei eine Bedingung, nicht aber ein Theil der Vollstreckung. Es wird also erst nach Schluß der Session über die Frage der Zusammenziehung der Strafen beschlossen werden und Stadthagen von weiterer Strafhaft verschont bleiben. Wird bei der Zusammenziehung auf die Minimalstrafe erkannt, so hätte Stadthagen bereits eine Woche zu viel verbüßt. Wird auf die höchste zulässige Strafe erkannt, so würde Stadthagen noch zwei Monate zu verbüßen haben. Nachdem nunmehr rechtskräftig erkannt ist, daß die Strafvollstreckung unzulässig ist, beabsichtigt Stadthagen, dem Justizminister die Frage vorzulegen, ob gegen § 345 des Strafgesetzbuches gefehlt ist, der bestimmt: „Gleiche Strafe (Zuchthaus) trifft den Beamten, welcher vorsätzlich eine Strafe vollstrecken läßt, von der er weiß, daß sie überhaupt nicht oder nicht der Art oder dem Maße nach vollstreckt werden darf. Ist die Handlung aus Fahrlässigkeit (hierhin rechnet nach Ansicht des Reichsgerichts irrige Gesetzesauslegung) begangen, so tritt Gefängnißstrafe oder Festungshaft bis zu einem Jahre oder Geldstrafe bis zu M. 900 ein." Man darf der Antwort mit Interesse entgegensehen.

Die Regelung der Arbeitszeit in Getreidemühlen soll jetzt endlich erfolgen. Der „Hamb. Corresp." theilt diesbezüglich mit:

In den nächsten Tagen wird die Verordnung des Bundesrathes erscheinen, die die Arbeitszeit für Angestellte in Getreidemühlen zu regeln bestimmt ist. Danach ist fortan in Getreidemühlen den Gehülfen und Lehrlingen innerhalb 24 Stunden eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 8 Stunden zu gewähren. Werden die Getreidemühlen ausschließlich oder vorwiegend mit Dampfkraft betrieben, so hat die ununterbrochene Ruhezeit mindestens 10 Stunden zu betragen. Für Getreidemühlen, die ausschließlich mit durch unregelmäßige Wasserkraft bewegten Triebwerken arbeiten und nicht mehr als einen Gehülfen beschäftigen, können durch die untere Verwaltungsbehörde Ausnahmen von der vorgeschriebenen Ruhezeit an höchstens 15 Tagen im Jahre zugelassen werden. Lehrlinge unter 16 Jahren dürfen in Getreidemühlen aller Art nicht in der Nachtzeit von 8½ Uhr Abends bis 5½ Uhr Morgens beschäftigt werden.

Stand der Krankenversicherung in Deutschland. Die Zahl der Krankenkassen im Reich hat 1897 22 477 betragen, gegen 22 111 im Vorjahr. Die Mitgliederzahl hat sich erhöht von 7 944 820 auf 8 337 119. Im Einzelnen hat die Zahl der eingeschriebenen Hülfskassen sich von 1410 auf 1422 erhöht, die Mitgliederzahl dieser Kassen von 697 546 auf 730 985. Die Zahl der Innungskrankenkassen wuchs von 566 auf 593 mit 145 819 Mitgliedern, gegen 132 081 im Vorjahr. Die Zahl der Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen erhöhte sich von 6796 auf 6974, die Mitgliederzahl daselbst von 2 032 475 auf 2 160 074. Die übrigen Kassen und Mitglieder entfallen auf die Gemeindeversicherung, die Ortskassen, die Baukassen und die landesrechtlichen Kassen. Die Einnahmen aller Kassen zusammen erhöhten sich von M. 155 809 833 auf M. 167 810 060, die Ausgaben von M. 109 [illegible] 770 auf M. 120 487 910. Das Vermögen der Kassen wuchs von M. 107 856 665 auf M. 119 627 754. Auf ein Mitglied fielen 0,36 Erkrankungsfälle, gegen 0,35 im Vorjahre mit 6,18 Krankheitstagen, gegen 5,99 im Vorjahre. Die Krankheitskosten betrugen 14,45, gegen 13,81 im Vorjahre. Unter Anderem betrugen die Ausgaben für Aerzte bei allen Kassen zusammengenommen M. 26 914 241, gegen M. 24 813 242 im Vorjahre.

Die „Berliner Bewegung", die dereinst unter Führung Stöckers die Sozialdemokratie in Berlin überwinden sollte, ist todt, das müssen jetzt selbst ihre besten Freunde zugeben. Die „Kreuzztg." klagt beweglich:

„Wie die Dinge jetzt liegen, ist uns eins klar geworden: die „Berliner Bewegung" besteht nicht mehr ... Niemand hat die „Berliner Bewegung" entschiedener und nachhaltiger unterstützt als grade wir; Niemand kann ihr Versiegen deshalb auch tiefer bedauern. Gegen die Thatsache selbst aber macht uns das natürlich nicht blind, was wir andererseits niemals bezweifelt haben, daß nicht dem Freisinn, sondern der Sozialdemokratie die Erbschaft zufallen würde. Durch die Vorgänge des Jahres 1898 ist dieser Entwicklungsprozeß nur künstlich verschleiert, nicht aufgehalten worden.... Wir beklagen das schwer, können es aber nicht ändern. An den Konservativen hat es wahrlich nicht gelegen, daß es so gekommen. Diejenigen vielmehr tragen die Schuld, die der „Berliner Bewegung", welche der Sozialdemokratie nach den Wahlen von 1884 dicht auf den Fersen war, aus Beweggründen kleinlichster Art Hindernisse in den Weg gelegt haben, die verbitternd und lähmend wirkten."

Das ist der Welten Lauf; alles Jammern ändert an den Thatsachen nichts. Diese beweisen immer auf's Neue, daß die schönsten gegen die Sozialdemokratie geschmiedeten Pläne zu schanden werden und diese schließlich stets „die Erbschaft antritt".

Ein Konflikt zwischen Landtag und Regierung schwebt in Braunschweig wegen des seinerzeit von uns schon gekennzeichneten reaktionären Polizeistrafgesetzbuches. Der Landtag hatte in dem ihm vorgelegten Entwurf eine Aenderung dahin beschlossen, daß es wenigstens geschlossenen Vereinen und Gesellschaften gestattet sein solle, am Sonnabend Abend ihre Lustbarkeiten über 12 Uhr hinaus, und zwar bis 3 Uhr auszudehnen. Ferner hat der Landtag eine Verlegung des Hagelfeiertages genehmigt. Die Regierung aber will sich um diese Beschlüsse nicht kümmern und hat beschlossen, das neue Polizeistrafgesetzbuch zu veröffentlichen, ohne Berücksichtigung dieser Beschlüsse des Landtages wegen Verlegung des Hagelfeiertages und Milderung der einschneidenden Bestimmungen wegen der Lustbarkeiten am Sonnabend Abend. Das Polizeistrafgesetz wird demnach zu den Gesetzen gezählt, zu denen nach der Verfassung nur „Rath und Gutachten" des Landtages einzuholen ist, die Regierung hält sich im vorliegenden Falle nicht an den erstatteten „Rath und Gutachten" gebunden.

Vorausgesetzt, daß verfassungsmäßig eine solche Ignorirung der Landtagsbeschlüsse zulässig ist, würde die Regierung sie doch nicht wagen, wenn im Landtage eine energische Majorität säße, die ihrem Willen Achtung zu verschaffen wüßte. Aber die zwei Mal gesiebte Klassenvertretung hat dazu nicht die Kraft.

„Das Volk ist noch nicht reif für das allgemeine direkte Wahlrecht!" So haben die Organe ostelbischer Junker und sonstigen Reaktionäre sans phrase oft genug verkündet. Daß aber auch ein süddeutscher Nationalliberaler sich mit diesem Bekenntniß offen herauswagt, das ist neu. Der hessische Landtagsabgeordnete Schröder hat das Verdienst, einmal ungenirt der Herzensmeinung nationalliberaler Volksfreunde Ausdruck gegeben zu haben.

Am Dienstag stand im hessischen Landtag ein Zentrumsantrag über Aenderung der Wahlvorschriften zur Berathung, den Dr. Frenay vertrat. Staatsminister Rothe antwortete, es könne wohl nicht behauptet werden, daß die indirekte Wahl nicht den Volkswillen zum Ausdruck brachte. Die Regierung verkenne nicht die Nothwendigkeit einer Revision des Wahlgesetzes, dies sei eine Aufgabe, die sich gestellt habe. Für den jetzigen Landtag sei indessen eine Vorlage nicht zu erwarten. Sie werde jedoch nicht ausbleiben, und dann könne man ja auch die heutigen Anträge über eine Revision des Wahlreglements in Erwägung ziehen. Gegen die Einführung der Sonntagswahl ließe sich viel einwenden; die Wahlpflicht sei praktisch schwer durchführbar.

Darauf erklärte der nationalliberale Abgeordnete Schröder im Namen eines großen Theiles seiner Parteifreunde, daß sie für die Erhaltung des indirekten Wahlsystems eintreten würden. Das Volk sei nach ihrer Ansicht für das allgemeine direkte Wahlrecht noch nicht reif genug!

Sehr richtig entgegnete darauf Genosse Ulrich, wenn das Volk politisch noch nicht reifer sei, so trügen grade die Nationalliberalen, die Jahrzehnte lang die Herrschaft ausgeübt, die größte Schuld daran. Aber die Annahme treffe gar nicht zu, für die sozialdemokratischen Wähler wenigstens nicht. Redner plaidirte für die Abschaffung der ersten Kammer, Einführung der Sonntagswahl und der Wahlpflicht. Er halte ein sicheres Proportionalwahlsystem für das vernünftigste und gerechteste. Eine anderweitige Eintheilung der Wahlkreise sei durch die Verschiebung der Bevölkerungsverhältnisse bedingt.

Reinhart (NL.) gab im Namen einer Minorität seiner Partei und des Präsidenten Haas die Erklärung ab, daß sie für die Einführung der direkten Wahl unter Voraussetzung der Wahlpflicht stimmen würden.

Köhler-Langsdorf (Antis.) trat für die direkte Wahl, die Wahlpflicht und Sonntagswahlen ein.

Zu einer Entscheidung kam es nicht. Die Debatte wurde vielmehr auf Mittwoch vertagt.

Ein Systemwechsel in der österreichischen Regierung wird von dem jungtschechischen Blatt „Narodni Listy" angekündigt. Es komme entweder ein deutsches oder ein Uebergangsministerium, welch letzteres den Tschechen noch gefährlicher wäre. Jedenfalls werde eine Entscheidung chestens erfolgen.

Abwarten! Graf Thun befindet sich einstweilen noch ganz gut beim Regieren auf dem Verordnungswege unter Suspendirung der Verfassung.

Das englische Unterhaus verwarf am Dienstag mit 133 gegen 69 Stimmen den von Minister Balfour bekämpften Antrag Buchanans, worin erklärt wird, daß die Staatsausgaben zu sehr angewachsen seien und herabgesetzt werden könnten, ohne die Sicherheit Englands, seinen Einfluß im Auslande und die Wirksamkeit seiner heimischen Verwaltung zu beeinträchtigen.

Zur Samoa-Angelegenheit gab der Parlamentssekretär des Auswärtigen Brodrick folgende Erklärung ab: Von den drei auf Samoa betheiligten Regierungen sei folgende Vereinbarung getroffen worden: Im Hinblick auf die jüngsten Unruhen auf Samoa und zur Herstellung von Ruhe und Ordnung haben die drei Mächte eine Kommission ernannt, die die provisorische Regierung über die Inseln übernimmt. Zu diesem Behufe sollen die Mitglieder der Kommission die höchste Autorität auf den Inseln ausüben. Alle Personen, die dort ein Amt ausüben, sei es gemäß den Bestimmungen der Berliner Akte oder anderweitig, sollen unter dem Befehl dieser Kommission stehen. Kein von den Kommissaren im Verfolg oben bezeichneter Autorität gethaner Schritt soll gültig erachtet werden, wenn ihm nicht von allen drei Kommissaren zugestimmt wird. Falls die Kommissare über irgend einen Punkt sich zu einigen außer Stande sind, werden sie an ihre Regierungen wegen Weisungen referiren. Sie sollen getrennte Berichte über die jüngsten Ereignisse liefern und entweder einstimmig oder einzeln Vorschläge hinsichtlich der zukünftigen Verwaltung der Inseln machen. — Brodrick fügte hinzu, die darauf bezüglichen Schriftstücke würden dem Hause vorgelegt werden, sobald die Umstände ihre Veröffentlichung gestatteten.

Als ein neues Manöver der Generalstäbler wird in Frankreich allgemein der auf Anordnung des Intriganten Dupuy beruhende Plan betrachtet, der Kassationshof solle am 27. April in die öffentliche Verhandlung eintreten und das Urtheil vor Zusammentritt der Kammern, also bis 2. Mai, aussprechen. Offenbar handelt es sich für die Arrangeure darum, durch eine vollzogene Thatsache parlamentarischen Eingriffen vorzubeugen und gleichzeitig durch die Ueberstürzung die Vernehmung Freystätters und anderer Zeugen zu verhindern, die zur Einleitung des Nichtigkeitsverfahrens gezwungen hätte. Die Weigerung Lockroys und Freycinets, Freystätter anzuhören und dessen Verweisung an den Kassationshof, der ihn nicht mehr hören können wird, erweist sich als ein kombinirtes Manöver zur Umgehung der Nichtigkeitsfrage. Cavaignac berühmt sich einer Mehrheit von neun Stimmen für die Verwerfung der Revision. Die „Aurore" denunzirt die häufigen Besuche Cavaignacs bei Mazeau.

Die neueste Nummer des „Figaro" enthält eine 24 Spalten lange Veröffentlichung aus den Untersuchungsakten, und zwar den Schluß der Aussagen Picquarts, ferner die Aussagen von Jules Roche, Weill, dem Obersten Cordier und Briefe Esterhazys an Jules Roche.

Picquart sagte am 3. November, er erinnere sich nicht genau an den Tag, an dem er zuerst Verdacht gegen Esterhazy schöpfte. Aber als er im August 1896

Briefe von Esterhazy erhielt, fiel ihm die Aehnlichkeit der Schrift auf. Nach der Prüfung des geheimen Aktenbündels hatte er die Gewißheit, daß Dreyfus nicht schuldig sei. Nach der Verhaftung Dreyfus hatte er allerlei Entdeckungen gemacht, besonders zu Ende des Jahres 1895 und zu Anfang des Jahres 1896. In dieser Zeit schickte ein Engländer dem Nachrichtenbüreau die Abschrift eines Schriftstückes, das er gegen eine Bezahlung anbot, im anderen Falle wollte es der Betreffende an Italien verkaufen. Die eingeleitete Untersuchung führte zu keinem Ergebniß. Picquart spricht sich über die verschiedenen ihm von Gonse übertragenen Missionen aus, woraus er ersah, daß er aufgehört habe, das Wohlwollen Gonses zu genießen; seine Briefe wurden erbrochen. Den „Speranza"-Brief hält Picquart für eine Fälschung; er bat Gonse und Henry um Aufklärung, diese verweigerten die Auskunft. Im März 1897 kam Picquart auf Urlaub nach Paris und machte zuerst einem Freunde die Mittheilung, daß man sich 1894 getäuscht haben könnte und daß der wahre Schuldige Esterhazy sei.

Jules Roche erklärte, er habe sich beim Kriegsminister Billot für Esterhazy auf dessen Bitten verwendet, um ihm eine Stelle in der Infanterie-Abtheilung des Kriegsministeriums zu verschaffen. Der Kriegsminister habe ihm, indem er auf das Aktenbündel hingewiesen, in deutlicher Weise zu verstehen gegeben, daß er sich mit Esterhazy nicht abgeben möge, und zwar nicht nur aus Gründen privater Natur. Die Art, wie der Kriegsminister gesprochen, habe deutlich gezeigt, daß es sich um den schlimmsten Verdacht handle, der einen französischen Offizier treffen könne. Roche legte der Kriminalkammer einige von Esterhazy in den Jahren 1894/97 geschriebene Briefe vor; der letzte enthält scharfe Angriffe gegen mehrere Generäle, namentlich auf das Privatleben eines höher gestellten Generals bezüglich. Ferner beklagt Esterhazy in diesem Briefe, daß die im Kriegsministerium gegen ihn bestehenden Feindseligkeiten auf Angebereien des Nachrichten-Büreaus zurückzuführen seien. Der Leiter dieses Büreaus, Henry, sei ein durchaus unfähiger Offizier, da er ihm anvertraute Gelder für sich benutzte und Kameraden durch geheime Polizeispitzel habe überwachen lassen. Es wäre schrecklich, daran zu denken, daß der gute Ruf eines Offiziers von einem Menschen abhänge, dessen Handwerk Mißtrauen einflöße: Esterhazy erklärt, Henrys Erbitterung gegen ihn habe seine besonderen Gründe. Henry sei seit 1876 sein Schuldner. Der ehemalige Major Weill, der Esterhazy seit 1877 kennt, sagt aus, Esterhazy habe kurz vor dem Dreyfusprozeß ihm gesagt, er halte Dreyfus für unschuldig, er werde aber gleichwohl verurtheilt werden aus Judenfeindschaft. Weill habe im Jahre 1897 auf Esterhazys Bitten bei jüdischen Finanzleuten Unterstützungen gesammelt und 10000 Franks zusammengebracht. Der Oberst Cordier, der 1894 und 1895 Unterchef des Nachrichtenbüreaus gewesen sei, sagte aus, nach seiner Meinung sei das Schriftstück „Cette Canaille de D." nicht auf Dreyfus anzuwenden. Oberst Sandherr habe erzählt, daß ihn Dreyfus Brüder besuchten, er jedoch nichts von dem Bestreben des Bestechens wahrgenommen habe.

Auch Esterhazy läßt wieder etwas von sich hören. Er erklärte dem Berichterstatter des „Matin", daß er entschlossen sei, sich zu vertheidigen. Die Aussagen Gonses und Gribelins seien vollständig unrichtig, die Aussagen Paleologues seien lächerlich. In Folge dieser Aussagen sei eine ergänzende Untersuchung dringend erforderlich.

Dem General Roget wie einigen anderen in die Dreyfus-Angelegenheiten verwickelten Militärs scheint Déroulèdes Streich verhängnißvoll werden zu sollen. Bekanntlich wurde der Vorgang an Faures Begräbnißtag bisher stets so dargestellt, als ob Déroulède auf eigene Faust, vielleicht einem plötzlichen Einfall nachgebend, es versucht hätte, die von General Roget kommandirten Truppen zum Marsch nach dem Elysée, also zum Staatsstreich zu verleiten. In Pariser Richterkreisen wird nun versichert, daß die Aussage eines Obersten klar erweise, wie zwischen Roget und Déroulède Einverständniß geherrscht habe. Nach jenen Feststellungen hatten Déroulède, der frühere Kriegsminister Cavaignac, sowie die Generale Roget und Pellieux ihre Mitwirkung zugesagt. Das Komplott fand aber ein Hinderniß an der Weigerung des Generals Zurlinden, der sich gegen jede rechtswidrige und revolutionäre Maßregel erklärte. Déroulède versuchte darauf durch seine Worte die Menge und die Soldaten nach dem Elysée zu führen, und in der Kaserne haben die Generale die Bemühungen Déroulèdes, die Truppen aufzuwiegeln, in mehrfacher Weise unterstützt. In diesem entscheidenden Augenblick hat jedoch der anwesende Oberst energisch sich gegen jede aufständige Bewegung erklärt und dadurch den Versuch, einen Putsch zu organisiren, zum Scheitern gebracht. Pellieux und Cavaignac, die Säulen der Generalstabspartei, werden also hier sichtbar!

Die Großmannssucht der italienischen Regierung hat einen bösen Hieb bekommen, um so schmerzhafter, als er von einer Seite kommt, von wo man Förderung der überspannten Pläne erwartete. Es handelt sich um die Sanmunbai, welche Italien den Chinesen gern „abpachten" möchte, natürlich ohne zu wissen, was sie nachher mit dem Pachtgut anfangen soll, denn Italiens Handel mit China ist, im Vergleich mit den Ziffern, die der Verkehr anderer Länder aufweist, nahezu gleich Null. Die italienische Regierung in ihrem Dünkel und in ihrer verbrecherischen Gleichgültigkeit gegen die Interessen des im Elend verkommenden italienischen Volkes wollte an der Auftheilung Chinas eben auch betheiligt sein und ihre Kriegsschiffe zeigen. Es wurde dabei angedeutet, die englische Regierung sei mit dem Vorhaben Italiens ganz einverstanden und unterstütze es. Nun hat der gegenwärtig in Rom weilende Herzog von Connaught, der die Ziele und die Triebfedern der englischen Politik doch gewiß kennen muß, sich sehr offen und rückhaltlos ausgesprochen. Er verwahrte die englische Politik gegen den Vorwurf, daß sie Italien zur Erwerbung jenes Gebietes gedrängt habe, und erklärte im Gegentheil, England habe das lebhafteste Interesse daran, eine italienische Niederlassung in China zu verhindern. Im Foreign Office sei man erschrocken, als man von der Forderung Italiens an das Tsungliyamen hörte. Denn für alle in China interessirten Großmächte eröffne sich durch eine Niederlassung Italiens in China eine bedenkliche Aussicht: sobald die Chinesen in eine Reibung mit der italienischen Kolonie geriethen, werde es ihnen nicht schwer sein, mit Uebermacht über dieselbe herzufallen und der italienischen Unternehmung ein Ende zu machen. Durch einen solchen Erfolg werde aber das Ansehen des gesammten Europas empfindlich geschädigt, und alle in China interessirten Großmächte würden den Nachtheil davon verspüren.

Diese Sätze enthalten eine bittere Pille für die italienischen Säbelraßler, sind aber zweifellos berechtigt. Die schmachvolle Niederlage der italienischen Truppen in Afrika ist noch in frischem Andenken und die „Heldenthaten" von König Umbertos Kriegsknechten gegen die unbewaffneten Bewohner Mailands im Mai vorigen Jahres haben den Ruhm der italienischen Strategen nicht wiederherzustellen vermocht. Was Meneliks Schaaren gelang, die italienischen Eindringlinge aus dem Lande herauszuwerfen, dürfte schließlich auch den Chinesen noch möglich sein. Das thut aber Alles nichts. Die italienischen „Staatsmänner" wollen durchaus auch einen chinesischen Landfetzen haben. Sie sind durch den Widerstand der Chinesen noch nicht belehrt, daß die Sache für Italien eventuell unangenehm werden kann. Die Großmannssucht scheint unheilbar zu sein. Nach einem Telegramm aus Rom hat der Kriegsminister Ordre gegeben, 500 Mann Truppen für die Besetzung der Sanmunbai bereitzustellen.

Nachwehen der Studentenbewegung in Rußland. Nach einem Telegramm aus Petersburg wurden von den jüngst verhafteten Studenten 26 der am meisten kompromittirten nach Sibirien verbannt.

In der Sonnabend Nacht ist in Warschau die Verhaftung der Redaktöre Nowodworski vom „Curjer Warszawski" und Libicky vom „Curjer Codzienny" erfolgt auf direkten Befehl aus Petersburg. Die Verhaftung hängt ebenfalls mit den Studentenunruhen zusammen. Libicky, welcher auch Gerichtsbeamter ist, wurde inzwischen wieder aus der Haft entlassen.

Der Feldzug auf den Philippinen ist, das müssen jetzt auch die hartnäckigsten Jingos zugeben, für die Amerikaner bisher opferreich, aber ohne entscheidenden Erfolg geblieben. Wie telegraphisch gemeldet worden ist, hat die Laguna de Bay den Insurgenten überlassen werden müssen, „bis zum Schlusse der Regenzeit, wo der höhere Wasserstand den Kanonenbooten gestatten werde, die Flüsse aufwärts zu befahren". Zu einer weiteren Bewegung nordwärts bedürfe man der Mitwirkung der Brigade des Generals Lawton. Dieser hob in einer Unterredung die Schwierigkeiten hervor, denen die Bekämpfung der Guerrillabanden in dem tropischen Lande begegnen. Er bedaure, die eingenommenen Städte wieder aufgeben zu müssen; er würde aber alle Streitkräfte seines Kommandos in Anspruch nehmen, wollte er in allen diesen Städten Besatzungen zurücklassen.

Das heißt mit anderen Worten: Die Amerikaner mußten den Rückzug antreten, sich „rückwärts konzentriren", wie Napoleons Depeschen 1870 immer so schön sagten. Man weiß, daß die Filipinos jetzt schon Santa Cruz und andere Städte, die Lawton räumte, wieder besetzen und daß der ganze Feldzug von vorne beginnen muß, wenn die Regenzeit vorüber ist. Lawtons Aeußerung, man brauche 100000 Mann, um die Philippinen zu erobern, vergleiche man mit General Hawleys Ausspruch, daß 65000 Mann allein nöthig seien, um die Insel Luzon zu nehmen. Ein schlimmes Zeichen ist auch, daß ein Theil von Lawtons Leuten verwendet wird, um Mac Arthurs Truppen bei Malolos zu verstärken. Erst kürzlich meldete General Otis, Mac Arthurs 12000 Mann seien mehr als genügend, um den Feind aus den Distrikten zwischen Malolos und Calumpit zu vertreiben. Jetzt zeigt sich aber, daß Mac Arthur keine zwei Meilen über Malolos hinausgekommen ist. Ueberhaupt wird ein sehr veränderter Ton in den Depeschen bemerkt. Kürzlich hieß es noch, die Freiwilligen seien freudig bereit, weiter Dienst zu thun, jetzt aber meldet man, sie protestirten dagegen, daß man sie gesetzwidrig hält.

Die „Times" melden denn auch: Die Nachrichten von den Philippinen werden in Washington sehr ernst genommen, besonders vom politischen Gesichtspunkte aus. Es ist Thatsache, daß der Gubernenr von Minnesota und der republikanische Senator von Süd-Dakota dringend verlangen, daß die Freiwilligenregimenter aus ihren Staaten, welche auf den Philippinen Kriegsdienste leisten, zurückberufen werden, da die längere Zurückbehaltung im Dienste ungesetzlich sei und da die Mannschaften selbst die Rückkehr dringend wünschten. Die „Times" rathen den Amerikanern, sich Kolonialtruppen anzuschaffen. Onkel Sam wird sich immerhin noch besinnen, ehe er abermals einen sehr tiefen Griff in den Geldbeutel thut.

Der Marinesekretär Long erhielt am 17. d. M. von dem Admiral Dewey ein verstümmeltes Telegramm, wonach am 12. d. M. ein Kriegsschiff nach der Ostküste von Luzon abgegangen sei, um einer kleinen spanischen Abtheilung, bestehend aus 80 Soldaten, drei Offizieren und zwei Priestern, die von 400 Filipinos eingeschlossen waren, zu Hülfe zu kommen. Aus dem Texte des verstümmelten Telegramms scheint weiter hervorzugehen, daß ein amerikanischer Leutnant und eine kleine Truppen-Abtheilung in einen Hinterhalt gerathen seien.

McKinleys Stern ist im Erbleichen; die Moral des „amerikanischen Napoleon" und seiner Sippe ist sogar den in dieser Beziehung gewiß starknervigen Yankees etwas zu weitherzig. Die Enthüllungen über die betrügerischen und verbrecherischen Manipulationen bei den Fleischlieferungen für die amerikanischen Truppen dürften eine Wiederwahl McKinleys im nächsten Jahre verhindern. Dieser Tage ermittelte die Militärkommission, welche den Skandal untersucht, daß Fleisch, in welchem sich Maden befanden, zu Büchsenfleisch verarbeitet und den Truppen geliefert worden war. Die todten Maden wurden in Hunderten von Büchsen gefunden — Büchsen, welche den Vermerk trugen, daß ihr Inhalt von einem Inspektor der Regierung vor dem Einfüllen inspizirt worden sei. Die meisten Krankheits- und Todesfälle in der kubanischen Kampagne sind nicht, so behaupten Aerzte vor der Untersuchungskommission, auf die Strapazen oder das Klima zurückzuführen, sondern darauf, daß die hungernden Soldaten, welche keine anderen Nahrungsmittel erlangen konnten, gezwungen waren, das Büchsenfleisch zu essen. Daß Angesichts der Beweise von grenzenloser Unfähigkeit, ja von Korruption in seinem Departement der Kriegsminister Alger noch immer auf seinem Posten verharrt, wird wohl seine Gründe haben. McKinley entläßt ihn nicht — er wird wohl wissen warum! Alger wird wohl auch seinem Freund und Gönner, dem Präsidenten, zur denkbar größten Unpopularität verhelfen; ertönt doch jetzt überall, wo er sich blicken läßt, der Ruf „Yah, Yah, Beef, Beef", so daß er sich jetzt auf eine Zeit lang nach Kuba und Portoriko geflüchtet hat, um dieses Geschrei nicht mehr hören zu müssen.

Eßt kein boykottirtes Brot!

Tages-Bericht.

Mittwoch, 19. April 1899.

Hamburg.

Zum Schuhmacher-Streik schreibt man uns, daß jeden Tag die Zahl der Streikenden abnimmt, indem ein Meister nach dem anderen die Gehülfenforderungen bewilligt. Die Schuhmacher-Innung hat nun ihrerseits einen Lohntarif ausgearbeitet und denselben dem Gehülfenausschuß zugestellt; in den nächsten Tagen will sie auch eine Werkstattordnung ausarbeiten und dieselbe dem Gehülfenausschuß übermitteln. Gleich dem Krähwinkler Landsturm hinkt nun die Innung hinter den Gehülfenforderungen her. Die Gehülfen sind aber fest entschlossen, für ihre Forderungen weiter zu kämpfen, um so mehr als der Streik für die Gehülfen bisher einen überaus günstigen Verlauf genommen hat, so daß zu hoffen ist, daß schon in den nächsten Tagen die heute noch streikenden Gehülfen ihre Forderungen bewilligt erhalten. Die Streikenden versammeln sich am Donnerstag, Vormittags 10 Uhr, in der „Lessinghalle" am Gänsemarkt.

sch. **Veränderungen im Schuhmachergewerbe.** Der gegenwärtige Streik der Schuhmachergehülfen dürfte auch die Aufmerksamkeit weiterer Kreise der Partei auf sich gelenkt haben und ist es deshalb jedenfalls angebracht, die Veränderungen, welche sich in dem letzten Jahrzehnt in Hamburg vollzogen, einer kurzen Betrachtung zu unterziehen. Im Voraus sei jedoch bemerkt, daß an den Helden der Hamburger Schuhmacherinnung die Veränderungen spurlos vorübergegangen sein müssen, sonst wäre ihre heutige kleinliche Stellungnahme gegenüber den Gehülfenforderungen einfach unverständlich. Wie in anderen Fällen sind es auch hier besonders die kleineren Geschäfte, welche sich hartnäckig den Forderungen der Gesellen widersetzen. Die besseren Geschäfte haben die Forderungen der Gehülfen anstandslos bewilligt, in der sehr richtigen Erkenntniß, daß mit einer durch Entbehrungen geschwächten Arbeiterschaft erst recht keine Aussicht vorhanden ist, der Fabrikindustrie erfolgreiche Konkurrenz zu machen; die kleineren, ein, zwei und drei Gehülfen beschäftigenden Schuhmachermeister dagegen, fallen mit wahrer Berserkerwuth über die „unverschämten" Gehülfen her, die sich nicht zu Kulis herabdrücken lassen wollen. Dieses scheinbare Räthsel wird nur verständlich aus der Eigenart der Verhältnisse. Der ungeahnte Aufschwung der Großindustrie, welche heute bereits ohne ihre bedeutende Ausfuhr, 80 pZt. des deutschen Schuhkonsums deckt, ist es, welcher die Furcht der Kleingewerbetreibenden erregt, und in ihrer schlotternden Angst um die Existenz verlangen sie nun von den Arbeitern, daß auch sie auf alle Annehmlichkeiten des Lebens verzichten sollen, um sich selbst für die Dauer ihres Lebens noch aufrecht erhalten zu können. Wie thöricht solche Hoffnung ist, zeigt die Entwicklung der letzten Jahre. Im Jahre 1875 waren in der deutschen Schuhindustrie (Fabriken) zirka 10000 Arbeiter beschäftigt. Ja, noch im Jahre 1882 betrug die Zahl der Schuhmacherbetriebe mit mehr als 10 Personen 520, während im Jahre 1897 bereits 800 Schuhfabriken mit 50000 Arbeitern gezählt wurden. Eine einzige Schuhfabrik, Aktiengesellschaft, Vereinigte Schuhfabriken Nürnberg, welche im Jahre 1892 mit einem Kapital von M. 750000 begründet wurde, erhöhte im November 1896 ihr Grundkapital auf 1 Million und schon im März 1897 auf 1½ Mill. Die Produktion betrug im Jahre 1896 1950000 Paar Schuhe, 330000 Paar mehr als in 1894; 1896 war der Reingewinn M. 294578, was 12 pZt. Dividende ergab. Ein netter Entbehrungslohn für die armen Aktionäre! Und so sind gegenwärtig Hunderte von Schuhfabriken im steigenden Aufschwung begriffen.

Diesem genau analoge Erfahrungen können wir hier in Hamburg machen. Bis zum Jahre 1890 war der Verkauf von Fabrikwaare noch sehr gering. Die Ladenarbeit war meist Handarbeit; was nicht in Hamburg selbst angefertigt wurde, lieferten für solche Arbeit eingerichtete Schuhmacher aus Altona, Elmshorn, Barmstedt, Preetz, Segeberg u. s. w. Diese hatten früher einen schwunghaften Export nach überseeischen Ländern, Amerika u. s. w. betrieben, nach dessen allmähligen Rückgange die in der Entwicklung begriffene Ladenarbeit ein willkommener Ersatz war.

In Altona beschäftigten noch im Jahre 1890

	100 Meister	417 Gehülfen
in Elmshorn	57 „	380 „
in Barmstedt	98 „	320 „
in Preetz	58 „	150 „
in Segeberg	20 „	34 „

Dazu kam noch eine große Zahl allein arbeitender Hausindustrieller. Diese Ziffern sind im vorigen Jahre gesunken auf, in

Altona	41 Meister mit	160 Gehülfen
Elmshorn	27 „ „	114 „
Barmstedt	68 „ „	300 „
Segeberg	18 „ „	16 „

In Preetz ist die Zahl der Gehülfen ziemlich geblieben, weil sich eine Verlagsindustrie nach kapitalistischem Muster entwickelte. In Hamburg selbst hat sich die Gehülfenzahl um 4—500 vermindert. Demgegenüber ist die Zahl der Verkaufsläden mit Fabrikwaare in fortwährendem Steigen begriffen. Seit dem Jahre 1890 sind ohne die Unmenge kleinerer Läden, allein 25 große Schubbazare neu erstanden, deren Jahresumsätze theilweise bis in die Hunderttausende gehen. Ein solcher Entwicklungsgang zeigt doch klar und deutlich, daß in absehbarer Zeit vom Kleingewerbe nur noch kümmerliche Reste vorhanden sein werden. Selbst, und erst recht auch dann, wenn die Hamburger Schuhmacherinnung es durchzusetzen vermöchte, die Forderungen der Gehülfen zurückzuweisen, was allerdings für diese Ritter von der traurigen Gestalt eine schwere Aufgabe sein dürfte.

Einkommensteuer für das Jahr 1899. Seitens derjenigen Steuerpflichtigen, welche in der inneren Stadt wohnen, oder ein Geschäftslokal dort haben, sind die Selbstschätzungen zur Einkommensteuer bis spätestens zum 30. April 1899 einzuliefern. Falls einer der obenbezeichneten Steuerpflichtigen bei Aussendung der Formulare übergangen sein sollte, hat derselbe ein Formular im Büreau der Steuer-Verwaltung, Rödingsmarkt, Heiligengeistkirchhof 6, I., Zimmer 3, geöffnet an den Wochentagen von 9 bis 3 Uhr, entgegen zu nehmen.

Schulrath Professor Dr. Hoche, der am letzten Sonntag sein 25jähriges Jubiläum als Direktor der Gelehrtenschule des Johanneums feierte, ist vom Senat demonstrativ ausgezeichnet worden. Die Senatoren Dr. Stammann und Refardt überreichten ihm ein in schmeichelhafter Form abgefaßtes Glückwunschschreiben des Senats. — Und die Bürgerschaft wartet noch immer vergebens auf eine Antwort des Senats in der Affäre Hoche.

Zur Frage der neuen Rechtschreibung. Die Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungsvereins hat beschlossen, den geschäftsführenden Ausschuß des Deutschen Lehrervereins zu ersuchen, die allgemeine Einführung der neuen Rechtschreibung anbahnen zu wollen, indem er a) ein Gesuch an die Reichsregierung um amtliche Einführung der neuen Rechtschreibung richte, und b) die Landeslehrervereine auffordere, an die betreffenden Landesregierungen ähnliche Gesuche zu richten. Durch die Schulsynode soll an die Oberschulbehörde das Ersuchen gerichtet werden, daß sie sich in allen Schriftstücken, welche seitens der Behörde in die Hand der Kinder kommen, der neuen Rechtschreibung bedienen möge.

Der Antrag des Ausführungskomites für das Bismarck-Denkmal beim Senat, zur Aufstellung des Denkmals den Platz des jetzigen Elbpavillons zu überlassen, ist vom Senat abgelehnt worden mit dem Hinweis, daß dieser Platz zu weit vom Mittelpunkt der Stadt entfernt sei. Es ist dem Komite anheimgegeben worden, dem Senat einen anderen Platz für die Errichtung des Denkmals in Vorschlag zu bringen. — Wie wäre es, wenn man Herrn Dr. Semler oder Andreas Meyer so einen Bismarckkürassier auf's Dach setzte?

Die Erwerbung des Hamburger Bürgerrechts in den letzten zehn Jahren. In Folge des Gesetzes vom 2. November 1896, welches die Erwerbung des Bürgerrechts erleichterte, ist die Zahl der Hamburger Bürger bekanntlich erheblich gewachsen. Nach den Jahresberichten der Aufsichtsbehörde für die Standesämter haben das Bürgerrecht erworben:

		Davon waren verpflichtet:
1889:	1317 Personen	340
1890:	1210 „	326
1891:	1196 „	340
1892:	1256 „	250
1893:	890 „	350
1894:	919 „	398
1895:	725 „	330
1896:	2069 „	204
1897:	3233 „	1243
1898:	4294 „	1697

Die Zunahme der Bürger ist sonach in den letzten drei Jahren eine recht erhebliche gewesen. Unter den „Neubürgern" befanden sich

	1897:	1898:
Nicht selbstständige Gewerbetreibende	1069	769
Nicht selbstständige Handwerker	580	424
Arbeiter	53	62
Personen ungenannter Berufsstände	512	284

Bisher hat also das neue Bürgerrechtsgesetz eine nennenswerthe Veränderung in der Zusammensetzung der Bürgerkreise noch nicht bewirkt.

Aus dem Jahresbericht des Arbeitsnachweises der Patriotischen Gesellschaft ergiebt sich, daß im Jahre 1898 3814 Arbeitsuchenden in 44917 Fällen Arbeit nachgewiesen wurde, so daß durchschnittlich 147 Personen täglich Beschäftigung erhielten, während 210 beschäftigungslos blieben! Soweit sich feststellen ließ, umfaßte die vermittelte Arbeit für unständige und halbständige Arbeiter zusammen 197623 Tage. Auf die einzelnen Monate vertheilten sich die Anmeldungen, Bestellungen und Vermittlungen in folgender Weise:

Monat	Anmeldungen	Bestellungen	Vermittlungen
Januar	14258	1936	1933
Februar	12084	2518	2497
März	9821	2662	2399
April	6090	5525	3328
Mai	7124	5550	4855
Juni	7891	3992	3803
Juli	8199	1809	1745
August	6318	3357	2789
September	6967	4616	4271
Oktober	7623	6035	5336
November	9190	5906	5165
Dezember	13613	6493	6295
Summa	109128	50399	44917

Die Zahl der Meldungen übertrifft diejenige der Arbeitsuchenden so bedeutend, weil die vermittelte Arbeit in der Regel nur wenige Tage umfaßt, dieselben Personen sich mithin immer auf's Neue wieder um Arbeit bewerben.

Anschließend an den Jahresbericht geben wir den Bericht über die Thätigkeit des Arbeitsnachweises im Monat März. Es meldeten sich 444 Kai-Hülfsarbeiter je einmal und 1038 nicht ständige Arbeiter 11433 Mal als Arbeitsuchende. Die Zahl der Meldungen betrug durchschnittlich 440. Von den 1482 Arbeitern waren 1441 hier länger als zwei Jahre ansässig, von diesen 908 verheirathet und 533 ledig. Verlangt wurden Arbeiter von 43 Verwaltungen und Firmen. Arbeit wurde an 732 nicht ständige Arbeiter in 4684 Fällen nachgewiesen. Es konnte hiernach durchschnittlich täglich an 180 Arbeiter dieser Klasse Beschäftigung vergeben werden, während für 260 keine Arbeit vorhanden war! — Die Kai-Hülfsarbeiter leisteten durchschnittlich je 22 Tage Arbeit, während auf jede Arbeitsnachweisung an nicht ständige Arbeiter 7,4 Arbeitstage entfielen. Es zeigte sich auch wieder, daß Arbeiter Beschäftigung annehmen, aber sich nicht an der Arbeitsstelle einfinden, dies geschah in 28 Fällen.

Eine Eingabe, betreffend die Novelle zur Gewerbeordnung, hat die Verwaltung des Vereins für Handlungs-Kommis von 1858 (Kaufmännischer Verein) in Hamburg an den Reichstag gerichtet. In dieser vom 15. April datirten Eingabe wird der Theil der dem Reichstag zugegangenen Novelle zur Gewerbeordnung, der sich mit der Fürsorge für die Handlungsgehülfen und Handlungslehrlinge in offenen Verkaufsstellen beschäftigt, als ein weiterer Schritt in der Reichsgesetzgebung zum Schutze der Angehörigen des deutschen Kaufmannsstandes freudig begrüßt, zugleich aber dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß in der Novelle nicht ein allgemeiner Ladenschluß um 8 Uhr vorgeschlagen worden ist. Nachdem auf die früheren Anregungen des Vereins bezüglich des Achtuhr-Ladenschlusses hingewiesen, heißt es in der Eingabe, wie wir dem „H. C." entnehmen: „Auch heute können wir auf Grund unserer langjährigen Erfahrungen, sowohl im Interesse der Ladenbesitzer — namentlich kleinerer und mittlerer Geschäfte — als auch der Ladenangestellten, die Einführung des Achtuhrladenschlusses für ganz Deutschland nur auf das Wärmste befürworten. Wir bitten deshalb den Hohen Reichstag, die Novelle dahin abzuändern, daß im ganzen Deutschen Reiche ein allgemeiner Ladenschluß an den Wochentagen, mit Ausnahme der Abende vor Sonn- und Feiertagen, spätestens um 8 Uhr festgesetzt wird. Nur wenn eine solche Bestimmung Gesetzeskraft erlangt, glauben wir, daß eine Schädigung der Ladenbesitzer nicht eintritt und daß gleichzeitig den Ladengehülfen und Lehrlingen die nöthige freie Zeit zur Erholung und zur kaufmännischen Fortbildung gewährt wird. Sollte der Hohe Reichstag auf unseren Vorschlag einzugehen sich nicht entschließen, so sprechen wir die ergebene Bitte aus, die Bestimmungen des § 139c des Gesetzentwurfs mindestens dahin zu ändern, daß für erwachsene männliche Gehülfen wenigstens eine elfstündige, für männliche jugendliche aber, sowie für weibliche Angestellte mindestens eine zwölfstündige Ruhepause bestimmt wird, die spätestens um 9 Uhr Abends beginnen muß. Anderen Falles können wir in der Novelle eine erhebliche Besserung der bisherigen traurigen Zustände nicht erblicken. Denn eine 13- bis 14stündige Arbeitszeit, wie sie der Gesetzentwurf zulassen will, kann unseres Erachtens für die Angestellten, insbesondere für die jugendlichen männlichen und für die weiblichen Gehülfen und Lehrlinge, nicht als angemessen erachtet werden, da sie ihnen zur Erholung und Pflege der Gesundheit, sowie zu ihrer Fortbildung nicht die nöthige freie Zeit läßt."

Aus der Theaterwelt. Im Thalia-Theater findet am Donnerstag, 20. d., zum Benefiz für Frau Ella Gröger die Aufführung von „Mutter und Sohn" statt. Die Benefiziatin, das langjährige geschätzte Mitglied der Thalia-Bühne, giebt die Rolle der Generalin. Am Freitag wird zu ermäßigten Preisen „Kean" wiederholt. — Im Carl Schultze-Theater wird in der nächsten Sonntag-Nachmittags-Vorstellung „Hanna Jagert" von Otto Erich Hartleben mit Emmy Förster in der Titelrolle in Szene gehen.

Die Beschlagnahme des Hansadampfers „Minneburg" ist nach dem „H. C." nicht aufgehoben, wie gestern berichtet wurde. Der Dampfer liegt nach wie vor an der Kette.

w. **Vom Hafen und von der Schifffahrt.** Der Postdampfer „Patria" passirte gestern Nachmittag 2½ Uhr Scilly und ist am Donnerstag Abend 7 Uhr auf der Elbe zu erwarten. An Bord befinden sich 50 Kajüts- und 90 Zwischendeckspassagiere. — Das Feuerschiff Elbe II „Bürgermeister Kirchenpauer" traf heute Morgen im Tau des Schleppdampfers „Assecuradör" hier ein und wurde bei B. Wencke Söhne in's Trockendock geholt, wo es reparirt und renovirt werden soll. — Die englische Viermastbark „Hiddeckel", welche im Tau des englischen Schleppdampfers „Goole VIII" auf der Elbe eintraf, setzte sich gestern Nachmittag, etwa eine Stunde nach Eintreten der Ebbe, in der Nähe von Stülckens Werft auf Grund fest und mußte dort bis zum Eintritt der Fluth verweilen. Das Schiff ist mit einer Ladung Salpeter von Caleta Buena gekommen und hatte einen Tiefgang von etwa 26 Fuß. — Die Dampfbarkasse „Mikado" kollidirte heute Morgen mit der Motorbarkasse „Streblow". Der Ersteren ist die Steuerbordseite eingedrückt worden. — Ein neuer Schleppdampfer, welcher für die Firma C. F. Albers in Memel erbaut wurde, ist hier eingetroffen. Er ist für den hiesigen Hafendienst bestimmt und führt den Namen „Margarethe". — Heute Morgen fand auf der Unterelbe eine Kollision zwischen einem englischen und einem Blankeneser Fischerkutter statt. Beide Schiffe haben ziemlich starke Beschädigungen am Vorderschiff erhalten und mußten, da sie leck wurden, nach einer Werft geschleppt werden.

w. **Die englische Bark „Glanivor",** welche gegenwärtig im Hamburger Hafen liegt, ist für 4100 Lstrl. nach Italien verkauft worden. Das Schiff hat die Februarstürme im Atlantic mitgemacht und den Großmast gebrochen. Es lief in Bahia ein. Von England hat man dann einen neuen Großmast dorthin gesandt, welcher auf dem Schiffe eingesetzt wurde. Hierauf segelte die Bark nach hier.

w. **Die neue Fähranlage beim St. Pauli Fischmarkt** geht so ziemlich ihrer Vollendung entgegen. Bekanntlich ist die Fähranlage bei dem alten St. Pauli Fischmarkt aufgehoben und dafür eine neue Anlage am neuen St. Pauli Fischmarkt errichtet, die sich jedoch als bedeutend zu klein erwies. Die drei Pontons an der alten Fährstelle sind seiner Zeit zur Vergrößerung und Verstärkung dem Werftbesitzer G. C. Jensen übergeben worden. Dieser hat sich beim Norderloch an Steinwärder einen Platz gemiethet, auf dem dieser Umbau vorgenommen wird. Heute Morgen 11 Uhr ist einer dieser Pontons zu Wasser gelassen worden; derselbe hat jetzt die Länge von 24 m und die Breite von 7 m erhalten. Die anderen beiden Pontons werden in der nächsten Woche zu Wasser gelassen werden. Zu Pfingsten wird der Betrieb auf die neue Fähranlage ausgedehnt.

w. **Dem Betrieb übergeben** wurde heute die auf der Werft von H. C. Stülcken Sohn neuerrichtete große Kesselschmiede. In diesen Tagen ist die Montage der großen Bohrmaschine beendet, die im Stande ist, vier Löcher gleichzeitig zu bohren. Außer drei großen Stahlkesseln zu je 12 Atmosphären Druck und 130 Quadratfuß Heizfläche befinden sich dort ein Kessel für einen Fischdampfer, fünf Kessel für Schleppdampfer und ein Donkeykessel im Bau. Das Gebäude hat die modernsten Einrichtungen für Kesselbau.

Zum Verkauf von 11 Schiffen der East Indian Ocean Steamship Co. an ein deutsches Syndikat. Auf Grund eingezogener Erkundigungen erfährt die „Börsenhalle", daß die Firma Behn, Meyer u. Co. an der Spitze des Syndikats steht und die Käufer der Dampfer der East Indian Ocean Steamship Company, Limited in Singapore die Herren Behn, Meyer u. Co. in Singapore und die Herren Windsor u. Co. in Bangkok sind, die die bisherigen Fahrten der Dampfer weiterhin für gemeinschaftliche Rechnung betreiben werden.

Der Dampfer „Saxonia", für die Hamburg-Amerika-Linie auf der Flensburger Schiffswerft erbaut, ist gestern daselbst vom Stapel gelaufen. Die Abmessungen der „Saxonia" sind: 414 Fuß 6 Zoll größte Länge, 46 Fuß 5 Zoll größte Breite, 31 Fuß 2½ Zoll Tiefe.

w. **Eine sehr schnelle Reise** hat der Dreimast-Schooner „Moedor" von Rio Hache (Columbia) nach hier gemacht. Das Schiff machte die Reise in 36 Tagen. Es ist schneller gekommen, als die Post, die noch nicht eingetroffen ist. Gut segelnde Schiffe brauchen in der Regel 50 bis 60 Tage.

w. **Vermißt** wird seit Dienstag der Decksmann E. v. d. Heide vom Schleppdampfer „Hubert". Ein Unglücksfall wird vermuthet.

w. **In Haft gebracht** wurde ein englischer Seemann, welcher in der Wartehalle am Amerikahöft die Fensterscheiben zertrümmerte, Unfug trieb und Leute belästigte.

w. **Unglücksfälle.** Auf dem im Hafen liegenden Dampfer „Argos" fiel den Kohlenarbeitern Evermann und Nachtigall je ein Stück Kohle auf den Kopf. Ersterer ist nach seiner Wohnung und Letzterer nach dem Krankenhause gebracht worden. Auf demselben Schiffe ist auch der Arbeiter Eckstein beim Verladen von eisernen Schienen am rechten Bein schwer verletzt worden. Auch dieser Verunglückte hat im Krankenhause Aufnahme gefunden.

Unglücksfälle. Ein Schneider Koch in der Lembkentwiete verletzte sich mit einem Messer den kleinen Finger der rechten Hand in schwerer Weise. Der Mann wurde im Kurhause verbunden. — Durch einen Sturz mit seinem Fahrrad zog sich ein am Zeughausmarkt 23 wohnender Geschäftsführer eine schwere Knieverletzung zu. Er fand Aufnahme im Eppendorfer Krankenhause. — In's Allgemeine Krankenhaus brachte man ein Dienstmädchen aus der Neuenstraße 13 in St. Georg, das sich bei einem Fall eine Hand verstaucht hat. — Schwere Brandwunden hat sich das Söhnchen eines Postschaffners in der Zweiten Marienstraße zugezogen, indem der Kleine in einen Eimer mit kochendem Wasser fiel. Man brachte das verunglückte Kind in's Eppendorfer Krankenhaus.

Von einem Straßenbahnwagen todtgefahren wurde gestern Nachmittag gegen 5 Uhr in der Alsterdorferstraße in Winterhude der vierjährige Knabe Konrad Johann Ludwig Westphal. Dieser lief trotz mehrmaliger Warnung des Führers neben dem Motorwagen her und wollte, als der Wagen langsamer fuhr, beim Lohkoppelweg vor dem Wagen über das Geleise laufen. Obgleich der Führer des Wagens sofort bremste und letzteren auch auf zwei Meter zum Stehen brachte, war doch ein Unglück nicht mehr zu verhüten. Der Knabe kam unter den Vorderperron zu liegen. Man zog ihn besinnungslos hervor und brachte ihn in die Wohnung der Eltern, wo er nach einer halben Stunde verstarb, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Dem Führer des Motorwagens soll keinerlei Verschulden zuzumessen sein.

Einen Selbstmordversuch machte gestern Mittag ein am Paulinenplatz 1, zweite Etage, wohnender Kommis, indem er sich mit einem Revolver erst in die rechte Schläfe und dann noch in die Brust schoß. Der Lebensmüde fand Aufnahme im Israelitischen Krankenhause.

Eine sonderbare Nachricht geht der „Frankf. Ztg." aus London zu. Auf dem dortigen Bahnhofe Broad Street wurde am Montag eine an das Museum Narnaison de Nelli (?) in Hamburg adressirte Kiste geöffnet, um den unbekannten Absender festzustellen. Eine weibliche Leiche und menschliche Köpfe wurden in der Kiste entdeckt. Die Polizei wurde benachrichtigt, doch stellte ein Arzt fest, daß die Leiche seit mindestens zehn Jahren mumifizirt sein müsse. Die Kiste war auf der London and North Western Bahn am Freitag angekommen und sollte über Harwich weiterbefördert werden.

Einen bösen Reinfall erlebte ein Gauner, der gestern auf einem Platz in der Wendenstraße erschien und mehrere daselbst spielende Knaben ersuchte, ihm eine schottische Karre zu besorgen, was diese auch thaten. Er ließ dann die Knaben mit helfen, Holz auf die Karre zu laden, und schob mit dieser ab. Unterwegs fragte er einen der mitgegangenen Knaben, ob er nicht Jemand wüßte, der das Holz kaufen würde. Der Knabe, dem die Sache verdächtig vorkam, führte den Mann nun zu dem Eigenthümer des Holzes, der sein Eigenthum sofort erkannte und den Mann verhaften ließ. Es stellte sich heraus, daß man es mit einem alten Zuchthäusler zu thun hatte, der vor einiger Zeit aus der Irrenanstalt Friedrichsberg, wohin man ihn, da er Irrsinn simulirte, gebracht hatte, entwichen ist. Bei seiner Verhaftung spielte er wieder den „wilden Mann".

Falsche Zweimarkstücke, J 1896 und A 1876, sind wieder bei der Polizeibehörde eingeliefert worden.

Schwindel. Ein etwa 36—40jähriger Mann hat am 11. und 13. März d. J. bei einem Glasermeister an der Rothenbaumchaussee, einem Gärtner am Heinskamp und einem Schlossermeister am Grindelberg je 50 ₰ erschwindelt unter der Angabe, er habe den Auftrag, die Herren zu einem Zimmermeister zu bestellen, der in der Sophienterrasse ein Haus baue und ihnen Arbeit übertragen wolle.

Diebstähle. Gestohlen wurden: in letzter Nacht beim Senator Dr. Herz in der Ernst Merckstraße mittels Einbruchs durch eine Hinterthür viele werthvolle Silbersachen; mittels Ausschneidens einer Fensterscheibe aus einem Krämerladen in der Stresowstraße zwei Pfund Zucker; Ausschlägerallee in der Nacht zum 18. d. M. mehrere Hühner und acht junge Enten; einem Hausknecht in einem Geschäft am Graumannsweg aus einer verschlossenen Kastenkarre drei Packete Kaffee und eine dazu gehörende quittirte Rechnung; einem Schlossergesellen in Hornhardts Eldorado ein Portemonnaie mit M. 80; Holsteinischer Kamp 21 eine silberne Zylinderuhr; in der Schönstraße (Z.-V.-N.) die schottische Karre Nr. 36882; am Mittelweg 104 in Borgfelde M. 100; Jungfernstieg 5 ein Fahrrad; einem Heizer an der Langenreihe 77 in St. Pauli aus seinem Portemonnaie M. 100; Rostockerstraße 18 ein Bett; Langereihe 34 in St. Georg neue bemalte Porzellanvasen; Langereihe 57 in St. Georg Bett- und Leibwäsche, gez. A. H.; Abendrothstraße 32 M. 104; Kielerstraße 87 M. 35.

In Haft kamen: ein betrunkener Mann, der in der Großen Reichenstraße von einem Schwarm Kinder verfolgt wurde und einem Knaben, der sich in dem Gefolge fand, durch einen Faustschlag zu Boden streckte und verletzte; ein Musterzeichner, der einem Geschäftsfreund in der Kielerstraße bei einem Besuch in den letzten Tagen während der Mittagszeit M. 21 aus der Kasse entwendet hat.

Feuermeldungen. Gestern Abend 9 Uhr Minnastraße 8 Schornsteinbrand; heute Vormittag um 10¼ Uhr Ludwigstraße 2 in St. Pauli Balkenbrand; Mittags 1½ Uhr Vereinsstraße 48, Haus 8, Gardinenbrand; um 2½ Uhr Fettstraße 25, Haus A, kleines Feuer; Nachmittags um 4¼ Uhr Reginenstraße 34 blinder Lärm.

Altona.

An Gewerbesteuern sollen nach der gemachten Aufstellung in der Stadt Altona für das Etatsjahr 1899/1900 M. 189266 eingehen gegen M. 180816 im Vorjahre. Davon sollen in der ersten Abtheilung M. 55323, in der zweiten Abtheilung M. 17195, in der dritten Abtheilung M. 56913 und in der vierten Abtheilung M. 58896 aufgebracht werden.

Der Güterverkehr der Altona-Kaltenkirchener Eisenbahn soll vom Bahnhof Holstenstraße nach Langenfelde verlegt werden und zwar mit möglichst nahem Anschluß an das Staatseisenbahngeleise. Die Pläne sind bereits dazu entworfen. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß das Geleise der Altona-Kaltenkirchener Bahn sich auf Straßen befindet, die einen starken Wagen- und Fußgängerverkehr aufweisen, welcher eine möglichste Einschränkung des Bahnverkehrs als wünschenswerth erscheinen läßt. Der Personenverkehr soll durch die gedachte Neuerung nicht berührt werden.

Für die Bahn Altona-Blankenese, welche eine Berliner Gesellschaft bauen läßt, und die auf der Strecke außerhalb der Stadt schon in der Schienenanlage völlig fertig ist, hat man nunmehr mit der Legung der Schienen in der Stadt begonnen. Am Mittwoch war man mit der Geleislegung auf der Paulstraße von der St. Pauli Grenze in der Richtung nach der Kirche beschäftigt. Einstweilen wird die Grenze St. Pauli-Altona an der Paulstraße die Endstation der Bahn bilden; später soll die Bahn jedoch, wie projektirt ist, nach Hamburg weitergeführt werden und dort ihre Endstation erhalten. Der Fahrpreis ist auf der vorläufigen Strecke auf 20 ₰ pro Person bestimmt worden und am 1. Juli sollen die Fahrten eröffnet werden.

Bei der soeben beendeten Schifferprüfung für die große Fahrt in der hiesigen Staatsnavigationsschule haben die Prüfung bestanden: 1) Wilhelm Brieger aus Altona; 2) Johann Dittmer aus Altona; 3) Johann Johannsen aus Altona; 4) Hugo Maß aus Waldhof; 5) Hellmuth Mey aus Memel; 6) Hermann Off aus Wischhafen; 7) Johann Peters aus Grünenbeich; 8) Moritz Steinecke aus Stader Sand. Dittmer erhielt die Staatsprämie. Alle acht Prüflinge haben auch die Prüfung in der Schiffsmaschinenkunde bestanden.

Das Etablissement „Flora" am Schulterblatt soll demnächst durch einen großen Saalbau im Garten eine bedeutende Erweiterung erfahren. Außerdem soll das Vordergebäude niedergelegt werden und an dessen Stelle und an Stelle des Garteneingangs sollen drei große Doppel-Etagenhäuser erstehen. Die Pläne sind der Behörde bereits zur Genehmigung eingereicht worden.

Eine Logisschwindlerin wurde gestern in Haft genommen. Dieselbe hatte in der Großen Bergstraße unter falschen Vorspiegelungen ein Logis gemiethet und bezog dasselbe sogleich. Bald darauf entfernte sie sich unter der Angabe, daß sie Besorgungen zu machen habe, hatte aber die Absicht, nicht wieder zu kommen, weil sie eine werthvolle Decke des Logisgebers sich angeeignet hatte. Der Logiswirth hatte den Diebstahl sogleich bemerkt, verfolgte die Diebin, die in Hamburg wohnt, und ließ sie verhaften.

Auf der Bahn des Verbrechens. Henriette Fehrs, ein hübsches Mädchen, ist erst zwanzig Jahre alt und hat bereits mehrere Diebstahlsstrafen erlitten. Heute stand sie wieder vor dem Landgericht und hatte sich wegen verschiedener Diebstähle zu verantworten. Sie ist in der jüngsten Zeit bei verschiedenen Herrschaften als sogenanntes Morgenmädchen thätig gewesen und hat sich in dieser Eigenschaft Schlüssel zu verschiedenen Gelassen der Herrschaften verschafft. Wenn sie erfuhr, daß eine der Herrschaften ausging, so begab sie sich nach der Wohnung derselben, schloß mit den Schlüsseln, die sie sich verschafft hatte, einige Gelasse auf und stahl dann etliche zum Theil recht werthvolle Gegenstände. Schließlich wurde sie ertappt und verhaftet. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagte 18 Monate und 14 Tage Gefängniß und zog erschwerend den Vertrauensbruch und die Vorstrafen in Betracht. Der Gerichtshof erkannte auf 14 Monate Gefängniß.

Billig davongekommen. Vor dem Landgericht hatte sich der mehrfach wegen Diebstahls vorbestrafte angebliche Arbeiter Johann Bernhard Klingebiel wegen wiederholten gemeinschaftlichen Diebstahls zu verantworten. Der Angeklagte ist vor Kurzem erst wegen mehrfacher Diebstähle zu vier Jahren Gefängniß verurtheilt worden und die Diebstähle, welche jetzt zur Anklage standen, bildeten nur einen kleinen Nachtrag. In der Nacht zum 26. Juli v. J. soll der Angeklagte mit mehreren Komplicen auf dem Boden des Hauses Holstenplatz 2 verschiedene Gelasse und Behälter erbrochen und aus denselben Wäsche, Nippsachen, Betten rc. im Werthe von M. 300 gestohlen

haben. Er gab zu, daß er die Sachen mit fortgeschafft, behauptete aber, daß er geglaubt habe, sein Auftraggeber sei Eigenthümer der Sachen gewesen. In derselben Nacht soll er von einer Weide an der Isebekstraße zwei Schafe gestohlen haben. Festgestellt ist, daß er eins von den Schafen bei einem Bekannten von ihm geschlachtet hat. Er behauptete aber, daß er von dem Diebstahl nichts wisse. Schließlich soll er Ecke Jäger- und Brigittenstraße aus einer Bodenkammer mehrere Löthkolben, Kinderspielzeug und andere Kleinigkeiten entwendet haben. Auch diesen Diebstahl leugnete er und schob die Schuld auf einen Unbekannten. Der Staatsanwalt hielt ihn aber in allen drei Fällen überführt und beantragte gegen ihn 3 Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen. Der Gerichtshof hielt nicht für vollständig erwiesen, daß der Angeklagte sich an den Diebstählen betheiligt habe; jedenfalls aber habe er sich der Hehlerei schuldig gemacht. Hierfür wurde ihm eine Zusatzstrafe von 8 Monaten Zuchthaus zudiktirt.

Unglücksfälle. Ein älterer Maschinenbauer fiel gestern Abend in einem Hause in der Karl Theodorstraße eine Treppe hinunter und zog sich eine schwere Schulterverletzung zu. Die Sanitätskolonne der Feuerwehr brachte den Verunglückten nach dem städtischen Krankenhause. — Ein Insasse des Siechenhauses, der sich durch einen Fall auch Verletzungen zugezogen hat, wurde ebenfalls nach dem Krankenhause gebracht.

Ertrunken ist gestern in einem Teich in den städtischen Anlagen in Neumühlen ein kleiner Knabe. Das Unglück soll darauf zurückzuführen sein, daß der Teich nicht eingefriedigt ist.

Diebstähle. Einem Schmiedemeister in der Papenstraße wurde gestern eine schottische Karre gestohlen. — Ein Fuhrwerksbesitzer brachte zur Anzeige, daß ihm von seinem Platz in der Sophienstraße mehrere Tausend Pfund Eisen, darunter mehrere Wagenachsen und Radreifen, gestohlen wurde. — Ferner stahl man einem in der Arnoldstraße in Ottensen wohnenden Geschäftsmann einen Stamm werthvoller Hühner und einem Arbeiter aus seiner Wohnung in der Finkenstraße eine silberne Taschenuhr nebst Kette.

Wandsbek.

× **Zur Bauarbeiterbewegung.** In der letzten großen öffentlichen Versammlung aller Bauarbeiterbranchen wurde beschlossen, die Sperre über die Kock'schen Bauten bestehen zu lassen, während die Zimmerleute in einer kürzlich stattgehabten Versammlung die Sperre aufgehoben haben, und zwar weil Herr Kock erklärt hatte, den Lohn, mit Ausnahme auf den Hinschenfelder Ziegeleien, zahlen zu wollen. Die Maurer und Maurerarbeitsleute meiden nach wie vor die Kock'schen Bauten. — Gewählt wurde eine Bauarbeiterschutzkommission, welcher Unregelmäßigkeiten zu melden sind.

× **Ueber das freie Wort im Deutschen Reich** sprach gestern Abend in einer gut besuchten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Genosse Adler-Harburg. Am Schlusse seines mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrages führte Redner den Nachweis, daß das freie Wort nur noch durch die Sozialdemokratie geschützt werde. — Die Abrechnung vom 1. Quartal 1899 ergiebt Folgendes: Die Einnahme beträgt mit dem Kassenbestand vom 4. Quartal 1898 M. 1599,38, die Ausgabe M. 935,45, so daß ein Kassenbestand von M. 663,93 vorhanden ist. Dem Vertrauensmann wurden zwecks Agitation M. 500 und den Verurtheilten in Dresden M. 200 überwiesen. Ein Antrag, dem Vertrauensmann M. 300 zu überweisen, wurde einstimmig angenommen. — In der vorigen Versammlung wurde beschlossen, den Gebrüdern Sch., die bekanntlich ein Renkontre mit zwei Polizeibeamten gehabt hatten, weshalb sie die Flucht in die Oeffentlichkeit nahmen, dann angeklagt, aber freigesprochen wurden, die M. 60 betragenden Kosten der Vertheidigung auszukehren. Da beim Kassirer von einzelnen Parteigenossen ein Protest gegen die Auszahlung des Geldes einlief, verweigerte er die Auszahlung. Auf Grund dieser Vorgänge erklärte der Vorsitzende Efflinge, seinen Posten niederlegen zu müssen. Ueber diese Vorgänge entspann sich eine bis in die späte Nacht sich hinziehende Debatte, welche damit endete, daß der Beschluß der vorigen Versammlung umgestoßen wurde. Die anderen Punkte mußten zurückgestellt werden.

× **Standesamtliches.** In der ersten Hälfte des Monats April gelangte Folgendes zur Anmeldung: Lebendgeboren wurden 39 Kinder (24 Knaben und 15 Mädchen), todtgeboren 2 Knaben. Die Zahl der Sterbefälle beträgt 17, die sich auf 9 Personen männlichen und 8 Personen weiblichen Geschlechts vertheilten. Aufgebote zu Eheschließungen wurden 23 veröffentlicht, wovon 11 auf Requisition auswärtiger Standesämter, und 12 Eheschließungen vollzogen.

× **Recht dumme Streiche,** die für die Betheiligten unangenehme Folgen nach sich ziehen werden, machten gestern Nachmittag mehrere von der Kontrolversammlung heimkehrende Knechte, die in Jenfeld und Barsbüttel bedienstet sind. Schnapsflaschen schwenkend, geboten sie in der Ahrensburgerstraße einem Fuhrwerk des Landmannes P. Halt, worauf sie den Führer vom Sattelpferd zogen, so daß er zu Boden stürzte und Verletzungen erlitt. Mit den Pferden trieben die betrunkenen Knechte allerlei Allotria. Als der 72jährige Knecht des P. vom Wagen stieg und die Leute flehentlich bat, sie ihres Weges ziehen zu lassen, wurde der alte Mann in entsetzlicher Weise mißhandelt, worauf die rohen Patrone die Flucht ergriffen. Der mißhandelte Mann mußte ärztliche Hülfe in Anspruch nehmen. Da die Knechte zum Theil erkannt worden sind und dieselben während der Dauer des Tages unter den Militärgesetzen stehen, dürfte die Angelegenheit ein ernstes Nachspiel finden.

× **Gefangenenbefreiung.** Als gestern Abend ein Polizeibeamter einen Mann verhaftet hatte, kam in der Neuen Feldstraße dessen Freund, der Arbeiter P., hinzu, welcher den Beamten beleidigte und dann seinen Freund gewaltsam befreite. Beide ergriffen hierauf die Flucht. Bisher konnten die Flüchtigen nicht ermittelt werden. Der Freundschaftsdienst dürfte dem P. theuer zu stehen kommen.

× **Aus dem Schöffengericht.** Der Unterschlagung von einkassirten Geldern ist der bis vor Kurzem in der Lehre beim Obermeister der Schlachterinnung, Salomon, gewesene Lehrling Sch. angeklagt. In dieser Angelegenheit hat schon eine Verhandlung stattgefunden, über deren Verlauf wir bereits berichtet haben. Heute waren nicht weniger als 16 Zeugen erschienen, die theils auf Antrag des Angeklagten, theils auf Ersuchen des Obermeisters geladen waren. Der Angeklagte behauptete heute abermals, daß eine falsche Eintragung in die Bücher stattgefunden und daß er kein Geld für sich verbraucht hätte. Mehrere Zeugen bekundeten, daß der Angeklagte ein ordentlicher und bescheidener Mensch gewesen sei und keine größeren Geldausgaben gemacht hätte. Nach zweistündiger Verhandlung wurde der Angeklagte wegen Unterschlagung in sieben Fällen zu einer Gesammtstrafe von M. 42, ev. 14 Tagen Gefängniß, verurtheilt. Als strafmildernd wurde in Betracht gezogen, daß der Meister nachlässig in der Abrechnung mit dem jungen Menschen gewesen ist, wodurch dieser der Versuchung nicht wiederstehen konnte, sich von den einkassirten Geldern größere Beträge anzueignen. — Eine ganze Kolonne kleiner Burschen aus Bramfeld hat sich wegen Beschädigung von Telegraphen-Isolatoren zu verantworten. Das Gericht spricht die kleinen Sünder frei, indem es annimmt, daß sie die Isolatoren nicht haben beschädigen, sondern nur ihre Treffsicherheit haben probiren wollen. — Ein gemüthliches Nachtlager wurde vor einigen Wochen von dem Gensdarmeriewachtmeister T. aufgehoben. In der betreffenden Wohnung fand der Beamte den unter Polizeiaufsicht stehenden, schon unzählige Male vorbestraften „Arbeiter" R. vor, der im Bett lag, während seine „Haushälterin" unter dem Bett kampirte. Das Paar war derartig betrunken, daß es nicht auf den Beinen stehen konnte. Und in dieser von schlechtem Fuselgeruch durchschwängerten Behausung hielt sich noch ein zwölfjähriges Kind auf, daß sämmtliche Vorgänge beobachtet hatte! Als der Beamte den R. für verhaftet erklärte, wurde dieser rabiat, so daß er geschlossen werden mußte. Wegen Widerstands wurden ihm 2 Wochen Gefängniß zudiktirt.

Harburg und Wilhelmsburg.

h. **Eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung der Bauarbeiter** fand am Dienstag, 17. d. M., im Lützenhop'schen Salon statt. Roche-Harburg referirte über „Die Bedeutung des Streiks". Folgender Antrag der Lohnkommission wurde einstimmig angenommen: „Die Arbeit ist am 24. d. M., Morgens, noch aufzunehmen und ist bis Feierabend auszuhalten. Erst in einer am 24. d. M., Abends 8½ Uhr, stattfindende Versammlung soll beschlossen werden, wie man bei den Bauunternehmern vorgehen will, die bis an diesem Tage nicht 50 ₰ Stundenlohn bewilligt haben." Betreffs der Maifeier wurde beschlossen, erst den Beschluß der Maurer abzuwarten und dann Näheres in der stattfindenden Versammlung zu beschließen.

r. **Standesamtsnachrichten aus Wilhelmsburg.** In der Zeit vom 8. bis 14. April sind 6 Aufgebote, 2 Eheschließungen, 18 Geburten, davon 5 uneheliche Geburten, 6 Sterbefälle und 1 Todtgeburt gemeldet worden.

r. **Unglücksfälle.** Der auf einem Fischerewer aus Neuhof in Dienst stehende Fischerknecht Ohlsen stürzte gestern Abend von der Reeling des Fahrzeuges in ein an der Längsseite des Ewers liegendes Boot, wobei er einen Armbruch und eine bedeutende Kopfverletzung erlitt. Der Verletzte kam nach Hamburg in's Krankenhaus. — Eine Quetschung der rechten Hand erlitt der Erdarbeiter Kültzau in Wilhelmsburg dadurch, daß er mit derselben beim Kippen von Lowries zwischen die Scharniere gerieth. Der Verletzte mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. — Der fünfjährige Sohn des Arbeiters Seßnack in Wilhelmsburg spielte gestern Abend auf einem Stapel Mauersteine, wobei er von denselben herunterstürzte und mehrere Steine ihm auf die Beine fielen. Er erlitt Verletzungen an beiden Füßen und wurde in die elterliche Wohnung getragen.

r. **Ertrunken** ist am Montag der 7jährige Knabe Albert Nagel, Sohn des Gastwirthes Nagel (Vering'sche Budike) auf Neuhof. Derselbe spielte mit mehreren Kindern am Kanal der Aktiengesellschaft Neuhof, wobei er in's Wasser fiel. Die Leiche wurde gestern Morgen aus dem Wasser gezogen und den Eltern zugeführt.

h. **Unfall.** Der Arbeiter Sch. trat sich heute Vormittag beim Abbruch eines Hauses im Kl. Schippsee einen Nagel in den rechten Fuß, so daß er ärztliche Hülfe in Anspruch nehmen mußte.

Lübek.

Die diesjährige Maifeier der Lübeker Arbeiterschaft, schreibt der „Lüb. Volksb.", wird sich voraussichtlich nicht nur ihren Vorgängerinnen würdig anreihen, sondern sie an Ausdehnung noch übertreffen. Das liegt schon in der augenblicklichen günstigen Geschäftskonjunktur begründet. Die klassenbewußten Arbeiter Lübeks haben sich von Anbeginn an bemüht, das Prinzip der Arbeitsruhe zur Durchführung zu bringen, und unter mannigfachen Opfern ist es ihnen gelungen, dies in einem Umfange durchzusetzen, wie ihn wohl kaum eine andere Stadt Deutschlands bisher gekannt hat. Die Arbeitsruhe geht hervor aus dem freien und festen Schluß der Betheiligten, jeder Einzelne weiß, daß er sich an einer Demonstration gegen die herrschende soziale Ungerechtigkeit betheiligt, er weiß auch die etwaigen Folgen seiner Handlungsweise zu beurtheilen. Wir haben deshalb nicht nöthig, den Betheiligten schon heute die Bedeutung des Tages klarzulegen, nur den einen Wunsch möchten wir schon jetzt aussprechen, daß Jeder sich bemühen möge, die Feier zu einer möglichst großartigen zu gestalten: Eine überfüllte Vormittagsversammlung, ein imposanter Festtag und eiserne Disziplin und Ordnung — das ist, was wir erwarten! — Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen weiterhin die Tabakarbeiter.

Die Abrechnung vom Streik der Tabakarbeiter bei Rose und Schweighoffer ergiebt eine Einnahme von M. 9176,56 und eine Ausgabe von M. 9090,13, sodaß ein Bestand von M. 86,43 verbleibt. Der Streik ist bekanntlich zu Ungunsten der Arbeiter verlaufen. Wie berechtigt die Forderungen der Arbeiter waren, das beweist am besten die vor einiger Zeit vom Gewerkschaftskartell veranstaltete Statistik. Es liefen 60 beantwortete Fragebogen ein. Danach verdienten: 6 Arbeiter (Zurichter) bei 9½stündiger Arbeitszeit einen Wochenlohn M. 5—9 pro Woche, 43 Zigarrenarbeiter im Akkord M. 9—20 pro Woche, 11 Tabakspinner bei 9½stündiger Arbeitszeit M. 19—20 pro Woche. — Ja, wahrlich, die Leute haben gewiß Ursache, begehrlich zu sein.

Ein Disziplinarverfahren ist nach Angabe der „Eisenb.-Ztg." gegen den Direktor des Katharineums, Dr. Schubring, eingeleitet worden. Anlaß dazu soll die Hühnengrabaffäre gegeben haben. Dr. Schubring wurde in dem Hünengrabprozeß als Zeuge vernommen und bekundete u. A. gegenüber der Angabe der angeklagten Gymnasiasten, er habe in der Schule nie geschimpft. Jetzt sollen mehrere Schüler bekundet haben, daß der Direktor doch geschimpft hat.

Bremen.

Bau eines zweiten Freihafens. Die Nothwendigkeit, bei der Stadt Bremen einen zweiten Freihafen zu bauen, ist jetzt eingetreten, nachdem sich der Verkehr im alten innerhalb der letzten zehn Jahre von 254 000 Gütertonnen auf 1 063 000 gehoben hat und das Anwachsen sich neuerdings beschleunigt. Die Deputation für Häfen und Eisenbahnen verlangt von Senat und Bürgerschaft 1½ Millionen Mark als erste Rate. Da der Bau des ersten Freihafens rund 30 Millionen Mark gekostet hat, so wird man ungefähr abschätzen können, welche Summen beim zweiten in Frage kommen, zumal die Tiefe des zweiten Beckens noch erheblich größer werden soll, als die des ersten, um bei dem Erfolge der Unterweserkorrektion noch größeren Schiffen als bisher den Zutritt zu gewähren.

Zum Kapitel „Heizer- und Kohlenzieher-Selbstmorde". Das Seeamt in Bremerhaven hatte sich mit dem Selbstmord eines chinesischen Feuermannes zu beschäftigen. Es gab folgenden Spruch ab: „Am 10. März 1899 etwa um 6 Uhr Vormittags auf der Reise von Singapore nach Kolombo auf 6° 6' N und 89° 54' O ist der chinesische Feuermann Young Chan vom deutschen Schraubendampfer „Sachsen" über Bord gesprungen und ertrunken. Die Ursache des Selbstmordes hat nicht mit Sicherheit festgestellt werden können, doch ist anzunehmen, daß derselbe auf die im Kesselraum herschende Hitze von 44—45° C. und die der Arbeit nicht gewachsene Körperkonstitution des Young Chan zurückzuführen sein wird. Die Schiffsleitung trifft kein Verschulden und die angeordneten Rettungsmaßregeln entsprachen der Sachlage." — Und dabei behaupten die Rheder immer, die chinesischen Feuerleute hielten bei der Hitze in den Heizräumen besser Stand, als die Weißen.

Schleswig-Holstein.

Wilster. Die Lohnbewegung der Zimmerer. Am 12. April war die Kündigung der Zimmerer abgelaufen. Am 10. April schon hatte sich jeder Meister einen von seinen Gesellen ausgesucht, um mit diesem zu verhandeln. Daß die Zimmerer darauf nicht eingehen konnten, leuchtet wohl Jedem ein, denn hierzu ist die Lohnkommission da. Die Meister waren deshalb allein in ihrer Versammlung. Es wurden in derselben denn auch nicht viele Zugeständnisse gemacht. Darauf legten am 12. April sämmtliche Zimmerer die Arbeit nieder. Wir bitten die gesammte Arbeiterschaft, uns in unserem gerechten Kampfe zu unterstützen, besonders den Zuzug von Zimmerern fernzuhalten.

Flensburg. Arbeitsniederlegung. Am Montag Morgen legten sämmtliche auf den Bauten des „Arbeiterbundes" beschäftigten Bauarbeiter bis auf einen die Arbeit nieder. Diese in der Harrisleerstraße belegenen Bauten werden von den Maurermeistern Hans Jürgensen und Hummel aufgeführt. Die Forderung der Arbeiter geht auf einen einheitlichen Stundenlohn von 40 ₰, welcher bereits von einer Anzahl hiesiger Meister bezahlt wird. Auch die obengenannten Unternehmer zahlten an einige Arbeiter diesen Stundenlohn, die meisten erhielten aber nur 32 und 35 ₰.

Das Kammergericht hat das Erkenntniß des Flensburger Landgerichts bezüglich der Unzulässigkeit der Entziehung des Erziehungsrechts von dänischgesinnten Eltern, deren unmündige Kinder Schulen in Dänemark besuchen, bestätigt; dadurch ist der gegentheilige Beschluß des Amtsgerichts Norburg endgültig aufgehoben.

Hannover.

Lüneburg. Zur Lohnbewegung der Tischler. Am Sonnabend, 15. April, sind den Arbeitgebern die Forderungen unterbreitet worden und zwar jedem einzelnen. Zugleich haben 106 Tischler ihr bisheriges Arbeitsverhältniß gekündigt. Unter diesen Verhältnissen ist es daher nicht nur wünschenswerth, sondern nothwendig, daß der Zuzug ferngehalten wird.

O diese Landräthe! Die Arbeiter-Turnerschaft unternahm am Sonntag eine Turnfahrt nach Winsen an der Luhe. Unsere wackeren Turner führten zwar Musik, Trommeln und Flöten, bei sich, konnten aber keinen Gebrauch davon machen, da ihnen sowohl im Kreise Lüneburg, als auch im Kreise Winsen, der Durchmarsch mit Musik verboten worden ist. Auf ein diesbezügliches Gesuch erhielten sie von dem Herrn Landrath in Winsen folgenden Bescheid:

„Winsen a. L., den 13. April 1899.

Erwiderung auf das Schreiben vom 7. d. M.

Die Genehmigung zur Veranstaltung eines Durchzuges der Arbeiter-Turnerschaft durch den Landbezirk des Kreises mit Musik am 16. d. M. wird im Interesse der öffentlichen Ordnung verweigert, da der sozialdemokratische und agitatorische Karakter des Umzuges hier bekannt und bei der notorischen Feindseligkeit der hiesigen Bevölkerung gegen derartige Bestrebungen Ruhestörungen zu befürchten sind. Für den Stadtbezirk ist die Polizeiverwaltung hierselbst zuständig.

Der Landrath.
(Name)."

Zunächst sei bemerkt, daß von einem „agitatorischen und sozialdemokratischen Karakter" der Turnfahrt gar keine Rede sein kann. Im Uebrigen scheint der Herr Landrath gar nicht zu merken, welch' ein schlechtes Zeugniß er den „Ordnungsparteien" ausstellt, wenn er befürchtet, daß deren Anhänger sich durch das Trommeln und Pfeifen der Arbeiterturner zu Ruhestörungen verleiten lassen!

Deutscher Reichstag.

Berlin, 19. April.

69. Sitzung. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung der Novelle zur Gewerbeordnung. Dieselbe bestimmt, daß auch das Geschäft eines Gesindevermiethers oder Stellenvermittlers einer besonderen Konzession bedarf und diese im Uebrigen, was die Gültigkeit ihrer Taxen anlangt 2c., den Pfandleihern gleichstellt. Ferner werden einige Schutzbestimmungen eingefügt für die Arbeiter in der Kleider- und Wäschekonfektion, sowie derjenigen Gewerbe, in denen die Unklarheit der Arbeitsbedingungen zu Mißständen geführt hat. So kann da z. B. durch Beschluß des Bundesrathes angeordnet werden, daß Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern vom Arbeitgeber für die Tage, an welchen sie in der Fabrik die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hindurch beschäftigt waren, Arbeit zur Verrichtung außerhalb der Fabrik überhaupt nicht, für die Tage, an welchen sie in der Fabrik kürzere Zeit beschäftigt waren, annähernd nur in dem Umfange übertragen werden darf, in welchem Durchschnittsarbeiter ihrer Art die Arbeit voraussichtlich in der Fabrik während des Restes der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit würden herstellen können — und auch das nur, „sofern Mißstände in Bezug auf die Ausdehnung der Arbeitszeit zu Tage getreten sind". — Eine weitere Bestimmung betrifft die Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Verkaufsstellen, denen nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 10 Stunden zu gewähren ist, sowie innerhalb der Arbeitszeit eine angemessene Mittagspause. Doch sind dabei auch gewisse Ausnahmen vorgesehen; die Bestimmung soll keine Anwendung finden auf Arbeiten zur Verhütung des Verderbens von Waaren, für die Aufnahme der Inventur, während der letzten zwei Wochen vor Weihnachten, außerdem an jährlich höchstens 10 von der Ortspolizei zu bestimmenden Tagen. Eine weitere Neuerung besteht in der Einführung des partiellen Acht- oder Neun-Uhr-Ladenschlusses, der auf Antrag von mindestens zwei Dritteln der betheiligten Geschäftsinhaber für eine oder mehrere Gemeinden durch Anordnung der Verwaltungsbehörde verfügt werden darf. Ferner soll dem Bundesrath die Befugniß zustehen, den Geschäftsinhaber durch besondere Vorschriften zu zwingen, die Geschäftsräume so einzurichten, daß der Handlungsgehülfe, „so weit die Natur des Betriebes es gestattet", gegen eine Gefährdung seiner Gesundheit und Sittlichkeit geschützt ist. Endlich wird der Geschäftsinhaber verpflichtet, die Gehülfen und Lehrlinge unter 18 Jahren zum Besuch der Fortbildungs- und Fachschule anzuhalten.

In Verbindung mit der Regierungsvorlage stehen Anträge des Abg. Frhrn. Heyl zu Herrnsheim (NL.) und Genossen zur Berathung. Dieselben verlangen, daß die allgemeinen Vorschriften der Gewerbeordnung auch auf Werkstätten der Hausgewerbetreibenden Anwendung finden sollen, sowie, daß eine allgemeine Regelung der Arbeit der in offenen Verkaufsstellen, Schank- und Gastwirthschaften beschäftigten weiblichen Personen stattfindet, denen eine Mindestruhezeit von 8—10 Stunden gelassen werden muß. Ferner steht mit zur Berathung ein Antrag Bassermann (NL.), der die Kündigungsfrist für kaufmännische Angestellte regeln will.

Frhr. **Heyl zu Herrnsheim** (NL.): Ich bedaure, daß die Vorlage der früheren gegenüber einige Einschränkungen erfahren hat. So war in der früheren Vorlage eine sehr wünschenswerthe Bestimmung enthalten, die die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die Hausindustrie betraf. Diese Bestimmung vermisse ich in der vorliegenden Novelle. Durchaus hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist überhaupt die Berücksichtigung der Hausindustrie. In anderen Ländern, z. B. in der Schweiz, ist man in der Weise vorgegangen, daß man zunächst einmal den Begriff der Werkstätte definirt hat; damit hat man sehr günstige Erfahrungen gemacht. Der von uns eingebrachte Gesetzentwurf geht denn auch von ganz demselben Prinzip aus; es soll festgestellt werden, welch eine Anzahl von Arbeitern überhaupt nothwendig ist, um eine Aufsicht zu rechtfertigen, ferner verlangen wir eine energische Ausdehnung aller Schutzbestimmungen auf die Heimarbeiter; auch eine Regelung der Wohnungsverhältnisse ist im Interesse ihrer Gesundheit und Sittlichkeit unerläßlich. Ich hoffe, es wird möglich sein, diese Punkte in die Regierungsvorlage hineinzubringen; zu diesem Zweck beantrage ich, sie zusammen mit unseren Anträgen an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen. Noch einen speziellen Wunsch will ich anführen: er betrifft die von uns vorgeschlagenen Bestimmungen über die Beschäftigung von Kellnerinnen in öffentlichen Schankstätten. Diese müssen unbedingt jetzt schon Aufnahme finden, da die nächste Gewerbeordnungsnovelle uns vermuthlich erst in zwei Jahren zugehen wird. Die Vorschläge über die Arbeitszeit in öffentlichen Verkaufsstellen wird man in der Kommission eingehend prüfen müssen. Es wird unser Bestreben sein, grade in dieser Richtung hin die Vorlage auszubauen.

Bassermann (NL.): Mein Antrag bezweckt die sinngemäße Uebertragung der Bestimmungen des Handelsgesetzbuches über die Kündigungsfristen auf alle Angestellte, die nicht unter das Handelsgesetzbuch, sondern unter die Gewerbeordnung fallen, also auf Werkmeister, Privatbeamte u. s. w. Ich komme nun auf die Regierungsvorlage, die uns ja ein ganzes Bouquet der verschiedensten Abänderungsvorschläge bringt. Am meisten begrüßen wir die Bestimmungen, die sich auf die Lage der Handlungsgehülfen beziehen. Was die Bestimmungen über die Konzessionspflicht von Stellenvermittlern und Gesindevermiethern anlangt, so würde ich wünschen, daß die Ertheilung der Konzession von einer Vorprüfung der Verhältnisse der betreffenden Personen abhängig gemacht wird. Wenn man sich die Zahl der Vorbestrafungen dieser gewerbsmäßigen Stellenvermittler ansieht, so muß man durchaus eine solche Vorprüfung für nöthig halten. Es fällt mir auch in der Vorlage auf, daß der Erlaß von Strafbestimmungen in weitestem Umfange den Landeszentralbehörden überlassen ist. Ich würde in einzelnen Gegenden auch die Verleitung zum Kontraktbruch durch Theateragenten unter Strafe gestellt werden. Mir erscheint es fraglich, ob hierfür überhaupt Strafbestimmungen nothwendig sind; jedenfalls aber sollte man doch diese Frage nur auf dem Wege der Reichsgesetzgebung lösen. Bei den Vorschriften über die Handelsangestellten handelt es sich ja zunächst um die Frage des Achtuhrladenschlusses. Die Angestellten selbst haben sich ja in ihren Verbänden fast einmüthig für diese Maßregel ausgesprochen. Was den Standpunkt der Prinzipale anlangt, so ist es Ihnen bekannt, daß, als die Vorschläge der Kommission für Arbeiterstatistik bekannt wurden, ein Sturm der Entrüstung in den Kreisen der Prinzipale sich bemerkbar machte. Man stellte diese Bestimmungen als eine Beschränkung der Gewerbefreiheit hin. Der Begriff der Gewerbefreiheit liegt aber nur darin, daß Jemand ohne Befähigungsnachweis ein Gewerbe betreiben darf. Das alte Argument, daß die Gehülfen ihre freie Zeit in den Wirthshäusern verbringen würden, kann ich natürlich ebenfalls nicht anerkennen. Auf das Familienleben würde eine solche Maßregel jedenfalls sehr wohlthätig einwirken. Ein Eingriff in die persönliche Freiheit würde ja allerdings vorliegen, aber das Interesse der Allgemeinheit würde ich in diesem Falle höher stellen. Uebrigens haben sich auch viele Prinzipale bereits mit dem Gedanken an den Achtuhrladenschluß ausgesöhnt. Auch ich persönlich stehe also dieser Maßregel sympathisch gegenüber, ich gebe aber zu, daß es vielleicht vorsichtiger ist, zunächst den Weg zu beschreiten, den die Vorlage will. Jedenfalls haben die Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik ein sehr trübes Bild entrollt von der Ausnützung der Handlungsgehülfen in derartigen offenen Geschäften, so daß die Gesetzgebung nothwendigerweise da einschreiten muß. Ich vermisse endlich noch in der Vorlage Maßnahmen gegen die sogenannte Lehrlingszüchterei. Die Uebelstände, die in dieser Beziehung zweifellos herrschen, könnte man durch Anstellung von Handelsinspektoren am erfolgreichsten beseitigen. — Ich hoffe, daß es der Kommission gelingen wird, noch im Sommer die ganze schwierige Materie zu erledigen, glaube übrigens nicht, daß dies ohne Vertagung des Reichstages möglich sein wird. (Bravo!)

Staatssekretär **von Posadowsky:** Der Abg. Heyl zu Herrnsheim hat es bemängelt, daß die verbündeten Regierungen fast jedes Jahr eine Novelle zur Gewerbeordnung vorgelegt haben. Durch die Entwicklung von Handel und Industrie, durch die Verschiebung der Verhältnisse zwischen Gewerbebetriebe und Hausarbeit entstehen fortgesetzt neue soziale Erscheinungen, die es erfordern, daß die Regierungen ihnen ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Daher ist auch diese Novelle eigentlich eine Konstellation von Einzelbestimmungen mit der einzigen Ausnahme, die die Stellung der Handlungsgehülfen unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung betrifft. Ich will mich auf einzelne Punkte beschränken. Der Herr Vorredner ist auf die Frage der Stellenvermittlung zu sprechen gekommen und hat namentlich geglaubt, so weit die Stellenvermittler einer vornehmeren Kategorie angehören, d. h., soweit die Theateragenten in Betracht kommen, diese Herren in ein besseres Licht stellen zu sollen. Ich glaube indessen, es liegen auch auf diesem Gebiet sehr schwere Mißstände vor (Sehr richtig!) und informierte Personen behaupten, daß es Schauspieler und Schauspielerinnen giebt, die durch die Verträge mit den Agenten in ein Leibeigenschafts- und Sklavereiverhältniß zu diesen gekommen sind. (Hört, hört!) Wir müssen also auch diesem Gewerbe sehr scharf auf die Finger sehen. Das liegt, glaube ich, im Interesse der Sittlichkeit und der Moral. (Sehr richtig! rechts.) Selbstverständlich sind die wirklichen Theateragenten, d. h., diejenigen, welche Stellen vermitteln für Personen, die geeignet sind, uns einen höheren Kunstgenuß darzubieten und das in anständiger Weise und mit Kunstverständniß thun, durch das Gesetz nicht getroffen. Ueberhaupt sind bei den Stellenvermittlern schwere Mißstände vorhanden. Je größer der Arbeitsmangel ist, desto mehr sind natürlich die Stellenvermittler geeignet, fortgesetzt die Leute zum Stellenwechsel zu verleiten und namentlich ganz unwürdige Bedingungen zu stellen. — Was die Frage betrifft, daß in dieser Novelle die Krankenversicherung der Hausarbeiter nicht geregelt ist, so liegt das daran: die Novelle im Jahre 1897/98, welche die Frage der Konfektionsarbeiter regelte, war ein selbstständiges Gesetz. Hier handelt es sich aber um eine Novelle zur Gewerbeordnung. Ferner war nachfolgender Grund maßgebend: man scheint jetzt in größeren Kommunen dieser Frage eine ernstere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Diese sind berechtigt auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes die Verpflichtung zur Krankenversicherung auf die Hausarbeiter auszudehnen; und es ist wahrscheinlich, daß ein Theil der Kommunen von dieser Befugniß Gebrauch machen wird. Außerdem ist es möglich, daß bald eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz erfolgt, und da ist es praktisch, die Einbeziehung neuer Kategorien aufzuschieben, bis das Krankenversicherungsgesetz zum Theil neue Grundlagen erhalten hat. — Endlich komme ich zur Einbeziehung der Handlungsangestellten unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung. Ich halte diesen Schritt für einen großen sozialpolitischen Schritt. Wir haben bei der Bäckereiverordnung die Erfahrung gemacht, daß es nicht praktisch ist, Gesetze einzubringen, die in den Kreisen, welche sie ausführen sollen, einen fast allgemeinen Widerstand finden. (Sehr richtig! rechts.) Daher sind wir bei dieser Novelle wesentlich vorsichtiger vorgegangen. Gegen den Acht-Uhr-Ladenschluß sind verschiedene Einwendungen erhoben worden. Ich muß sagen, daß ich auf solche Einwendungen interessirter Kreise gegen ein Gesetz, das ihnen neue Verpflichtungen auferlegt, nicht all zu viel gebe. Wir haben es erlebt, welch ungeheuerlichen Widerstand gegen das Alters- und Invaliditätsgesetz in gewissen Kreisen erhoben worden ist, und es ist jetzt die erfreuliche Aeußerung gefallen, daß dieses Gesetz auf dem Lande eines der populärsten sei. (Widerspruch rechts.) Ein Agrarier hat das gesagt. Aber die Thatsache steht fest: es besteht gegen den allgemeinen Acht-Uhr-Ladenschluß in den Kreisen der Prinzipale ein ganz außerordentlicher Widerwillen. Und ich glaube daher, wir thun gut, zunächst den Handlungsgehülfen mit etwas sanfteren Mitteln zu helfen. Man darf auch nicht vergessen, daß die Unterschiede in den Thätigkeiten der Handlungsgehülfen in großen und kleinen Städten ganz himmelweit verschieden sind, und wir müssen doch hier eine Regel aufstellen für alle Theile Deutschlands. In kleinen Städten sitzen die Leute sehr häufig im Nebenzimmer und treiben etwas Anderes; und erst, wenn die Ladenglocke ertönt, erscheinen sie, um langsam nach den Wünschen des Betreffenden zu fragen. Diese Verschiedenheit der Verhältnisse hat uns, glaube ich, praktischer Weise dazu geführt, nicht eine Maximalarbeitszeit, sondern eine Minimalruhezeit festzusetzen. Jedenfalls bedeutet diese einen erheblichen Fortschritt gegenüber den jetzigen Zuständen. Aehnlich liegt es mit den Bestimmungen über die Mittagspause. Ich möchte also empfehlen, aus praktischen Gründen gegenüber den Vorschlägen, die Ihnen hier in der Novelle gemacht worden sind, nicht weiter zu gehen. Die Prinzipale werden sich dann gutwillig in die Bestimmungen fügen, und sie werden wörtlich durchgeführt werden. Was die Anstellung von Handelsinspektoren betrifft — so weit geht meine Phantasie nicht! (Heiterkeit.) Viel wünschenswerther wären die vermehrten Anstellungen von Gewerbeinspektoren. Was die Anträge des Abg. Bassermann betrifft, so glaube ich vorläufig persönlich versichern zu können, daß gegen die vorgeschlagenen Bestimmungen Bedenken ernster Art nicht zu erheben sein werden. Die Anträge des Abg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim sind uns als Anregung sehr willkommen, sind aber zum Theil gar nicht durchführbar. In Amerika und der Schweiz, nach deren Muster er seine Anträge gestellt hat, macht man sich über die Ausführung der erlassenen Bestimmungen keine Sorgen. Bei uns denkt man darüber anders. Da verlangt man, daß auch Alles durchgeführt wird, was einmal in Aussicht gestellt ist. Die von dem Abgeordneten gewünschten Bestimmungen über die Hausindustrie sind schon aus dem Grunde schwer in die Praxis zu übersetzen, weil eine strenge Definition der Hausarbeit gar nicht gegeben werden kann. Gestern hat sich hier ein Sturm der Entrüstung darüber erhoben, daß wir eine Kontrole der Hausschlachtungen verlangen. Und jetzt wünscht man genaue Vorschriften über Ausdehnung und Bezahlung der häuslichen Arbeit. Die Politik Heinrichs IV., daß jeder Bauer Sonntags sein Huhn im Topfe habe, und womöglich noch Wochentags dazu ein Beefsteak, läßt sich gesetzlich nicht festlegen. Ich bitte die Herren, Selbstbeschränkung zu üben, wofern sie ernstlich mitarbeiten wollen. In der Beschränkung zeigt sich hier der Meister.

Frhr. **v. Stumm** (RP.): Der Regierungsentwurf hat im Wesentlichen die vor zwei Jahren von den Nationalliberalen geäußerten Wünsche in Paragraphen gebracht. Die unbeschränkte Ausdehnung auf die Hausindustrie hat der Abg. Heyl vor zwei Jahren selbst als unmöglich bezeichnet; er hat das grade damals den Sozialdemokraten gegenüber ausgeführt. Der jetzige Antrag Heyl geht von ganz falschen Grundsätzen aus. Es giebt keine Unterscheidung zwischen Handwerk und Hausindustrie. Nach meiner Meinung kann man beides nur folgendermaßen definiren: Handwerk ist, wenn (Heiterkeit) der Meister selbst mitarbeitet, Hausindustrie ist, wenn (Heiterkeit) der Unternehmer Zwischenmeister beschäftigt. Aber auch diese Definition paßt nicht für alle Fälle. Es folgt daraus, daß der Antrag Heyl juristisch hinfällig ist. Redner sucht an den einzelnen Bestimmungen des Antrages nachzuweisen, daß er zu unhaltbaren Konsequenzen führt. Wenn die Anträge Heyl und Bassermann zurückgezogen werden, so wäre das für das schleunige Zustandekommen des Gesetzes sehr von Vortheil. Wir brauchten dann überhaupt keine Kommissionsberathung, sondern könnten gleich im Plenum die zweite Berathung vornehmen und die Vorlage noch in diesem Jahre Gesetz werden lassen.

Pfannkuch (SD.): Der Herr Abg. Freiherr von Stumm meinte, wir sollten uns mit der Regierungsvorlage zufrieden geben, nach dem bewährten Wort: lieber einen Spatzen in der Hand, als eine Taube auf dem Dache. Und der Herr Staatssekretär sagte, man müsse doch anerkennen, daß der Entwurf eine große Verbesserung gegenüber dem jetzt bestehenden Zustande darstellt. Nun, ich bin der Ansicht: würde man einmal gründliche Arbeit machen und den berechtigten Wünschen der Arbeiterkategorien, die für dies Gesetz in Betracht kommen, völlig entsprechen, so würde diese fortwährende Flickarbeit nicht nöthig sein. Ich glaube aber fast: diese fortwährende Flickarbeit wird ganz systematisch betrieben, und zwar, um den fortwährenden Anzapfungen über den Stillstand der Arbeiterschutzgesetzgebung etwas entgegenhalten zu können. Würde man einmal ordentlich den Arbeiterforderungen nachgeben, so würde man Ruhe haben und sich nicht in jeder Session mit denselben Dingen befassen müssen. Was die Schutzbestimmungen für die Heimarbeit anlangt, so nehmen wir da folgenden Standpunkt ein: Will man zufriedenstellende Zustände schaffen, so muß man dazu kommen, die Heimarbeit überhaupt aus dem Rahmen unseres Wirthschaftslebens zu streichen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Heimarbeit bildet einen der dunkelsten Flecken unseres sozialen Lebens. Sie ist dazu angethan, die Arbeitskräfte, die in der sonstigen Industrie oder Landwirthschaft Verwendung nicht finden können, dem Kapital gleichfalls dienstbar zu machen. Die Heimarbeit fängt im zartesten Kindesalter an und hört erst auf, wenn aus den mürben Knochen nichts mehr herauszuschinden ist. Die Heimarbeit ist diejenige Arbeitsform, mit deren Hülfe es dem Kapitalisten noch möglich ist, die Ausbeutung der menschlichen Arbeit mit der Maschine konkurriren zu lassen. Ist es da nicht besser, mit der Heimarbeit überhaupt aufzuräumen? Wie unzulänglich in diesem Punkte die Regierungsvorlage ist, davon scheint die Regierung selbst überzeugt zu sein. Das geht wenigstens aus der Begründung der betreffenden Bestimmungen hervor. Es heißt da: „Gegenüber dem etwaigen Einwande, daß auch durch die jetzt gewählte Fassung Umgehungen des Verbots nicht völlig ausgeschlossen seien, werden die gesetzgebenden Faktoren sich mit dem Bewußtsein begnügen müssen (Hört! hört!), das Ihrige gethan zu haben, um innerhalb der Grenzen des Möglichen dem Mißstand ein Ziel zu setzen, daß die Wirksamkeit der wichtigen Vorschriften der Gewerbeordnung über die Arbeitsdauer weiblicher und jugendlicher Arbeiter durch die unbeschränkt zulässige Uebertragung von Hausarbeit vereitelt wird. Im Uebrigen darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, daß nach den bisherigen Erfahrungen schon das bloße Bestehen eines solchen Verbots wenigstens für gut geleitete Betriebe genügen wird, um seine Beseitigung zu sichern." Für „gut geleitete" Betriebe, das heißt nichts weiter, als für solche mit sehr humanen Arbeitgebern. Mit solchen kann man doch aber nicht rechnen; wäre das der Fall, so brauchte man schließlich überhaupt keine Arbeiterschutzgesetzgebung. Wenn die Regierung somit der Vorlage selbst das Zeugniß ausstellt, daß damit die Grenze des Möglichen bereits erreicht ist — so ist das doch nur ein Anlaß mehr, diese ganze Heimarbeit, der mit Einzelbestimmungen nicht beizukommen ist, zu beseitigen. Natürlich werden auch wir Alles daran setzen, die §§ 114 a und 137 a nach Möglichkeit zu verbessern. Vor Allem müssen wir darauf bestehen, daß die Bestimmung über die Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter auf alle Gewerbe ausgedehnt wird. Wir können nicht zugeben, daß man da dem Bundesrath die Entscheidung darüber überläßt, ob und inwieweit „Mißstände in Bezug auf die Ausdehnung der Arbeitszeit zu Tage getreten sind". Wir sind der Meinung, daß sämmtliche Gewerbe der Art sind, daß die Einführung jener Bestimmung das Minimal-Zugeständniß an die Angestellten bedeutet. Wenn wir die völlige Beseitigung der Heimarbeit verlangen, so ist es selbstverständlich, daß, soll dieselbe zur That werden können, wir zu ganz anderen Aufsichtsbestimmungen kommen müssen. Die jetzige Art der Gewerbeaufsicht würde da völlig unzureichend sein. Erfreulich nach dieser Richtung ist ja schon der Antrag des Zentrums auf Einsetzung der Arbeitskammern, wenn er auch aus anderen Motiven gestellt ist als der unsrige. Die Thatsache allein, daß der Antrag gestellt ist, giebt uns recht, die wir das Alles längst gefordert haben. In den Arbeitskammern sehen wir eine Stelle, von der aus sehr viel Zwietracht zwischen Unternehmern und Arbeitgebern beseitigt werden kann. Ihnen wird auch die Regelung der Arbeitsvermittlung überlassen werden müssen, und wenn der Herr Staatssekretär nach dieser Richtung eine Revision der Arbeiterschutzgesetzgebung vornehmen wollte, so würde das eine sehr verdienstvolle Aufgabe sein. Für die Arbeiterinnen haben wir schon längst größere Schutzbestimmungen gefordert. In Zürich ist man damit schon erheblich weiter als bei uns und was dort möglich ist, sollte bei uns nicht unmöglich sein. Wenn wie dort die Ueberarbeit von weiblichen und jugendlichen Arbeitern mit einem 25prozentigen Aufschlag honorirt werden müßte, dann würden auch bei uns die Unternehmer an der übermäßigen Ausnutzung ihrer Arbeitskräfte verhindert sein. — Nun enthält die Vorlage die Ausdehnung der Konzessionspflicht auf Stellenvermittler und Gesindevermiether. Die Regierung ist wohl der Meinung gewesen, daß sie auch bei uns für diese Bestimmung ein verständnißvolles Entgegenkommen finden würde. Es ist ja auch nicht zu leugnen, daß das Stellenvermittlungsgewerbe außerordentlich wunde Punkte aufzuweisen hat. In dieser Beziehung sind durch die Kommission für Arbeiterstatistik namentlich im Gastwirthschaftsgewerbe haarsträubende Resultate zu Tage gefördert worden. Es wurde dort festgestellt, daß Gebühren von M. 5 bis zu M. 400 für Vermittlung von Stellen für Stellensuchende erhoben worden sind. Aber auch andere Manipulationen sehr niedriger Art werden von den Stellenvermittlern vorgenommen. Die Leute erheben von dem Einkommen ihrer Opfer ständige Prozente und weigert sich Jemand, diese Prozente zu zahlen, so läuft er Gefahr, seine Stelle zu verlieren; denn es ist festgestellt, daß sehr viele Arbeitgeber mit diesen Stellungsvermittlern unter einer Decke spielen. Solchen Uebelständen aber mit der Ausdehnung der Konzessionspflicht zu begegnen, halten wir nicht für angängig. Wir sind keine Freunde der diskretionären Gewalt der Polizeibehörde, die nur all zu oft in Polizeiwillkür ausartet. Man soll lieber von den Unternehmern die Gebühren erheben, nicht von den Stellensuchenden. Die Unternehmer werden sich nicht so über's Ohr hauen lassen wie die wirthschaftlich Schwachen. Wie ich schon vorhin angedeutet habe, denken wir uns in Zukunft die Arbeitsämter und Arbeitsnachweise so eingerichtet, daß sie im Großen und Ganzen die Stellungsvermittlung übernehmen auch für das platte Land, wo ja die hauptsächlichen Befürworter der Konzessionspflicht zu finden sind. Die Ostelbier führen die Leutenoth als Grund für den Uebermuth der Stellenvermittler an und verlangen schärfere Schutzbestimmungen. Ich möchte darauf hinweisen, daß schon die jetzige Gewerbeordnung den Behörden Mittel an die Hand giebt, Mißbräuche auf dem Gebiete der Stellenvermittlung zu verhindern. Es scheint allerdings, daß die Behörden nach dieser Richtung hin nicht voll ihre Schuldigkeit gethan haben. Ich könnte noch eine Kategorie namhaft machen, die aufgenommen zu werden verdient. Ich meine die Heirathsvermittler. Was auf diesem Gebiet gesündigt wird, zeigt ein Blick in unsere großen Tageszeitungen. Da wird in der ungenirtesten Weise der Handel mit Menschenfleisch betrieben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn etwas unsittlich ist, dann sind es diese öffentlichen Angebote. Was nun die gesetzgeberischen Vorschläge bezüglich der Arbeitszeit der in offenen Verkaufsstellen thätigen Personen betrifft, so gehen die Wünsche der Angestellten weit über das hinaus, was in der Novelle ihnen geboten wird. Der Herr Staatssekretär hat uns versichert, daß über den 8 Uhr-Ladenschluß zu reden ganz überflüssig sei; denn mehr sei nicht zu erreichen, als in den Vorschlägen der Regierung geboten wird. Mit der zehnstündigen Ruhepause ist unseres Erachtens nichts gethan. Es liegt in ihr das Zugeständniß, daß eine vierzehnstündige Arbeitszeit zulässig sei. Und in der Begründung heißt es ja auch, daß nicht nur eine Arbeitszeit von 14, sondern von 15—16, ja in einzelnen Fällen sogar darüber vorkommt. Meines Erachtens ist es wichtiger, eine bestimmte Arbeitszeit festzusetzen, als eine Ruhepause. Unsere Bemühungen werden sich in erster Linie nach dieser Richtung bewegen. Können wir damit nicht durchdringen, so werden wir versuchen, eine längere Ruhezeit zu verlangen. Die Mindestforderung der Handelsangestellten ist eine 12stündige Ruhepause. Und sie müssen doch am besten wissen, was ihnen gut thut. Ebenso steht es mit der Festsetzung der Mittagspause. Den Angestellten, die im Hause des Prinzipals essen, soll nach der Vorlage nur eine angemessene Mittagspause gewährt werden. Ja, was ist das? Unter einer angemessenen Mittagspause kann Jeder verstehen, was er will. Für die Angestellten, die außerhalb des Geschäfts ihre Hauptmahlzeit einnehmen, soll eine einstündige Mittagspause vorgeschrieben werden. Der Herr Staatssekretär meint, daß wir Alle hier für das Einnehmen der Mittagsmahlzeit weniger Zeit als eine Stunde brauchen. Es kann ja in einzelnen Fällen stimmen; aber wir können uns alles Uebrige doch bequem regeln. Die Angestellten verlangen nicht nur eine einstündige Pause für die im Hause der Prinzipale Beschäftigten; sie wünschen auch, daß sie nicht, sobald sie den letzten Happen in den Mund gesteckt haben, gleich wieder zur Arbeit müssen. Darunter soll nach der Begründung die Autorität des Geschäftsinhabers leiden, weil er doch während der Zeit das Geschäft allein versehen müsse. Wenn man aber dem Grundsatz huldigt, daß Arbeit nicht schändet, so kann die Arbeit, auch wenn sie der Inhaber ausübt, seine Autorität nicht untergraben. Er wird vielmehr den Angestellten als gutes Beispiel dienen. Unser Bestreben geht dahin, eine zweistündige Mittagspause für alle in offenen Verkaufsstellen Beschäftigten zu erzielen. Die Bestimmungen des § 139d halten wir für ganz überflüssig. Außerdem verlangen wir für die Handelsangestellten eine vierzehntägige Ferienzeit und volle Ge-

haltszahlung. Der Antrag des Abg. Heyl von Herrnsheim will für die in offenen Verkaufsstellen thätigen weiblichen Bediensteten nur eine zehnstündige ununterbrochene Nachtruhe festgesetzt haben. Wir verlangen eine zwölfstündige Pause für alle Angestellten in offenen Verkaufsstellen, nicht nur für weibliche Gehülfen. Für die in Wirthschaften und Gasthäusern Thätigen will der Abg. Heyl nur eine achtstündige Arbeitsruhe vorsehen und sie für Sonntagsarbeit durch einen halben freien Wochentag entschädigen. Ihnen muß doch mindestens die gleiche Ruhepause zugestanden werden, wie den in offenen Verkaufsstellen thätigen weiblichen Bediensteten. Die Arbeit der in Gastwirthschaften Angestellten ist aufreibender und anstrengender noch als die der anderen. Sie müssen sich in Räumen aufhalten, die von Tabaksluft geschwängert sind. Es sind die Aermsten der Armen, die zum größten Theil auf die Mildthätigkeit der Gäste angewiesen sind. Das Trinkgeldunwesen ist ein Schandfleck in unserem öffentlichen Wirthschaftsleben wie er schlimmer nicht gedacht werden kann. (Sehr richtig!) Diese Aermsten sollten unter allen Umständen die nöthige Ruhe erhalten, damit sie nicht die Anstrengungen ihres Berufs mit frühzeitigem Tode bezahlen. Wir werden in der Kommission den Antrag stellen, daß eine andere Art der Entlohnung der Gastwirthsgehülfen gesetzlich vorgeschrieben wird. Die meisten erhalten keinen festen Lohn und müssen für die Vermittlung der Stelle noch Gebühren zahlen, die wie gesagt von M. 5 bis M. 400 aufsteigen. Das ist eine Ausbeutung, die zeigt wie sehr sie des weitgehenden Schutzes der Gesetzgebung bedürftig sind. Wünschenswerth wäre eine zeitigere Einbringung der Gewerbeordnungsnovelle gewesen. Verschiedene Redner haben schon darauf hingewiesen, daß die späte Einbringung dieser Vorlage dazu beitragen wird, daß sie nicht zur Verabschiedung gelangen kann. So hat die Regierung wieder eine Galgenfrist und während dieser Zeit kann sie mit ihren Bestrebungen für den Arbeiterschutz paradieren gehen. Ob die Regierung Neigung hat, statt des Schlusses der Session die Vertagung eintreten zu lassen, bleibt abzuwarten. Dann hätte die Kommission Zeit zu gründlicherer Arbeit und ihre Arbeit würde nicht wieder in den Papierkorb wandern. Ein solches Vorgehen hätte den Erfolg, daß die in den betheiligten Kreisen herrschende Unzufriedenheit gemildert würde. Sie würden sehen, daß wenigstens in absehbarer Zeit etwas für sie geschehen soll.

Nun noch einige Worte zu den Ausführungen des Herrn v. Stumm. Wir halten die Definition des Begriffs Heimarbeit nicht für so schwierig, wie er es dargestellt hat, und er selbst hat ja im Laufe seiner Rede eine Definition gegeben, die ja die Kommission zur Grundlage ihrer weiteren Berathung nehmen kann. — Herr Bassermann wünschte die Anstellung von Handelsinspektoren. Vielleicht befreundet sich Herr Bassermann mit unserem Verlangen nach einem Arbeitsamt und Arbeitskammern, von denen aus dann auch die Kontrole in den Handelsbetrieben geregelt werden kann. Auf der rechten Seite sucht man ja die Schaffung solcher Institutionen mit allen Mitteln zu verhindern, da in ihnen die Arbeiter als gleichberechtigte Faktoren mit den Unternehmern thätig sein müßten. Diese Gleichberechtigung wollen Sie (nach rechts) den Arbeitern nicht zugestehen. Wir werden aber Alles einsetzen, um diese Gleichberechtigung der Arbeiterklasse durchzusetzen und nicht erlahmen, bis dieses Ziel erreicht ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Jacobskötter (K.): Meine Freunde stehen der Vorlage freundlich gegenüber, insbesondere begrüßen wir es, daß sie sich auf das Nothwendige beschränkt, und wir werden an unserem Theil mithelfen, daß in der Kommission etwas zu Stande kommt. Die Ausdehnung der Konzessionspflicht für Stellenvermittler entspricht einem dringenden Bedürfniß und ich muß mich wundern, daß der verehrte Herr Vorredner damit nicht einverstanden ist, obwohl er doch die Ergebnisse der Enquete der Kommission für Arbeiterstatistik zur Grundlage seiner Ausführungen gemacht hat. Natürlich mußten in der Rede des Abg. Pfannkuch auch die ostpreußischen Junker herhalten, ganz ungerechtfertigter Weise. Wir haben auch den Wunsch, auch die Heirathsvermittler unter polizeiliche Kontrole gestellt zu sehen, wie Herr Pfannkuch. Wir verstehen nur den Unterschied nicht, den der Vorredner zwischen diesen und den Stellenvermittlern macht. Die Gewerbeaufsicht unter den Konfektionsarbeitern begrüßen wir als einen dankenswerthen Versuch. Denselben Standpunkt vertreten wir gegenüber dem Antrag Heyl. Die Heimarbeit an sich wollen wir nicht verbieten. Die Heimarbeit an sich ist etwas so Gesundes und Natürliches, daß ich nicht verstehe, wie der Vorredner dazu kommt, sie beseitigen zu wollen. Ja, haben Sie die Leute erst alle in der Fabrik, dann haben Sie sie unter Kontrole; aber das Familienleben wird zerstört. Mißstände in der Heimarbeit geben wir natürlich zu, wir wollen helfen, diese Mißstände zu beseitigen. Ob wir in der Kommission weiter kommen werden, ist freilich fraglich. Der Vorredner führte allein den Kanton Zürich an, wo man in Bezug auf Schutzbestimmungen für die Arbeiterinnen weiter ist als bei uns, und sagte, was dort möglich ist, ist auch bei uns möglich. Das stimmt wohl nicht ganz. Was für den kleinen Kanton Zürich möglich ist, paßt für das große weite Deutsche Reich noch lange nicht. Im Allgemeinen steht fest, daß wir an der Spitze der Nationen in puncto Arbeiterschutz marschiren. Die wichtigsten Bestimmungen der Vorlage gelten der Regelung der Arbeitszeit der Angestellten in offenen Verkaufsstellen. Hier sind große Mißstände zu beseitigen. Man darf aber nicht die Kaufleute allein dafür verantwortlich machen. Das Publikum verlangt oft das längere Offenhalten gegen den Wunsch der Kaufleute selber. Deshalb ist gesetzliches Eingreifen nothwendig. Den Acht-Uhr-Ladenschluß halte ich für bedenklich. Nach den Erfahrungen bei der Bäckereiverordnung müssen wir vorsichtig sein in der Schablonisirung. Wie verschieden sind doch die Verhältnisse in den einzelnen Städten. Die Festsetzung der Minimalruhezeit scheint mir weit angemessener. Sie wird schon von selbst auf das Zustandekommen einer entsprechenden Ladenschlußzeit hinwirken. Die Vorschläge des Herrn von Heyl betrachte ich zum großen Theile als undurchführbar. Wie soll z. B. die Polizei die Wohnungen besichtigen? Das heißt doch wirklich, die Polizei in die innersten Verhältnisse unseres Heims ziehen, in einer Weise, die uns nicht lieb sein kann. Auch die Aufbesserung der Lage der Kellner kann nicht durch derartige Bestimmungen vor sich gehen, so gern man ihnen auch alles Mögliche gönnen möchte. Insgesammt hoffe ich, daß die Annahme der Regierungsvorlage wieder einen bedeutenden Schritt darstellen wird zur Herbeiführung des sozialen Friedens.

Pauli (wildk.) hält es für schädlich, daß man das Handwerk unter Polizeiaufsicht stellen will, wie dies bereits bei der Bäckerei leider geschehen sei. Die Herren links wollen sonst von der Polizei nichts wissen, nur in solchen Fällen verlangen sie, daß die Polizei bis in das letzte Winkelchen des Privatlebens hineinleuchten soll. Die zweistündige Mittagszeit ist nicht überall durchzuführen, so nicht beim Baugewerbe im Winter, wo es um 8 Uhr hell und um 4 Uhr schon wieder dunkel wird. Abgeordneter Pfannkuch meinte, wir wollen die Arbeiter daran verhindern, ihre Lage selbstthätig zu verbessern. Keineswegs! Ich habe immer gefunden, es ist mit den Leuten ganz gut auszukommen, wenn man nur mit ihnen vernünftig umgeht. Ich schließe mich dem Antrage auf Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern an.

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag, 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Berathung.)

Schluß 5¾ Uhr.

Auswärtiges.

Abgefertigt! Vor einigen Tagen wollte der sozialistische Abgeordnete Bertesi auf der Durchreise in Bologna die Vorlesung des Dichters und Professors Carducci besuchen, wurde aber von diesem, der ein Gegner der Sozialisten ist, sehr unhöflich aus dem Auditorium hinausgewiesen. Darauf sandte Bertesi dem Dichter folgende Visitenkarte: „Alfredo Bertesi, Mitglied des nationalen Parlaments, wollte auf der Durchreise sich die Ehre verschaffen, den Dichter zu hören, den er seit langen Jahren bewundert, aber anstatt des Dichters fand er einen Bauernlümmel".

Von der deutschen Justiz. Ein Urtheil, das vielfach Kopfschütteln erregen dürfte, fällte die Strafkammer zu Insterburg gegen den Redaktör Rakutt von der Königsberger „Volkstribüne". Rakutt wurde nämlich wegen Beleidigung des gesammten Pfarrerstandes zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt. In dem Agitationskalender „Ostpreußischer Landbote", dessen Verleger Rakutt ist, beginnt ein Artikel über „Sozialdemokratie und Religion" mit folgenden Worten: „Wenn alle Lügen und Einwendungen gegen die Sozialdemokratie bei Euch, Ihr lieben Arbeitsbrüder, auf dem Lande, nicht mehr ziehen, dann versuchen Eure Herren, und manchmal auch ein Pfarrer, Euch zu guterletzt noch vorzuschwindeln, die Sozialdemokraten wollten den lieben Gott abschaffen und die Religion zerstören." Dieser Satz war in Insterburg unter Anklage gestellt, während man in Königsberg, wo der Kalender erschien, keine Anklage erhoben hatte. In diesem Satz, so führte der Erste Staatsanwalt Hecht aus, sei unzweifelhaft ein schwere Beleidigung der evangelischen Pfarrer Ostpreußens enthalten, denn es sei den Pfarrern der Vorwurf gemacht, daß sie Schwindler und Lügner seien. Im weiteren Theil des Artikels sei den Pfarrern nachgesagt, daß sie sich dazu hergeben, die Arbeiter in Abhängigkeit und Dummheit zu erhalten. Richtig wäre es, wenn der ganze Kalender vernichtet würde; darüber zu entscheiden, überlasse er dem Gerichtshof. Daß alle Pfarrer Ostpreußens beleidigt werden sollten, gehe daraus hervor, daß der Kalender in ganz Ostpreußen verbreitet werden sollte. Der Staatsanwalt schloß seine kurzen Ausführungen dann, indem er sich gegen den Angeklagten wandte, folgendermaßen: „Und da ich nun einmal so weit bin, beantrage ich gegen Sie wegen Beleidigung sechs Monate Gefängniß." Rakutt hielt dem Staatsanwalt entgegen, daß in den angeführten Satz keine Beleidigung enthalten sei. Es sei weder von den Pfarrern Ostpreußens, noch von evangelischen Pfarrern, noch überhaupt von einem bestimmten Kreis von Personen die Rede. Es sei nichts weiter wie die Möglichkeit vorausgesetzt, daß auch ein Pfarrer einmal im Eifer sich dazu hinreißen lassen könne, das zu sagen, was der Sozialdemokratie fälschlich nachgeredet werde. Der übrige Theil des Artikels enthalte nichts wie unanfechtbare Thatsachen. Der Staatsanwalt beantragte die Verlesung einer ganzen Anzahl von ihm im Kalender angezeichneten Stellen, damit die Richter sähen, wie aufreizend der gesammte Inhalt sei und wie sehr die Verurtheilung des Angeklagten und die Vernichtung der Kalender am Platze sei. Ein Schrei der Entrüstung, so führte der Herr aus, sei durch ganz Deutschland wegen dieses Kalenders gegangen. Wir haben wohl gehört, bemerkt hierzu die „Tribüne", daß im Herrenhaus ein ostpreußischer Junker sich über den Kalender entrüstet hat, sonst ist uns aber nicht bekannt geworden, daß man in ganz Deutschland geschrieen hat. Wir wären in der Lage, dem Herrn Staatsanwalt Dutzende von Schreiben vorzulegen, in denen die Herausgabe des Kalenders freudig begrüßt ist. Der Gerichtshof nahm wirklich eine Beleidigung aller evangelischen Pfarrer Ostpreußens an und verurtheilte Rakutt zu sechs Wochen Gefängniß. Das Reichsgericht wird sich mit dem Urtheil zu beschäftigen haben, da Berufung eingelegt ist. — Es ist eine bekannte Thatsache, daß von Seiten der Gegner der Sozialdemokratie den Leuten vorgeschwindelt wird, die Sozialdemokratie wolle Gott abschaffen und die Religion zerstören. Bekannt ist auch, daß es einzelne Geistliche giebt, die es als ihre Aufgabe ansehen, mit allen Mitteln den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen. Da ist es doch nicht ausgeschlossen, daß Einer oder der Andere den oft vorgebrachten Schwindel wiederholt. Es ist ausdrücklich gesagt, daß ein Pfarrer solche Redensarten gebrauchen kann. In der deutschen Sprache ist der Ausdruck „ein Pfarrer" nicht die Bezeichnung für die Gesammtheit der ostpreußischen Pfarrer. Wenn die Möglichkeit vorausgesetzt wird, daß ein Geistlicher Schwindelgeschichten über die Sozialdemokratie verbreitet, kann das unmöglich eine Beleidigung aller Geistlichen sein. Es sind genug Beispiele bekannt, wo Geistliche zu Dieben, Betrügern, Sittlichkeitsverbrechern u. s. w. geworden sind und einzelnen, von Geistlichen geleiteten Blättern ist öfter schon der Nachweis geführt, daß sie mit Lügen und Gemeinheiten gegen die Sozialdemokratie vorgehen. Wenn Urtheile, wie das der Insterburger Strafkammer gegen unseren Genossen Rakutt gebräuchlich werden sollten, dann ist es sozialdemokratischen Schriftstellern nicht mehr möglich, sich vor Strafe zu sichern, wenn sie sich der deutschen Sprache bedienen.

Das österreichische Preßgesetz legt bekanntlich allen mindestens wöchentlich einmal erscheinenden Blättern den Zeitungsstempel auf. Aber wie alle Gesetze, läßt auch dieses ein Hinterpförtchen offen, daß die findigen Sozialdemokraten schnell gefunden haben. In dem böhmischen Blatte „Volkswille" lesen wir nun folgenden Brief: „An die Redaktion des „Volkswille" in Falkenau! Den Unterzeichneten kam zufällig bei H. Sch. ein Exemplar Ihres Blattes in die Hände. Der Inhalt des Blattes ist hochfein, und wir waren schnell einig und beauftragten unseren Kollegen H. Sch. für uns zwei Exemplare zu bestellen, die auch bald dagewesen sind, und mit dem Datum des 11. März 1899, 6. Jahrgang Nr. 8, monatlich drei Mal erscheinend, bezeichnet waren. Druck von A. Ehrlich, Graslitz. Verantwortlicher Redaktör Franz Lill, Falkenau. Wir sandten den Betrag ab, erhielten aber nach diesem ein Exemplar vom 25. März 1899, Nr. 5 2. Jahrgang, erscheinend monatlich einmal. Nr. 8 hieß „Volkswille", Nr. 5 und 4 „Neuer Volkswille", Herausgeber G. Uhl, verantwortlicher Redaktör J. Dobiasch, Falkenau, Druck von J. Wenk, Eger. Wenn nicht die Nr. 4 und 5 bedeutend kleiner wären als Nr. 8, so würden wir denken, die Druckmaschine wird jeden Monat in eine andere Stadt getragen. Auch aus der Nummerirung konnten wir nicht gescheut werden, weil das hier in Sachsen aufwärts geht". Soweit der Brief zweier Genossen aus Chemnitz, zu welchem die Redaktion bemerkt: Wir haben natürlich herzlich gelacht, und in einem Schreiben versucht, die reichsdeutschen Genossen in die Mysterien des österreichischen Preßgesetzes einzuweihen. Die österreichischen Genossen wissen natürlich, warum sie drei Mal im Monate den „Volkswille" und in der vierten eventuell fünften Woche des Monats den „Neuen Volkswille", der von anderen Personen gezeichnet wird, erhalten: weil wir nicht in der Lage sind, jede Woche für den Zeitungsstempel, der für jedes Wochenblatt besteht, 40 fl. zu opfern. Man muß also, wenn man den Lesern trotzdem jede Woche ihr Blatt bieten will, zu einem Auskunftsmittel greifen, das die Genossen in ganz Oesterreich, Dank ihrer Findigkeit, auch gefunden haben. Aber es ist karakteristisch für unser Preßgesetz, und wir haben den Brief der reichsdeutschen Genossen deshalb abgedruckt, daß man anderwärts gar nicht begreift, unter welchen idyllisch-schönen Zuständen sozialdemokratische Zeitungen, denen es bekanntlich immer an Geld mangelt, in Oesterreich erscheinen müssen. Und da sage noch Einer, daß es nicht wahr ist, daß unser veraltetes Preßgesetz Oesterreich dem Spotte der ganzen zivilisirten Welt preisgiebt . . .

Statistisches.

Sterblichkeits- und Gesundheitsverhältnisse. Gemäß den Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes sind in der Zeit vom 2. April bis 8. April d. J. von je 1000 Einwohnern, auf das Jahr berechnet, als gestorben gemeldet: in Berlin 19,5, Charlottenburg 18,1, Breslau 24,1, Köln 19,6, Königsberg 23,0, Frankfurt a. M. 18,0, Wiesbaden 17,3, Hannover 16,2, Kassel —, Magdeburg 20,5, Stettin 23,5, Altona 22,4, Straßburg 20,5, Metz —, München 26,5, Nürnberg 33,9, Augsburg 24,0, Dresden 18,7, Leipzig 21,6, Stuttgart 13,2, Karlsruhe 12,5, Braunschweig 17,4, Hamburg 18,9, Wien 25,6, Pest 25,3, Prag 30,8, Triest 31,8, Krakau 41,0, Amsterdam 20,0, Antwerpen 19,4, Brüssel 16,6, Lyon 23,7, Paris 21,7, London 20,8, Glasgow 22,0, Liverpool 25,7, Dublin 32,8, Edinburg 18,1, Kopenhagen 20,0, Stockholm 23,7, Christiania 24,0, Petersburg 26,0, Moskau 25,7, Odessa 19,3, Warschau 19,5, Rom 23,9, Turin —, Venedig 36,4, Alexandrien —, New-York 17,9, Philadelphia —.

Vereine und Versammlungen.

Oeffentliche Versammlung der Bauarbeiter Hamburgs am 12. April bei A. Fick, Rosenstraße. Kollege G. Mohnck als Delegirter erstattete Bericht vom Bauarbeiter-Schutzkongreß. Hempel verlas darauf verschiedene Anträge, deren Annahme für uns Bauarbeiter von großem Nutzen gewesen wäre, die aber leider auf dem Kongreß abgelehnt wurden, er bedauert, daß verschiedene Anträge nicht ganz debattirt worden seien, trotzdem doch noch Zeit genug vorhanden war. Von Drews und Töpfer wurde noch die Frage über die Aborte auf den Bauten angeschnitten und mitgetheilt, daß sich hier an den verschiedenen Bauten die Vergehen gegen die Polizeivorschriften, die seit dem Cholerajahr existiren, mehren, indem einfach wieder Abortsgruben statt spülbarer Klosets angelegt werden und dann nachher mit einigen Schaufeln Schutt zugeschüttet werden. Bei der Wahl von Verwaltungsbeamten des Lokalfonds wurden sämmtliche Vorortskassirer wiedergewählt; in den Vorstand wurden W. Hempel, J. Wienck, G. Freier, J. Meyer und A. Haack gewählt, zu Revisoren A. Krüger, C. Bargmann und O. Kitzmann. Die Statuten des Regulativs sollen in der alten Form bestehen bleiben. Ein Antrag, die Unterstützung, wie im Vorjahre, im Sommer M. 3 pro Tag, im Winter M. 2, zu der vom Hauptvorstande geleisteten Unterstützung um M. 18 vollzumachen, wird angenommen. Der Lokalfonds erstreckt sich nur auf die Bauarbeiter Hamburgs. Auf Antrag der Ortsverwaltung werden derselben M. 100 vom Lokalfonds überwiesen.

Hamburger Fortbildungs-Verein. Generalversammlung am 16. April bei Pfefier, Rosenstraße 40. Zunächst erstattete der Vorsitzende den Vorstandsbericht, aus welchem sich ergiebt, daß die Mitgliederzahl am Schlusse des ersten Quartals 72, gegen 51 am Schlusse des vierten Quartals 1898 betrug. An Unterrichtsfächern bestanden am Schlusse des verflossenen Quartals: National-Oekonomie mit 53 Theilnehmern, Stenographie mit 24 Theilnehmern und Buchführung mit 28 Theilnehmern. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von M. 120,73, der eine Ausgabe von M. 77, gegenübersteht. Die vom Vorstand vorgelegten Statuten fanden nach einigen unwesentlichen Aenderungen die Genehmigung der Versammlung. Dann erfolgte theilweise Wiederwahl resp. Neuwahl des Vorstandes. Es wurde beschlossen, ein Sommervergnügen abzuhalten, und der Vorstand mit den Vorarbeiten betraut. Darauf wurden zwei Anträge, 1.) durch freiwillige Sammlungen unter den Mitgliedern die Mittel zur Anschaffung eines Schrankes aufzubringen, und 2.) während des Sommerhalbjahres sämmtliche Kurse beizubehalten, angenommen.

Fabrikarbeiter, Rothenburgsort. Am 13. April fand unsere Mitgliederversammlung beim Kollegen von Eitzen statt. Die Stichwahl zum Gewerkschaftskongreß ergab folgendes Resultat: Von 44 abgegebenen Stimmen erhielt Frau Zietz 32, Sack 11 Stimmen; eine Stimme war ungültig. Hierauf verlas Niemann die Abrechnung vom ersten Quartal; dieselbe ergab für die Lokalkasse einen Bestand von M. 287,51. Die Versammlung sprach sich für Erhebung einer Maisteuer aus, jedoch mit der Bedingung, daß der Ertrag derselben den Zahlstellen resp. der Lohnkommission zugeführt wird. Der erste Bevollmächtigte wies noch auf die Vorschriften betr. Arbeitseinstellungen hin, und forderte die Kollegen auf, falls sie in eine diesbezügliche Lage kommen würden, sich möglichst hiernach zu richten, da ihnen nur dann die Unterstützung vom Verbande gewährleistet sei. Hierauf Schluß der leidlich besuchten Versammlung.

Der Arbeiter-Stenographenverein „Wissen ist Macht" hielt am 11. April in seinem Vereinslokal, Ernst-Merckstraße 33, seine Quartalsversammlung ab. Dem Geschäftsberichte entnehmen wir u. A., daß der letzte Kursus von 26 Theilnehmern besucht war, von denen sich 18 zur Aufnahme in den Verein meldeten. Zu dem Tags vorher eröffneten neuen Kursus waren bereits 18 Theilnehmer erschienen. Die Mitgliederzahl ist auf 80 gestiegen. Es wurde beschlossen, da die Bibliothek für diese gesteigerte Mitgliederzahl nicht mehr ausreicht, einige neue Werke der jetzt üppig ins Kraut schießenden stenographischen Lesestoffe anzuschaffen. Im Uebrigen war der Besuch der Uebungsabende sowie der Vereinsabende ein guter; das rege geistige Leben im Verein berechtigt zu den schönsten Hoffnungen. Der Einnahme im 1. Quartal von M. 178,40 steht eine Ausgabe von M. 162,56 gegenüber. Leider schloß das Wintervergnügen mit nur einer Einnahme von M. 74,05 und einer Ausgabe von M. 113 sehr ungünstig ab.

Die Mitgliedschaft Kohlenarbeiter hielt am 12. April ihre Monatsversammlung in der Lessinghalle ab. Es entspann sich eine etwas aufgeregte Debatte zwischen den Kollegen Harm und Dethleffsen über das solidarische Verhalten der Kollegen unter einander, an der sich mehrere Redner betheiligten. Da die Debatte jedoch zu keinem endgültigen Ergebniß führte, wurde beschlossen, der Vorstand solle sich an den Stauer Hirschfeld wenden und denselben um Aufklärung in dieser Sache ersuchen. Harm erklärte seinen Austritt aus der Organisation. Die Quartalsabrechnung ergab einen Kassenbestand von M. 119,61. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Bei der Wahl der Delegirten zum Gewerkschaftskongreß in Frankfurt erhielten Beckmann 20, Döring 17, Kellermann 7 und Schleef 4 Stimmen. C. Lange wurde zum Kartelldelegirten und Holzkamm zum Beisitzenden gewählt. Außerdem wurden noch ein Fahnenträger und zwei Fahnenjunker gewählt. Die Kollegen werden ersucht, bei der Fahnenweihe am 30. April recht zahlreich zu erscheinen. Nachdem der Vorsitzende noch auf die Maifeier aufmerksam gemacht und zur regen Agitation aufgefordert, erfolgte Schluß der Versammlung.

Fabrikarbeiter, Hamm. Mitgliederversammlung am 11. April bei Sieberling, „St. Petersburg", Hamm, statt. Der Vortrag vom Kollegen Sack mußte wegen Krankheit des Referenten ausfallen. Die letzte vierteljährliche Abrechnung ergab eine Einnahme von M. 583,54 und eine Ausgabe von M. 335,19. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Dann gab Kollege A. den Kartellbericht. Bei der Stichwahl der Delegirten zum Kongreß erhielten Sack 39 und Frau Zietz 11 Stimmen. Dann wurde ein vom Vorstand eingereichter Antrag, Maimarken, und zwar 200 zu 50 ₰, 200 zu 25 ₰ anzuschaffen, angenommen. Kollege S. ersuchte Diejenigen, denen es möglich ist, am 1. Mai zu feiern, dies zu thun.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 19. April. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Das Haus berieth über den Antrag des Abg. Reineke, betreffend Auferlegung der Verpflichtung zur Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen auf die bürgerlichen Gemeinden und Gutsbezirke und über den Antrag des Abg. Arendt, betreffend die Regelung der äußeren Verhältnisse, insbesondere der Unterhaltungslast der Volksschule unter Wahrung des konfessionellen Karakters, sowie der Rechte der Eltern in den Gemeinden. Reineke (FK.) begründet den Antrag. Heydebrand (K.) schildert die Mißstände im Volksschulwesen. Um diesen abzuhelfen, müsse ein klares Prinzip bei Vertheilung der Lasten festgestellt werden und zwar auf kommunaler Grundlage unter Anlehnung an die Steuerkraft der Gemeinden. Redner schließt, eine Dotation aus Staatsmitteln werde nicht zu umgehen sein. Im Gegensatz zu den Anträgen sei er dafür, daß man die Konfessionalität der Volksschule auf eine sichere Grundlage stellen müsse. Was für jüdisch-konfessionelle Schulen selbstverständlich sei, müsse auch für die Christen gelten. Seydel-Hirschberg (NL.) stimmt im Allgemeinen dem Abg. Heydebrand zu, meint aber, wenn man auch den konfessionellen Karakter der Volksschule beibehalten wolle, brauche man doch nicht auf die Frage zurückzugreifen, ob der Staat dominus ecclesiae sei, oder nicht. Er beantrage die Ueberweisung an eine Kommission. Winkler (K.) meint, die Kommissionsberathung sei erst nach Eingang der Regierungsvorlage am Platze. Rickert (FVg.) warnt davor, die Konfessionalität in die Frage hineinzuziehen, und bittet den Minister, sich blos auf die Vorlegung des Dotationsgesetzes zu beschränken, für das außer den Konservativen auch das Zentrum zu haben wäre. Baensch-Schmidtlein (FK.) vertritt den freikonservativen Antrag und beantragt, beide Anträge an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen. Friedberg (NL.) wünscht auch bei den inneren Schulangelegenheiten eine größere Freiheit für die Gemeinden und wendet sich gegen die Konfessionalität. Er würde deshalb gegen den Antrag der Konservativen stimmen müssen. Perch (Z.) meint, die Schulunterhaltungspflicht könne nicht allein geregelt werden. Das könne nur auf dem Wege eines allgemeinen Volksschulgesetzes unter gleichzeitiger Regelung der Konfessionsfrage geschehen. Der Kultusminister giebt die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes und die Dringlichkeit des Schulunterhaltungspflicht-Gesetzes zu, weist aber auf die starke Belastung vieler Gemeinden hin, falls die Neuregelung auf kommunaler Grundlage ausgeführt werde. Im Unterrichtsministerium sei bereits ein Entwurf des Schulunterhaltungspflicht-Gesetzes ausgearbeitet, aber noch nicht eingebracht worden, weil die Erhebungen über die Wirkungen, die das Gesetz haben würde, noch nicht abgeschlossen seien. Es bestehe zugleich die Absicht, Selbstverwaltungsbehörden zu schaffen, die einen Theil der jetzigen büreaukratischen Schulverwaltung übernehmen sollten. Er habe keine Bedenken, den konfessionellen Karakter der Volksschulen gesetzlich festzulegen. Wetekamp (FVp.) tritt für den freikonservativen Antrag ein, hat aber nichts gegen Kommissionsberathung. Bartels (K.) ist für Kommissionsberathung. Frhr. v. Richthofen (K.) wünscht, der konservative Antrag möge gleich jetzt, ohne Kommissionsberathung, angenommen werden. Die Debatte wird sodann geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen, worauf v. Kardorff (FK.) das Schlußwort erhält.

Nach einem weiteren Schlußworte des Abg. Dr. v. Heydebrand (K.) schreitet das Haus auf Antrag des Abg. v. Kardorff zur namentlichen Abstimmung darüber, ob die Anträge an die Kommission zu verweisen sind oder nicht.

Die Kommissionsberathung wird mit 177 gegen 132 Stimmen abgelehnt, auch der Antrag Reineke wird sodann abgelehnt, der Antrag Arendt dagegen angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag. Vorlage betreffend Kreisärzte und Gesundheitskommissionen.

Schluß 3¾ Uhr.

Berlin, 19. April. (W. T. B.) Dem Abgeordnetenhause ging heute ein Gesetzentwurf zu, betr. die Begebung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und sehr gering besoldeten Beamten. In dieser Vorlage werden 5 Millionen M. gefordert.

Die Kommission des Reichstages für die Berathung der Postnovelle berieth die Bestimmung, betr. die Beförderung der Briefe und politischen Zeitungen durch expresse Boten oder Fuhren (§ 2 Art. 2). Die Bestimmung wurde nach längerer Debatte mit 20 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Die Abgg. Hasse, Singer und Müller-Sagan zogen daraufhin ihre Anträge zu diesem Paragraphen zurück.

Berlin, 19. April. (W. T. B.) Heute Nachmittag stürzte von dem Thurm der Simeonskirche die große Glocke aus bisher unbekannter Ursache herab. Es wurde Niemand verletzt.

Lübek, 19. April. (H. C.) Der Bürgerausschuß beschloß in seiner heutigen Sitzung, der Bürgerschaft die Annahme des Senatsantrages auf Bewilligung von M. 4 575 000 für die Vertiefung des Fahrwassers der Trave auf 7½ m zu empfehlen.

Düsseldorf, 19. April. (W. T. B.) Heute Mittag erfolgte in einer bei Gerresheim gelegenen Fabrik für Feuerwerkskörper von Keil eine Explosion, wodurch der Besitzer und drei Arbeiterinnen getödtet wurden.

London, 19. April. (W. T. B.) In einem Hause in der Victoriastreet fand eine Gasexplosion statt, wodurch neun Personen, darunter sieben schwer, verwundet wurden.

London, 19. April. (W. T. B.) Wie dem Reuter'schen Büreau aus Hongkong von heute gemeldet wird, sind die gestern Abend nach Taipufai gesandten Truppen nach Hongkong zurückgekehrt und melden, daß die Mehrzahl der Ortschaften von den Bewohnern verlassen sind. Von den Aufständischen, welche sich wahrscheinlich in nördlicher Richtung zurückgezogen haben, bekamen sie Niemand zu Gesicht.

Paris, 19. April. (W. T. B.) Die Vereinigten Kammern des Kassationshofes hielten heute Nachmittag unter dem Vorsitz Mazeaus eine Sitzung ab und prüften mit Ausschluß der Oeffentlichkeit verschiedene Fragen hinsichtlich des Verfahrens in der Dreyfus-Angelegenheit. — In den Wandelgängen des Justizpalastes ist das Gerücht verbreitet, daß der Kassationshof Ende dieses Monats das Urtheil fällen werde. — Das Zuchtpolizeigericht setzte die Verhandlung in der Angelegenheit der Ligue de la Patrie Française fort. Nach der Vernehmung Dubois', eines der Urheber der Liga, beantragte der Staatsanwalt Boulloche die Bestrafung der Angeschuldigten, zollte aber gleichzeitig den Bestrebungen seine Anerkennung.

Paris, 19. April. (W. T. B.) Jules Lemaitre führte selbst seine Vertheidigung vor dem Zuchtpolizeigericht und suchte die Begründung und das Vorgehen der Ligue „La patrie française" zu rechtfertigen. Nach den verschiedenen Plädoyers wurden die Angeklagten zu je 16 Franks Buße unter Anwendung des Gesetzes Berenger verurtheilt.

Brüssel, 19. April. (W. T. B.) Der Ausstand scheint sich im Borinage nicht weiter auszudehnen. Es haben im Bassin von Mons 1145, im Bassin Centre 1900 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. In Lüttich hat sich seit einigen Tagen in der Sachlage nichts geändert. In Seraing nimmt die Zahl der Ausständigen ab. Es herrscht überall Ruhe.

Madrid, 19. April. (W. T. B.) Der in Murcia gewählte Deputirte Castelar zeigte seinen Freunden an, daß er sich moralisch für geschlagen erachte und daher sein Mandat niederlege.

Madrid, 19. April. (W. T. B.) Aus Manila wird gemeldet: Ein aus der Gefangenschaft der Tagalen entwichener Spanier erzählte, die Aufständischen hätten 50000 Gewehre, 200 Kanonen und genügende Munition zur Verfügung. Im Innern des Landes ist Alles ruhig, die Feldarbeiten sind besorgt. Lebensmittel sind in reichlichem Maße vorhanden.

Tortosa, 19. April. (W. T. B.) Das Begräbniß eines der Opfer der am letzten Sonntag stattgehabten Unruhen fand unter starker Betheiligung der Bevölkerung heute statt. Die Balkons der Häuser waren schwarz behängt und die Läden geschlossen. 38 Angestellte der Munizipalität wurden verhaftet.

Hongkong, 19. April. (W. T. B.) Gestern Abend ist noch eine Kompagnie des Hongkonger Regiments nach Taipu gesandt worden. Die Truppen rücken heute in der Richtung auf Deep Bay vor, um die Gegend unter Mitwirkung der Kanonenboote zu säubern.

New-York, 19. April. (W. T. B.) Der „New-York Herald" meldet aus Buenos Aires: Die Ortschaften Vinchina und Jaquel in der argentinischen Provinz Rioja sind durch ein Erdbeben zerstört worden. Viele Personen wurden getödtet. Durch die Eruptionen des Vulkan „Umango" in der Nähe Vinchinas wurde großer Schaden angerichtet.

Briefkasten.

Zwei Streitende, Ottensen. Fragen Sie irgend einen Postbeamten.

Zwei Dumme, Billwärder. Uns auch nicht bekannt.

Streitende, Eimsbüttel. Vernichten lassen kann die Bank das Geldstück schon, muß Ihnen aber den noch thatsächlich vorhandenen Werth desselben ersetzen.

Ein Beklagenswerther. Wenn Sie die Wohnung als trocken gemiethet haben, dann können Sie Ersatz für den Schaden verlangen, der Ihnen durch die Feuchtigkeit entstanden ist. Machen Sie Abzug von der Miethe. Den streitigen Theil der Miethe, also das, was Sie abziehen wollen, deponiren Sie am 1. Mai auf dem Sekretariat des Amtsgerichts, Dammthorstraße 10, nachdem Sie am Sonnabend, 29. April, diese Absicht dort angemeldet haben.

Kufferow. Sie können unter Einreichung des dort gefällten Urtheils beim hiesigen Gerichtsvollzieheramt Pfändung beantragen.

H. P. 1. Mit der Uebernahme der Pathenstelle bei der Taufe eines Kindes übernehmen Sie auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß das Kind in dem Glauben erzogen wird, dem man es durch die Taufe zuführt. Ob zur Erfüllung dieser Pflicht Leute geeignet sind, die ihre Kinder selbst nicht taufen ließen, damit also ihrer Meinung Ausdruck gaben, daß für sie die Taufe bezw. die kirchliche Zeremonien bedeutungslos sind, unterliegt in jedem Fall lediglich der Beurtheilung des betreffenden Geistlichen.

H. S., Abonnent. Ob Kinder, deren Eltern nicht kirchlich getraut worden sind, zur Taufe zugelassen werden, steht ganz im Ermessen des Pastors.

A. Benthien. Sie müssen auch ferner zahlen, soweit Sie dazu im Stande sind. Ueber die Höhe der Unterstützung entscheidet im Streitfalle der Richter.

J. B., Billwärder. Krumme Beine.

H. H. 444. 1) Ja. 2) Nein.

E. H. 86. Wenden Sie sich unter nochmaliger Darlegung der Sachlage und unter Angabe aller Beweismittel mit dem Gesuch an die Oberstaatsanwaltschaft, die Staatsanwaltschaft zur Erhebung einer Anklage anzuweisen. Rechtsanwalt ist dazu nicht erforderlich.

Streitende, Barmbek. Das Recht hat die Steuerbehörde.

Steinbek 1. 1) Anl. 3 zu § 8 bedeutet: Wegen Krankheit oder Gebrechen zeitig untauglich; 4 a 39 giebt es nicht. 4 a 30 bedeutet: Wegen Verlustes des rechten Zeigefingers höchstens für Landsturm tauglich. 2) Nicht ganz normales Sehvermögen, zeitig untauglich. Aussicht fraglich. 3) Metallarbeiterkasse, Hohe Bleichen 34.

F. S. 1) Machen Sie bei der Polizei Anzeige. 2) Uns ist eine solche Gelegenheit leider nicht bekannt.

Unglückliche, Eilbek. Wenden Sie sich an das Reichsamt des Innern, Kolonial-Abtheilung.

Oellack. Für die Aichung der Gefäße, die vom Aichamt vorgenommen bezw. beglaubigt werden muß, sind Gebühren nach bestimmter Taxe zu entrichten. Die Aichvorschrift besteht, um die Käufer bezw. Konsumenten vor Uebervortheilung durch zu geringes Maß oder Gewicht zu schützen.

H. T. 94. Die Frage ist streitig; wir sind der Meinung, daß der Hauswirth die Ersatzpflicht hat und sich an die Eltern des Knaben, der die Fensterscheiben einwarf, schadlos halten kann.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Vom Hohen Senat in Hamburg genehmigt.

Ziehung Sonnabend, 6. Mai ohne Verschub in Nürnberg.

Nürnberger Sebaldus-Geld-Lotterie.

Geldgewinne Mk. 120000, Hauptgewinn Mk. 50000, 20000 etc. baar Geld.

Alle Gewinne baar Geld ohne Abzug! Keine Gegenstände!

Sebaldus-Loose à M. 2 (nach auswärts Porto und Liste 30 Pfennig) durch die Generalagentur A. & B. Schuler in München, sowie hier bei: Lud. Müller & Cie., Gr. Johannisstr. 21.

Beilage zum Hamburger Echo Nr. 92.

Donnerstag, den 20. April 1899.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Große Theaterstraße 44. — Verantwortlicher Redaktör: Gustav Wabersky in Hamburg.

Agrarfrage und Sozialdemokratie.

XII.

In der Gruppe II des Kautsky'schen Agrarprogramms begegnen wir den Forderungen, die dem so stark angefochtenen „Bauernschutz" am nächsten kommen. Den Uebergang zu denselben bildet schon die letzte Forderung aus der ersten Gruppe, die „Reduzirung übermäßiger Pachtzinsen durch dazu eingesetzte Gerichtshöfe", die jedoch nach Kautsky nur dem proletarischen Pächter zu Gute kommen soll, der weit über die Erfordernisse der normalen Grundrente hinausgehende Pachten bezahlen muß.

Während in der ersten und dritten Gruppe der Schutz der Personen der leitende Grundsatz ist, will Kautsky mit den Forderungen der Gruppe II der Landwirthschaft einen Schutz verschaffen. Die aufgeführten Forderungen betreffen die Punkte, in denen die Sozialdemokratie schon heute nach Ansicht Kautskys „im Interesse der landwirthschaftlichen Entwicklung positiv zu wirken vermag". Wir sind der Meinung, daß auch hier das Interesse der Entwicklung sich von dem der Personen nicht so scharf trennen läßt. Was der Entwicklung dient, dient zumeist auch den Interessen bestimmter Personenkreise. Und bei einzelnen Forderungen tritt das persönliche Interesse viel schärfer hervor als das der Entwicklung.

Das gilt unseres Erachtens gleich von den unter a, b und c der Gruppe II erhobenen Forderungen in Bezug auf die Aufhebung der feudalen Privilegien. Diese sind viel mehr eine persönliche Last für die kleinen Grundbesitzer als eine Belastung der Landwirthschaft. Die Aufhebung der Gutsbezirke würde zweifellos eine gerechtere Vertheilung der Lasten herbeiführen, aber von einem besonderen Einfluß auf die Entwicklung der Landwirthschaft kann dabei kaum die Rede sein. Eher könnte dies von der Aufhebung der Fideikommisse gelten, da die Sicherheit gegen Zwangseingriffe von Seiten der Gläubiger in der That eine liederliche Wirthschaft begünstigt. Dagegen bildet das Anerbenrecht einen gewissen Schutz gegen zu weitgehende Bodenzersplitterung. Wir sind aber gleichwohl auch der Meinung Kautskys, daß die Sozialdemokratie nicht für dasselbe eintreten darf, weil es eine unerhörte Ungerechtigkeit zum „Recht" erhebt, indem es zu Gunsten eines Kindes des Bauern alle übrigen schwer benachtheiligt.

Die beiden Forderungen: Aufhebung der Fideikommisse und der Gutsbezirke, reichen jedoch nicht aus. Es bestehen noch weitere feudale Privilegien, Reste alter Erbunterthänigkeit, Vorrechte in den verschiedensten Vertretungskörperschaften, Patronatsrechte 2c., die wir keineswegs unberücksichtigt lassen dürfen, deren Beseitigung wir fordern müssen, wie es das 1895er Agrarprogramm that.

Auch die in Bezug auf die Jagd gestellten Forderungen Kautskys sind unseres Erachtens unzulänglich. Er verlangt mit der Aufhebung der Jagdbezirke des großen Grundbesitzes und ihrer Einverleibung in die Landgemeinde eine Art kommunaler Organisirung der Jagd. Dabei ist aber das Eine übersehen, daß in dieser Organisation schließlich die Waldeigenthümer, die großen Grundbesitzer, die erste Geige spielen und entscheidenden Einfluß haben werden. Kautsky setzt freilich voraus, daß die fraglichen Gemeinde- oder Kreisvertretungen „natürlich" aus allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrecht hervorzugehen haben. Aber natürlich ist das heute keineswegs. Bis wir soweit sind, wird vielleicht die Frage der Jagdpolitik durch Verstaatlichung des Waldbesitzes viel einfacher gelöst. Die Forderung Kautskys muß deshalb ergänzt werden durch die 1895 im Agrarprogramm aufgestellte: Freies Jagdrecht auf eigenem und gepachtetem Boden und Wildschadenersatz. Selbst wenn die von Kautsky gewünschte Organisation der Jagd einträte, müßte der Bauer das Recht haben, das Wild, das ihm seine Feldfrüchte abfrißt, auf dem von ihm bebauten Boden wegzuschießen. Damit würde auch der in Bezug auf das Wild unerhört überspannte Eigenthumsbegriff wieder den Auffassungen genähert, die allgemein herrschten, als der Wald noch Gemeinbesitz war. Aber — das ist ja eine †††Ausdehnung des Rechtes des Privateigenthums am Boden! Nach Kautsky eine der gefährlichsten Maßnahmen. Aber leider bleibt die Beschränkung, die er an deren Stelle setzen will, allein so gut wie unwirksam.

Die unter d in der Gruppe II gestellten Forderungen, betr. die Landeskultur, die Feldbereinigung (Zusammenlegung bezw. Separation) und die Seuchenverhütung, sind alte Bekannte aus dem 1895er Agrarprogramm. Aber auch diese Forderungen kehren bei Kautsky in einer Einschränkung wieder, die sie so ziemlich unwirksam macht. Er erkennt an, daß große Bodenmeliorationen, die Ausführung von Entwässerungs- und Bewässerungsanlagen, Trockenlegung von Sümpfen, Gewinnung von Land durch Eindeichungen und dergleichen mehr nicht den Einzelnen überlassen werden kann. Der Staat muß also seine Hülfe leihen. Aber wie? Das Breslauer Agrarprogramm forderte für diese Zwecke Staatskredit. Aber Kautsky will davon nichts wissen; er meint, so lange nicht die Verstaatlichung der Wasserwirthschaft zu erreichen sei, habe die Staatshülfe bei der Landeskultur „nicht in Geschenken an die Grundbesitzer, sondern in der Einschränkung der Rechte des Eigenthums, in der Ueberwindung des Widerstandes der widerstrebenden Elemente zu bestehen". Die staatliche Zwangsgewalt, die Einschränkung der Rechte des Privateigenthums nützen allein hier nur leider ebensowenig wie bei der Regelung des Jagdrechts. Bei all diesen Landeskulturarbeiten handelt es sich in erster Linie um's Geld. Dieses zu bekommen für einen Zins, der das Unternehmen nicht unrentabel macht, darum handelt es sich grade. Das sollen keine Geschenke an die Grundbesitzer sein, wie es Kautsky darzustellen beliebt, sondern Vorschüsse des Staats, die von den Grundbesitzern, soweit sie von den Kulturarbeiten Vortheile haben, mäßig verzinst und mit der Zeit amortisirt werden. Kautsky hat in Bezug auf die Feldbereinigung selbst an etwas Aehnliches gedacht, indem er die Kosten durch eine progressive Grundsteuer aufgebracht wissen will. Soweit die Landeskulturarbeiten im Allgemeininteresse unternommen werden, muß natürlich auch die Allgemeinheit die Kosten tragen.

Wir haben ja schon an früherer Stelle auf die uns gradezu unverständliche Furcht Kautskys hingewiesen, daß durch Maßnahmen im Interesse der Landeskultur die Grundrente gesteigert und damit den Grundbesitzern Vortheile zugewendet werden könnten. Das ist aber eine heute leider in vielen Fällen unvermeidliche Nebenwirkung. Keine Eisenbahn, kein Kanal, überhaupt kein neues Verkehrsmittel kann gebaut werden, aus dem nicht stets einer Reihe von Besitzern, oft ganzen Unternehmergruppen erhebliche Vortheile erwachsen. Sollen deshalb Eisenbahnen, Straßenbahnen, Kanäle 2c. nicht gebaut werden? Und doch baut sie der Staat mit den Mitteln der Gesammtheit und Keinem von uns ist es bisher eingefallen, das verhindern zu wollen. Trotz der Sondervortheile Einzelner bleibt das Allgemeininteresse doch die Hauptsache dabei.

Und so steht es im Wesentlichen auch bei den Aufgaben der Landeskultur. Wollen wir sie überhaupt — und daß wir sie wollen müssen, erkennt ja jetzt auch Kautsky an, der sich 1895 so verzweifelt dagegen wehrte — so genügt es nicht, dem Staate Zwangsrechte nach dieser Seite einzuräumen; er muß auch mit seinen Mitteln helfend eingreifen. Kann der Staat einen Habenichts zwingen, sich ein Haus zu bauen? Wie soll er das machen? Ebensowenig kann er Bauern zur Vornahme noch so nothwendiger Kulturarbeiten zwingen, die sie nicht bezahlen können. Wo von Vertretern der Sozialdemokratie in den Landtagen der Einzelstaaten für Zwecke der Landeskultur staatliche Mittel bewilligt sind, ist auch noch nie aus der Partei dagegen Einspruch erhoben worden. Und daran wird auch die Kautsky'sche Furcht vor der Steigerung der Grundrente nichts ändern.

Eine Abweichung von seinen Bedenken gegen irgend welche Operationen mit Hülfe des Staatskredits gestattet sich Kautsky in der Frage der ländlichen Versicherung. Bei der Hagelversicherung will er nicht nur die Verstaatlichung, sondern hält sogar eine Subventionirung derselben durch den Staat für gerechtfertigt, weil die Verheerungen durch Hagelschlag dort, wo keine Versicherung vorhanden, eine solche Fülle von Noth schaffen können, daß wie bei Hochwasserschäden der Staat gezwungen sei, einzugreifen und Hülfe zu leisten. Der Viehversicherung dagegen ist Kautsky nicht so geneigt, er fürchtet von derselben eine Vernachlässigung der Sorgfalt des Bauern für sein Vieh und meint: „Oft kann die Versicherung für den Bauern gradezu eine Verlockung werden, unzureichendes Vieh krepiren zu lassen, um es durch besseres auf Kosten der Versicherungsgesellschaft ersetzen zu können." Da hält Kautsky die Versicherungsgesellschaften offenbar für sehr schlechte Geschäftsleute, die so naiv sind, dem schlauen Bauern für sein schlechtes Vieh zu hohe Preise zu bezahlen. Woher kommen aber dann die Gewinne dieser Gesellschaften?

Grade diese Gewinne aus dem Versicherungsgeschäft stellen einen rein kapitalistischen Profit dar, der die Versicherten nicht unerheblich belastet. Die staatliche Organisation des Versicherungswesens wäre ein scharfer Einbruch in eine rein kapitalistische Domäne, der weiten Kreisen kleine Erleichterungen bringen könnte. Und wir sehen deshalb keinen Grund, die Verstaatlichung auf die Hagelversicherung zu beschränken, wünschen sie vielmehr auf das ganze Versicherungswesen ausgedehnt, wie es das 1895er Agrarprogramm fordert.

Die Punkte f und g der Gruppe II bedürfen weiter keiner ausführlichen Erörterung. Es sei nur bemerkt, daß auch in Bezug auf die Förderung des Genossenschaftswesens die Agrarkommission von 1895 weiter ging, indem sie diese Förderung auch dadurch erreichen wollte, daß die Staats- und Gemeindeländereien eventuell an Genossenschaften verpachtet werden sollten. Aber Kautsky will davon nichts wissen; er meint: „Die Sozialdemokratie hat keinen Grund, die Zahl der kapitalistischen Staatspächter zu vermehren und die Regierung unabhängiger von den Geldbewilligungen der Volksvertreter zu machen." Wir begegnen auch hier wieder der Besorgniß, daß irgend welche Maßnahmen die Macht des Staates als Herrschaftsinstitution vermehren könnten. Aus dem Grunde will Kautsky auch vorläufig von der Verstaatlichung von Grund und Boden nichts wissen, obwohl er anerkennt, daß sie bereits in der kapitalistischen Gesellschaft ohne Aenderung der bestehenden Produktionsweise möglich ist. Es wird dabei nur das Eine übersehen: daß die Zuweisung großer wirthschaftlicher Aufgaben auch den Karakter des Staates ändern muß. Es wirken da auch Momente mit, die nicht auf Stärkung, sondern auf Schwächung der Staatsmacht als Herrschaftsorganisation hinzielen. Es ist mehr als fraglich, ob die staatliche Büreaukratie, wenn sie nach Verstaatlichung des Großgrundbesitzes allein dem Volke gegenübersteht, mehr Macht hätte als heute, wo sie sich auf die Grundmagnaten und deren sozialen und ökonomischen Einfluß stützt. An Stelle der heutigen selbstherrlichen Verwaltung des Grundbesitzes müßten nothwendig mehr demokratische Formen treten. Die selbstständigen Großgrundbesitzer sind heute die Herren des Staates und heben die Büreaukratie mit zu solcher Herrenstellung empor; fällt der ökonomisch-soziale Einfluß der Großgrundbesitzer, so sinkt auch die politische Macht der Büreaukratie; ihre dienende Stellung muß schärfer hervortreten. Wir halten es deshalb nicht für eine Nothwendigkeit, sich in der Frage der Bodenverstaatlichung auf die Forderung der Verstaatlichung von Wald und Wasser zu beschränken, womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß wir dem heutigen Scharfmacherregiment die Ausführung unserer Wünsche übertragen möchten. Aber Programmforderungen werden ja nicht aufgestellt, um in den nächsten vier Wochen verwirklicht zu werden. Die dem Staate zu stellenden wirthschaftlichen Aufgaben sind immer im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Programmforderungen zu denken, die auf die Demokratisirung des Staates hinauslaufen. Diese wird bis zu einem gewissen Grade der Uebertragung großer wirthschaftlicher Aufgaben an den Staat vorausgehen müssen; sie wird aber schließlich selbst durch die Erfüllung jener wirthschaftlichen Aufgaben neuen Antrieb erhalten. In diesem Zusammenhange verliert der vielgefürchtete „Staatssozialismus" einen erheblichen Theil seiner Schrecken.

* *

Wir haben uns, um die Erörterungen nicht endlos hinzuziehen, auch bei der kritischen Behandlung des Kautsky'schen Agrarprogramms auf das Nothwendigste beschränken müssen, obwohl sich zu den verschiedensten Fragen noch Vieles sagen ließe. Daß dabei öfter auf das frühere Agrarprogramm zurückgegriffen werden mußte, war ebenso selbstverständlich, wie die mehrfache Heranziehung der Kautsky'schen Resolution. Diese Resolution stand einer vernünftigen Weiterführung der agrarpolitischen Diskussion in der Partei im Wege und wir haben uns deshalb alsbald nach dem Breslauer Parteitage bemüht, ihre Haltlosigkeit nachzuweisen und sind dabei sogar von Seiten einzelner „Antiagrarier" in der Partei unterstützt worden. Das ist damals bei der noch herrschenden Erregung der Gemüther nicht von dem Erfolg begleitet gewesen, die Diskussion wieder zu beleben. Das Buch Kautskys räumt nunmehr aber gründlich mit seiner eigenen Resolution auf und liefert zugleich den Stoff zu erneuter Diskussion, indem es, wie wir nochmals offen anerkennen wollen, gleichfalls viel zur Hebung des Verständnisses der landwirthschaftlichen Verhältnisse beiträgt. Die Richtigkeit der Schilderung des Entwicklungsganges der Landwirthschaft voll anerkannt, braucht man aber nicht, wie wir dargethan haben, sich alle Schlußfolgerungen Kautskys und damit sein Agrarprogramm ohne Weiteres zu eigen zu machen. Ist Kautsky im ersten Theil seines Buches der objektive Wissenschafter, so tritt im zweiten Theil der Parteimann um so schärfer hervor, der seine früher eingenommene Stellung nach Kräften zu behaupten bemüht ist. Aber in der Partei entscheidet nicht der Einzelne. Was die Partei als ihre Forderungen anerkennt, das hat sie selbst in ihrer Gesammtvertretung auf den Parteitagen festzusetzen. Es tritt also an die Partei die unbedingte Nothwendigkeit heran, wenn die Genossen im Lande sich mit dem neubeigebrachten Material vertraut gemacht haben, jetzt ihrerseits zur Agrarfrage feste Stellung zu nehmen. Und wir hoffen, daß dann die Diskussion eine streng sachliche, von allen persönlichen Momenten sich möglichst freihaltende sein wird.

Monarchenreisen.

Tage lang arbeitete der Telegraph, um die Presse ganz Europas mit genauen Berichten über die Reise des italienischen Königspaares nach Sardinien und über den „begeisterten Empfang" und die glänzenden Feste auf dieser Insel zu versehen. König Umberto hat die treue Insel, die einst dem kleinen piemontesischen Königreich den Namen gab, nach sechsunddreißig Jahren und unter sehr veränderten Verhältnissen wieder besucht.

Im Jahre 1862 begab er sich mit seinen zwei Brüdern nach Sardinien auf einem Kriegsschiff, das den Namen „Costituzione" (Verfassung) trug, einen Namen, den jetzt kein Schiff der königlichen Flotte mehr führt, weil auch die Erinnerung an die romantische Zeit der vermeintlichen politischen Auferstehung Italiens mißliebig geworden ist.

Damals, so schreibt man uns aus Italien, war der Enthusiasmus des Volkes und der Glaube an die Verbesserung seines Looses echt. Man dachte, daß das geeinigte und zur Nation gewordene Italien wirklich die liebevolle Mutter aller seiner Söhne sein würde und sich aller Provinzen annehmen würde, besonders jener, welche, wie Sardinien, Tausende von Todten auf den Schlachtfeldern zu verzeichnen hatten. Zu jener Zeit wurden die Prinzen zu einem nächtlichen Fischfang bei Fackelschein eingeladen, und in kleinen Fahrzeugen, umgeben von tausend anderen, nahmen sie wirklich daran Theil. Die Zeiten waren noch so demokratisch, daß die Prinzen sich zu einem ländlichen Tanzfest in dem Dorfe Pini begaben, und zwar ohne Gefolge, und sich dort inmitten des Volkes zwanglos amüsirten.

Jetzt ist das anders. Noch hatte das Herrscherpaar sich nicht eingeschifft, als schon auf Sardinien die Ehre, den König und die Königin empfangen zu dürfen, mit der Freiheit einiger hundert Personen erkauft werden mußte. Natürlich telegraphirten die offiziösen Depeschenbüreaus es nicht, daß in Cagliari mehr als zweihundert Bettler und Almosenempfänger arretirt und eingesteckt wurden, damit die Straßen der Stadt besser aussehen möchten und das erlauchte Auge der Herrschaften, die jährlich 15 Millionen Zivilliste haben, nicht durch den Anblick dieser um ein paar Centesimi bettelnden Armen beleidigt werde.

Außer den Bettlern sind aber auch, und zwar ohne den geringsten Grund, lediglich als Präventivmaßregel, alle unsere thätigsten Genossen verhaftet worden, Rusconi, Garbadi, Pochireddu. Bei Garbati sind die Abonnentenlisten des Blattes „La Volontà" beschlagnahmt worden, und es erscheint gar nicht unwahrscheinlich, daß man die sämmtlichen darin verzeichneten Personen festgenommen, damit sie die großen Feierlichkeiten nicht stören mögen.

Für uns Italiener ist es tief beschämend, Derartiges schreiben zu müssen.

Auf einer Insel, wo das Elend so groß ist, daß die Landleute sich noch in Ziegenfelle kleiden und gleich den Schweinen Eicheln essen, hat der Provinzialrath von Cagliari sich veranlaßt gesehen, 200 000 Lire für den Empfang des Königspaares auszugeben. Dieser selbe Provinzialrath hat noch nicht das nöthige Geld auftreiben können, um acht verfallene Brücken in der Umgebung der Hauptstadt zu repariren. Dagegen hat er für Möblirung seines Palastes 50 000 Lire verwendet.

In Sassari, Hauptstadt der andern Provinz Sardiniens, wurden 13 000 Lire für Illumination der Hauptstraßen aufgewendet. Der Provinzialrath von Sassari hat sich lediglich für das Fest aus Wien eine Anzahl Stühle zum Preise von 60 Lire pro Stück verschrieben und von einem Mailänder Haus Dekorationsgegenstände für 15 000 Lire bezogen.

Dabei ist die Armuth der Kleinbauern auf der ganzen Insel derart, daß im vergangenen Monat vom Fiskus zwei Eigenthümer ausgepfändet und von Haus und Hof vertrieben wurden, weil sie nicht im Stande waren, die fälligen Abgaben zu bezahlen, welche bei dem Einen 78 Centesimi (60 ₰), bei dem Anderen 1,08 Lire (85 ₰) betrugen. In dem offiziellen Monatsbericht findet sich eine traurige Statistik. In dem kleinen Bezirk Bonorva wurden 99 Steuerzahlern gegen 400 Immobilien gepfändet; einem Schuldner des Staates pfändete man sogar seinen Pflug, einer Wittwe ihre Hütte, deren jährlicher Nutzungswerth auf M. 12 veranschlagt wurde. In Giave steigt die Zahl der Expropriirten auf 114. Die kleine Gemeinde Samestene zählt 44 Gepfändete, Orani 110. Weiter folgen sechszehn Gemeinden, von denen die große Welt nie etwas gehört, von wo aber die Noth weit hinaus schreien sollte. In Sorso sollten am 8. April 228 Einwohner gepfändet werden wegen Unfähigkeit, ihre Steuern zu bezahlen. Die Phylloxera hat die letzten Hülfsquellen der armen Leute, die Weinberge, vernichtet. Es bleibt ihnen nichts mehr.

Heute ist die Insel zu einer großen Wüste geworden. Die Einwohner, die alle bewaffnet und vortreffliche Schützen sind, wollen sich an dem verhaßten Fiskus rächen und haben geschworen, Jeden zu tödten, der von diesem eines der wegen Steuern gepfändeten Güter kaufen würde. So wagt Niemand, dem Fiskus ein Gebot zu machen, weil er in diesem Falle sicher darauf rechnen könnte, plötzlich von einem Schuß in den Rücken getroffen zu werden, ohne daß man je erfahren würde, wer ihn abgefeuert. Niemand würde den Schützen sehen oder erkennen, und wenn er sein Opfer am Sonntag, beim Verlassen der Kirche, in Gegenwart von Tausenden fällte.

Das ist Sardinien, einst die Kornkammer von Rom, das heute vom italienischen Königspaar besucht wurde. Natürlich sahen die hohen Herrschaften nichts Anderes als Schein, denn der übermäßige Stolz der Insulaner läßt nicht zu, daß sie die Lügen und den Betrug enthüllen.

Eine treffliche Illustration des unter dem Hause Savoyen in Italien blühenden Systems giebt folgender Vorfall: Für das Bankett im königlichen Palast in Cagliari, das der König für die Spitzen der Behörden 2c. veranstaltete, wurden aus Rom etwa dreißig Kisten Konditorwaaren mitgebracht. Weil nun aber in Cagliari wie in allen anderen Gemeinden der Insel ein Oktroi für eingeführte Nahrungsmittel besteht, so mußten diese Konditorwaaren versteuert werden. Die Privatschatulle des Königs hatte nicht weniger als 800 Lire Oktroi zu bezahlen, und dabei ist der Satz für feine Backwaaren niedriger als derjenige für gewöhnliches Brot!

So dient auch die pomphafte Reise des Monarchen nach Sardinien dazu, den wahren Zustand, die wirkliche Lage des unglücklichen Italien zu enthüllen. Monarchenreisen haben zuweilen auch ihre nützliche Seite!

Aus den Parlamentskommissionen.

Die Invaliditätsversicherungs-Kommission setzte ihre Berathungen am Dienstag bei § 10 fort, der die sehr wichtige Bestimmung enthält, daß auch derjenige nicht dauernd erwerbsunfähige Versicherte für die weitere Dauer seiner Erwerbsunfähigkeit Invalidenrente erhält, welcher während 26 Wochen ununterbrochen erwerbsunfähig gewesen ist. Molkenbuhr und Genossen beantragten: 13 Wochen. Trotzdem von sozialdemokratischer Seite in der Debatte wiederholt nachgewiesen wurde, wie dringend nothwendig im Interesse der gesammten Volksgesundheit wie auch in dem der Invaliditätsanstalten es ist, wenn der Kranke bereits nach 13 Wochen, wo die Krankenkassen zumeist zu zahlen aufhören, eine Unterstützung und Verpflegung erhält, so wurde doch, wie in der ersten Lesung, der Antrag der Sozialdemokraten gegen deren 4 Stimmen abgelehnt. § 11 bestimmt, daß die Rentenentziehung ausgesprochen wird bei vorsätzlich herbeigeführter Erwerbsunfähigkeit oder wenn diese bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urtheil festgestellten Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens entsteht. Hofmann (NL.) beantragte: „In allen Fällen der letzteren Art kann die Rente, sofern der Versicherte eine im Inland wohnende Familie besitzt, deren Unterhalt er bisher von seinem Arbeitsverdienst bestritten hat, ganz oder theilweise der Familie überwiesen werden." Dieser Antrag wurde gegen eine Stimme angenommen; der sozialdemokratische Antrag: „Findet eine völlige oder theilweise Versagung der Rente statt, so muß dem Versicherten die Hälfte der für ihn geleisteten Beiträge erstattet werden", wurde gegen sechs Stimmen abgelehnt.

Zu § 12 (Heilverfahren) lagen folgende sozialdemokratische Anträge vor: „Das Heilverfahren muß eingeleitet werden, wenn unter Zustimmung des Versicherten dasselbe vom Vorstande der Krankenkasse, welcher der Versicherte angehört, beantragt wird." Ferner: § 12 Absatz 3 folgenden Zusatz zu geben: „Muß der Versicherte während des Heilverfahrens von seiner Familie getrennt leben, dann ist der von den Krankenkassen zu zahlende Betrag an die Angehörigen auszuzahlen, welche der Versicherte bisher aus seinem Arbeitsverdienste unterhalten hat." Ferner soll dem § 12 folgender neuer Absatz hinzugefügt werden: „Durch die Unterbringung in ein Krankenhaus oder eine Anstalt für Genesende erwirbt der Erkrankte einen zweiten Wohnsitz in dem Orte, in dem sich das Krankenhaus oder die Anstalt befindet." Gegen den letzteren Antrag, der von Stadthagen damit begründet wurde, daß nach der Praxis mehrerer Behörden bisher den in Heilanstalten untergebrachten Personen das Wahlrecht entzogen worden ist, sprach Staatssekretär v. Posadowsky. Die verbündeten Regierungen würden auf keinen Fall einwilligen, daß so nebenbei wichtige Bestimmungen des Wahlgesetzes durch ein anderes Gesetz aufgehoben würden. Stadthagen wies dagegen nach, daß die Aufhebung der Bestimmung des Wahlgesetzes nicht durch den sozialdemokratischen Antrag, sondern durch das Invaliditätsgesetz herbeigeführt wird. Dies habe doch die Aufgabe, der Unterstützung den Karakter des Almosens, der Armenunterstützung zu nehmen: da aber die in Heilanstalten befindlichen Invaliden die Anstalt nicht verlassen dürften, an ihrem alten Wohnorte also nicht wählen könnten, würde ihrer Verpflegung gegen den Zweck des Gesetzes der Stempel der Armenunterstützung aufgedrückt; sie würden des Wahlrechtes beraubt und den Insassen der Gefängnisse gleichgestellt. — Die drei sozialdemokratischen Anträge werden gegen 6 bezw. 7 Stimmen abgelehnt. (4 sozialdemokratische und 2 freisinnige und für den als dritten angegebenen Antrag der Antisemit.)

Zu § 12c lag seitens der Sozialdemokraten der prinzipielle Antrag vor, ihn zu streichen. Der Paragraph wurde unter Einschaltung mehrerer Ergänzungen zur Fassung der ersten Lesung in folgendem Wortlaute angenommen: „Wird der Versicherte in Folge der Krankheit erwerbsunfähig, so kann ihm, falls er sich den gemäß §§ 12 und 12a (Unterbringung in einer Heilanstalt) von der Versicherungsanstalt getroffenen Maßnahmen ohne gesetzlichen oder sonst triftigen Grund entzogen hat, die Invalidenrente ganz oder theilweise entzogen werden, sofern er auf diese Folgen hingewiesen worden ist und nachgewiesen wird, daß die Erwerbsunfähigkeit durch sein Verhalten veranlaßt ist.

Zu § 16 (Wartezeit bei freiwilliger Versicherung) wurden unter Ablehnung der weitergehenden Forderungen folgende von Hofmann (NL.) gestellten Zusätze angenommen: „Im Falle der Selbstversicherung und ihrer Fortsetzung beträgt die Wartezeit bei der Invalidenrente 400 Beitragswochen. Die für die freiwillige Versicherung geleisteten Beiträge kommen auf die Wartezeit für die Invalidenrente nur dann zur Anrechnung, wenn die Beiträge mindestens für 100 Beitragswochen auf Grund der Versicherungspflicht oder der Selbstversicherung geleistet worden sind."

Die Reichstagskommission für die Postgesetze trat am Dienstag zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Nachdem beschlossen worden war, keine allgemeine Berathung, wohl aber zwei Lesungen stattfinden zu lassen, und nachdem Abg. Dr. Paasche zum Berichterstatter bestimmt worden war, begann die Besprechung des Art. I des ersten Gesetzentwurfes, betreffend einige Aenderungen von Bestimmungen über das Postwesen, in welchem das Höchstgewicht für einfache Briefe auf 20 Gramm erweitert wird. Zu der in diesem Artikel getroffenen Festsetzung, daß das Zuschlagsporto im Betrage von 10 ₰ verbleibt, beantragte der Abg. Dietz-Hamburg die Herabsetzung desselben auf 5 ₰. — In der Verhandlung sprach sich der Staatssekretär von Podbielski entschieden dagegen aus. Nach längerer Erörterung wurde der Antrag gegen 7 Stimmen abgelehnt. — Abg. Singer regte an, daß die in der Begründung vorgesehene reglementarische Herabsetzung der Tarife für Postkarten, Drucksachen und Waarenproben gesetzlich festgelegt oder eine bindende Zusage des Staatssekretärs zu Protokoll gegeben werde, daß diese Tarifermäßigungen mit dem Inkrafttreten des Gesetzes eingeführt würden. Von der Regierung wurde dieser Antrag als dem Art. 48 der Verfassung und dem § 50 des Postgesetzes zuwiderlaufend bekämpft und darauf hingewiesen, daß eine Verfassungsänderung bei der Sonderstellung von Baiern und Württemberg auf große Schwierigkeiten stoßen würde. Abgeordneter Lenzmann hielt einen Zusatz zum § 50 des Postgesetzes sehr wohl für möglich, schreckte aber auch vor einer Verfassungsänderung nicht zurück, um der Unzuträglichkeit ein Ende zu machen, daß das Briefporto durch Gesetz, die sonstigen Tarife durch Reglement festgestellt würden. Die Sonderrechte Baierns und Württembergs seien durch Art. 52 der Verfassung so bestimmt festgelegt, daß eine Veränderung des Art. 48 diese Staaten gar nicht berühren würde. Der vom Abg. Singer angeregten gesetzlich vorzusehenden Möglichkeit einer Rabattgewährung bei größeren Postsendungen wurde vom Staatssekretär und den Abgg. Dr. Paasche, Graf Bernstorff und Dr. Lieber widersprochen. Schließlich wurden die Nummern 1 und 2 des Art. I unverändert angenommen. Zu Nr. 3, Zeitungstarif, wurde auf Vorschlag Singers beschlossen, diese Angelegenheit einer Subkommission zu überweisen. Doch

---

[10] (Nachdruck verboten.)

Jack.

Roman von Alphonse Daudet.

Einzig autorisirte Uebersetzung.

„Du nicht schlafen," sagte er zu ihm. „Ich nie schlafen, wann von Dahomey reden. Höre."

Und in der Dunkelheit, durch welche seine weißen Augen leuchteten, begann der kleine Neger seine traurige Geschichte.

Er hieß Mâdou, wie sein Vater, der berühmte Krieger Rack-Mâdou-Ghézô, einer der mächtigen Fürsten der Gold- und Elfenbeinländer, welchem Frankreich, Holland, England Geschenke schickten, dort unten, auf der anderen Seite des Meeres.

Sein Vater hatte große Kanonen, Tausende von Soldaten, bewaffnet mit Flinten und Pfeilen, Heerden von Elephanten, die für den Krieg abgerichtet waren, Spielleute, Priester, Tänzerinnen, vier Amazonenregimenter und zweihundert Frauen für sich allein. Sein Schloß war sehr groß, geschmückt mit eisernen Lanzen, Muscheleinfassungen und abgeschnittenen Köpfen, welche man nach der Schlacht oder nach den Opfern an der Façade aufsteckte. Mâdou war in diesem Schloß erzogen worden, in welches die Sonne von allen Seiten eindrang und die Steinplatten und ausgespannten Matten erwärmte. Seine Tante Kérika, Oberbefehlshaberin der Amazonen, sorgte für ihn und nahm ihn, noch ganz klein, mit sich auf ihre Streifzüge.

Während er sprach, breitete er eine Decke über das Bett neben dem von Jack.

„Schläfst Du dort?" fragte dieser, sehr erstaunt, daß ein Diener den Schlafsaal der Zöglinge einnahm . . . . „Aber die Betttücher fehlen?"

„Die taugen nicht für mich, die Betttücher . . . . Meine Haut ist zu schwarz."

Der Neger gab diese Antwort mit mildem Lächeln und schickte sich an, halbbekleidet, um weniger zu frieren, in sein Bett zu schlüpfen, als er plötzlich inne hielt, von seiner Brust ein Büchschen von geschnitztem Elfenbein nahm und es sehr andächtig zu umarmen begann.

„O, die drollige Medaille," sagte Jack.

„Nicht Medaille," erwiderte der Neger. „Das ist mein Gri-Gri."

Aber Jack wußte nicht, was ein Gri-Gri, und der Andere erklärte ihm, daß man so ein Amulet, einen glückbringenden Gegenstand benenne. Seine Tante Kérika hatte ihm vor seiner Abreise von Hause dies Geschenk gemacht, seine Tante, die ihn erzogen hatte, und die er wohl eines Tages wieder aufzusuchen hoffte.

„Wie ich meine Mama," sagte der kleine Baranch.

Einen Augenblick trat Schweigen ein, da jedes der beiden Kinder an seine Kérika dachte.

Nach einem Moment begann Jack von Neuem:

„Ist Deine Heimath schön? Ist sie weit entfernt? Wie nennst Du sie?"

„Dahomey," antwortete der Neger.

Der kleine Jack richtete sich in seinem Bette auf.

„Oh! Aber dann . . . aber dann kennst Du ihn! Du bist vielleicht mit ihm nach Frankreich gekommen?"

„Mit wem?"

„Mit seiner königlichen Hoheit, Du weißt wohl, dem kleinen König von Dahomey."

„Das bin ich," sagte der Neger einfach.

Der Andere betrachtete ihn, starr vor Staunen! Ein König! Dieser Diener, den er den ganzen Tag in einem ärmlichen Kittel von rother Wolle durch das Haus hatte laufen sehen, einen Besen oder ein Gefäß in der Hand, den er bei Tisch hatte aufwarten und die Gläser ausspülen sehen!

Aber der kleine Neger sprach im Ernst. Sein Gesicht hatte einen starken Ausdruck von Traurigkeit angenommen, und seine unbeweglichen Augen schienen weit, sehr weit auszuschauen nach der Vergangenheit oder nach einem verlornen Vaterlande.

Machte es das Fehlen der rothen Weste oder der Zauber des Wortes König, — Jack fand an dem auf seinem Bettrand sitzenden Neger mit dem nackten Halse und dem auf der schwarzen Brust, wo das elfenbeinerne Amulet glänzte, halbgeöffneten Hembe etwas Blendendes, eine neue Würde.

„Wie kommt das?" fragte er schüchtern, indem er in diese Frage alle Ueberraschungen des Tages zusammenfaßte.

„Das kommt . . . das kommt . . ." sagte der Neger. Plötzlich sprang er auf, um die Laterne zu löschen. „Herr Moronval unzufrieden sein, wenn Mâdou Licht brennen lassen . . ."

Dann rückte er seine Pritsche an die Jacks.

Bei diesem Abenteuerleben in voller Luft wurde der kleine König stark und geschickt zu allen Arten kriegerischen Uebungen, führte den Säbel, das Beil, in einem Alter, wo die Kinder sich noch an den Schurz der Mutter klammern.

Der König Rack-Mâdou-Ghézô war stolz auf seinen Sohn, den Erben des Thrones. Aber leider scheint es selbst für einen Negerfürsten nicht zu genügen, eine Waffe handhaben und eine Kugel in das Auge eines Elephanten einquartieren zu können; man muß auch in den Büchern der Weißen lesen, ihre Schrift verstehen, um den Goldstaubhandel mit ihnen betreiben zu können, denn, sagte der kluge Rack-Mâdou zu seinem Sohne, „Weißer immer Papier in Tasche, um Neger zu prellen."

Sicherlich hätte man in Dahomey einen genugsam gebildeten Europäer für den Unterricht des jungen Prinzen finden können, da die französischen und englischen Banner auf den Faktoreien am Ufer des Meeres wie auf den Mastbäumen der in den Häfen angeketteten Schiffe wehten. Aber der König war selbst von seinem Vater in eine entfernte, am Ende der Welt belegene Stadt geschickt worden, welche man Marseille nennt, um dort sehr weise zu werden, und er wünschte, daß sein Sohn dieselbe Erziehung empfinge wie er.

Welche Verzweiflung für den kleinen König, sich von Kérika zu trennen, seinen Säbel in der Scheide, seinen Karabiner an der Wand der Hütte hangen zu lassen und mit „Herrn Gutbursch" abzureisen, einem Weißen der Faktorei, welcher alle Jahre davonging, um den Goldstaub in Sicherheit zu bringen, den man den armen Schwarzen gestohlen.

Mâdou fügte sich endlich. Er wollte eines Tages König sein, die Amazonen seines Vaters befehligen, all' seine Korn- und Maisfelder besitzen, seine Paläste, gefüllt mit Krügen von rother Erde, in denen das Palmöl kalt wurde, und all diesen Vorrath von Elfenbein, Gold, Mennig, Korallen. Um diese Reichthümer zu haben, mußte man sie verdienen, mußte man fähig sein, sie bei Gelegenheit zu vertheidigen, und Mâdou erwog schon, daß es schwer ist, König zu sein, und daß, wenn man mehr Freuden hat als die anderen Menschen, man dafür auch mehr Mühe habe.

Seine Abreise gab Veranlassung zu großen öffentlichen Festen, zu Opfern für die Fetische und für die Gottheiten des Meeres. Alle Tempel waren für die Feierlichkeit geöffnet, alles Volk arbeitslos in Gebeten, und im letzten Augenblick, als das Schiff bereit war, sich segelfertig zu machen, führte der Henker fünfzehn gefangene Aschantis auf das Ufer, deren abgeschlagene Köpfe triefend und klingend in ein großes Becken von rothem Kupfer fielen.

„Erbarmen!" unterbrach ihn Jack ganz außer sich, zusammengekauert unter seinen Decken.

Als Mâdou die Erregtheit seiner Zuhörerschaft bemerkte, verweilte er nicht bei den öffentlichen Lustbarkeiten, die seiner Abreise vorangingen, und kam schleunigst bei seinem Aufenthalt im Marseiller Lyceum an.

Oh! das große Lyceum mit den dunklen Mauern, das traurige Klassenzimmer mit den schimmeligen Bänken, wo die mit den Messern eingeschnittenen Namen der Zöglinge den Zeitvertreib der Gefangenen offenbarten; die Professoren, welche das Schwarz ihrer Tracht durch die Feierlichkeit ihrer großen Aermel und des Faltenhutes noch würdevoller machten, die Stimme des kreischenden Schulfuchses „Etwas Ruhe!" Und all' diese gesenkten Köpfe, das Knistern der Federn, die eintönigen, fünfundzwanzig Mal aufgesagten Lektionen, als ob jedes Kind der Reihe nach in der dumpfen Klassenluft denselben Fetzen von Wissen aufschnappte; die großen Speise- und Schlafsäle, der Kasernenhof, nur schmal und kurz beleuchtet von einer so spärlich hier des Morgens, dort des Abends vertheilten und in den Winkeln beherbergten Sonne, daß man, um sie zu fühlen, zu schlürfen, zu kosten, sich an die großen, schwarzen Mauern lehnen mußte, welche sie völlig auffaugten.

So gingen Mâdous Erholungen hin. Nichts unterhielt, nichts interessirte ihn, mit Ausnahme der Trommel, welche die Mahlzeiten, die Klassenstunden, das Aufstehen, das Zubettgehen anzeigte, und welche, trotz ihrer niederen Bestimmungen, dies kleine Herz des kriegerischen Königs bei dem Geschnarr ihrer Schlägel pochen machte. Wohl hatte er auch Ausgehtage; aber deren wurde er bald beraubt. Und das kam so:

Jedes Mal, wenn „Herr Gutbursch" ihn aufsuchte, schleppte Mâdou ihn zum Hafen, dessen verflochtene Segelstangen, dessen auf den Kai gezogene Schiffskiele ihn aus den fernsten Straßen anlockten. Nur dort fühlte er sich glücklich, in dem Geruch von Theer und Strandgut, unter den ausgeladenen Waaren, deren manche aus seiner Heimath kamen. Er stand wie begeistert vor diesem Niederrieseln goldiger Körner, diesen Säcken, Ballen, welche oft eine ihm bekannte Marke trugen.

Die Steamer in voller Heizung und trotz ihrer Unbeweglichkeit schon durch die keuchenden Stöße des Dampfes ihre Reisebewegung bekundend, irgend ein großes Fahrzeug, welches die Segel aufblies und die Taue spannte — all' das verlockte ihn, sprach ihm von Abreise, Befreiung.

Dort blieb er Stunden lang stehen, um gegen die sinkende Sonne ein Segel, bauschig wie der Flügel einer Möwe, entfliehen zu sehen, oder einen leichten Rauch, wie den Dampf einer Zigarre, welcher der Flamme des schönen Gestirnes zu folgen und mit ihm unter den Horizont zu verschwinden schien.

Während der ganzen Schulzeit dachte Mâdou an diese Schiffe. Das war das Bild seiner Rückkehr zum Lande des Lichts; ein Vogel, dachte er, hatte ihn entführt, ein anderer würde ihn zurückbringen.

Und verfolgt von dieser fixen Idee, verließ er die Ba, Be, Bi, Bo, Bu, an deren Stelle seine Augen nur Blau, das Blau des wogenden Meeres und des weiten, offenen Himmels sahen, entwischte eines schönen Tages dem Collège, schlich sich in ein Fahrzeug des „Herrn Gutbursch", verbarg sich im untersten Schiffsraum, ward alsbald entdeckt, rettete sich noch, und dies Mal mit so viel List, daß man seine Anwesenheit im Schiffe erst mitten auf dem Golf von Lyon bemerkte. Ein anderes Kind hätte man an Bord behalten; aber sobald Mâdous Name bekannt ward, brachte der Kapitän, der sich eine Belohnung versprach, seine königliche Hoheit nach Marseille zurück.

Seitdem war er unglücklicher, überwacht, eingekerkert; aber seine Beständigkeit erschlaffte dadurch kaum. Trotz alledem entfloh er noch einmal und verbarg sich auf einem abfahrenden Schiffe; man fand ihn tief unten in den Heizkammern, den Kohlenzellen, unter einem Haufen von Fischernetzen. Als man ihn zurückbrachte, zeigte er keinen Widerstand, sondern nur ein trauriges Lächeln, welches jede Bestrafung unmöglich machte.

(Fortsetzung folgt.)

Carl Schultze-Theater.

K. Zwei echten Franzosen ist jetzt im Carl-Schultze-Theater, wo noch immer das Lautenburg-Ensemble gastirt, ein nachgemachter gefolgt. Es ist der dreiaktige Schwank „Das Versuchs-Kaninchen" von Benno Jacobson, dem Uebersetzer so vieler französischer Schwänke und Possen. Der Verfasser hat die ihm von seinen zahlreichen Uebersetzungen her bekannte Technik der französischen Schwankautoren auch für sein Eigenprodukt angewandt. Nicht weniger als vier Ehepaare werden uns im Verlaufe des Abends vorgestellt, die sich scheiden lassen wollen. Es wird das tollste Versteckspiel gespielt. Frauen und Männer, Brieftaschen, Fracks, Chapeaus claques u. s. w. u. s. w. werden mit einander verwechselt und vertauscht. Besonders im zweiten Akt herrscht das tollste Tohuwabohu. Der dritte Akt hebt sich sehr vortheilhaft von der billigen Art der Komik der beiden ersten Akte ab. Er weist besonders in dem famosen Dialog zwischen dem Rechtsanwalt Meyer und seinem Büreauvorsteher Mohnfeldt zu Eingang einen wirklich trefflichen Humor auf. Die ganze Handlung in Kurzem wiederzugeben, ist nicht gut möglich, dazu ist sie zu wild und zerrissen. Man würde an einer Wiedergabe auch keine Freude haben können, sondern muß sie im flottesten Tempo dargestellt sehen von einem Ensemble, wie es das Lautenburg-Ensemble nun einmal ist. Den Vogel schoß zweifellos Herr Georg Basell mit seinem Büreau-

trat man indessen in eine allgemeine Erörterung ein, damit die Subkommission über die Ansichten der Mehrheit unterrichtet sei. Direktor Kraetke legte zahlenmäßig den Einfluß der Tarifirung nach den Vorschlägen des Augustinus-Vereins im Verhältniß zu denen der Regierungsvorlage dar. Im ersteren Falle würde danach eine Mindereinnahme von 1½ Millionen Mark eintreten. Dieser Zahlenstoff soll gedruckt werden, bevor weiter über diese Angelegenheit verhandelt wird. — Die Kommission beabsichtigt, bis auf Weiteres wöchentlich 4 Sitzungen abzuhalten.

Arbeiterbewegung.

An die Arbeitersekretariate, Gewerkschaftskartelle, Gewerkschaftsverwaltungen u. s. w. ergeht hiermit das dringende Ersuchen, die von ihnen zur Veröffentlichung gelangenden Drucksachen auch an die Bibliothek des Reichstages, Berlin, gelangen zu lassen.

Es ist mehrfach vorgekommen, daß bei unvorhergesehenen Debatten über soziale Vorgänge das Bedürfniß nach gewissen Aktenstücken nicht befriedigt werden konnte, weil es der Bibliotheksverwaltung unmöglich ist, die Veröffentlichungen der Gewerkschaften u. s. w. zu beschaffen, weil diese in der Regel im Buchhandel nicht erscheinen.

Auch werden die betreffenden Verwaltungen ersucht, die Zusendungen an das Partei-Archiv, Katzbachstraße 9, Berlin, nicht zu vergessen.

Zum Krefelder Sammetweberstreik wird dem „Vorwärts" berichtet: Neun Fabrikanten haben die Arbeiterforderungen bewilligt. Gebr. Pelzer nehmen am Mittwoch die Arbeit wieder auf. Jacobiny folgt Donnerstag. Vier Fabrikanten weigern sich noch, die Arbeiterforderungen anzuerkennen. Der Sieg der Arbeiter ist unzweifelhaft; jedoch sind noch weitere Unterstützungen nothwendig. — Zum Weberausstand in Reichenbach i. Schl. wird uns geschrieben: Obwohl sämmtliche gegnerische Zeitungen den Streik für beendet erklärten, können wir berichten, daß im Ausstande noch za. 1000 Personen sich befinden, die auch gewillt sind, nach wie vor in dem aufgedrungenen Kampfe auszuharren. Die Situation ist für die Ausgesperrten eine äußerst günstige, die Fabrikanten versuchen nun Arbeiter wieder in die Fabriken hineinzubekommen; bis jetzt ist jedoch der Erfolg gleich Null und ist der Sieg den Arbeitern sicher, wenn die nöthigen Unterstützungen bald und reichlich eingehen. Der letzte Schreckschuß der Fabrikanten ist abgegeben worden, indem man Mitgliedern der Streikkommission ihre Entlassungen zustellte. Wir können den Arbeitern nur versichern, daß, wenn uns nicht der Hunger zur Arbeit zwingt, wir treu und fest in diesem uns aufgedrungenen Kampfe aushalten, bis uns der Sieg sicher ist. Alle Sendungen sind zu richten an Richard Müller, Reichenbach in Schlesien, Uferstraße 46. = Die **Maurer** in Neunkirchen (Reg.-Bezirk Trier) und Augsburg sind in eine Lohnbewegung eingetreten. — In Helmstedt haben die **Dachdecker** die Arbeit niedergelegt. — In München streiken die **Lackirer** in der Hofwagenfabrik von Mayer. — Die **Former** bei der Firma Otto Schmidt (Eisengießerei) in Rathenow haben nach ordnungsmäßiger Kündigung wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen die Arbeit niedergelegt. — Der Streik der **Tapezierer** in Nürnberg ist zu Gunsten der Gehülfen beendet. Mit Ausnahme der Geschäfte von Günther, Scholler und Dotzer, die auch ferner von den Kollegen gemieden werden, ist die Arbeit allenthalben wieder aufgenommen. — In Graslitz und Umgegend ist ein theilweiser Streik der **Musikinstrumentenmacher,** und zwar der sogenannten Pirinetmaschinenbauer, ausgebrochen. Dieser Streik ist eine gemeinsame Aktion der Gehülfen und Meister gegen die sie auswuchernden Exportöre. Die Gehülfen verlangen eine 25prozentige Lohnerhöhung und die Meister eine entsprechende Erhöhung der Erzeugungspreise der Maschinen. Die Ausständigen, Gehülfen und Meister, die Heimarbeiter sind, klagen darüber, daß ihnen trotz zwölf- bis fünfzehnstündiger Arbeitszeit ein ungenügender Preis, beziehungsweise Lohn gezahlt wird. Die Solidarität der streikenden Gehülfen und Meister ist eine vollständige. Da Streikbrecher nur aus Frankreich eingeführt werden könnten und die Pirinetmaschinenbauer dort jedenfalls besser gezahlt werden als in Böhmen, hoffen die Streikenden auf einen günstigen Verlauf des Ausstandes. — Im Königshofer Hüttenwerk bei Beraun streiken 130 **Gießer** wegen plötzlicher Lohnreduzirung. — In Holleschau bei Bielitz streiken 300 **Bauarbeiter.** — Der Streik der Bauarbeiter in Karlsbad ist beendet. Am 16. und 17. April fanden auf Veranlassung des sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten Dr. Verkauf Verhandlungen statt, wobei der Bezirkshauptmann, der Genossenschaftsvorsteher, der Bürgermeister, der Gehülfenausschuß und Genosse Hueber intervenirten. Die Unternehmer gaben gleich zu Beginn die Erklärung ab, daß sie keinen der Streikenden zu maßregeln beabsichtigen, wenn der Streik beendet werden sollte. Nach längeren Verhandlungen kam endlich ein Vergleich auf folgender Basis zu Stande: Im Winter sollen die Minimallöhne für Maurer 1 fl. 50 kr. betragen und entsprechend abgestuft für Hülfsarbeiter. Im Sommer bleiben die Minimallöhne, wie sie bei dem letzten Streik vereinbart wurden, aufrecht sowohl für Gelernte als für Hülfsarbeiter. Die Arbeitsordnung, wegen der der Streik ausbrach, wird zurückgezogen, und es soll gemeinsam mit dem Gehülfenausschuß im Beisein des Bezirkshauptmannes und des Bürgermeisters eine neue Arbeitsordnung vereinbart werden. — Am 17. April fanden drei Versammlungen statt, in denen die Genossen Hueber, Verkauf und Dobiasch referirten. In allen wurde beschlossen, auf Grundlage der getroffenen Vereinbarungen die Arbeit aufzunehmen. Vor den Versammlungen war ein förmliches Feldlager errichtet, es kam jedoch zu keinen Ruhestörungen. Unter den Arbeitern herrscht eine gehobene Stimmung, daß es gelungen ist, die Ausdrängung der Arbeitsordnung abzuwehren.

Schutz den Arbeitswilligen. In Erfurt sind bekanntlich die Tischler von den Unternehmern ausgesperrt worden. Die Kommission der Unternehmer richtete an einen Unternehmer außerhalb Erfurts folgendes Schreiben:

Herrn ....

Wie wir aus dem „Allgemeinen Anzeiger" ersehen haben, suchen Sie am hiesigen Platze Tischler zu engagiren. Wir möchten nun darauf aufmerksam machen, daß seit vorigen Donnerstag in Folge Streiks jede Arbeit hier ruht und schließen daran die höfliche Bitte, keine Leute von hier zu engagiren, da Sie dadurch den Streik nur unterstützen würden.

Es ist wohl Ehrensache aller Fabrikanten, Angesichts der immer häufiger werdenden Uebergriffe der Arbeiter sich gegenseitig zu unterstützen und dürfen wir daher wohl auf Erfüllung unserer Bitte rechnen.

Hochachtungsvoll
Kommission der Arbeitgeber.
J. A.: Paul Grundig, in Firma Carl Hennings.

Das ist natürlich ebenso Verhinderung Arbeitswilliger an freiwilliger Arbeit wie Streikpostenstehen und Aehnliches und muß nach dem Grundsatze des gleichen Rechts auch mit „schwerster Strafe" geahndet werden.

Eine Entziehung des Koalitionsrechts bedeutet das Verfahren der Verwaltung der fiskalischen Luisengrube in Oberschlesien. Sie läßt die Arbeiter nicht nur warnen, die politischen und Bergarbeiter-Versammlungen in Bielschowitz bei Zabrze zu besuchen, sie hat auch einige zwanzig Bergleute gezwungen, sich schriftlich zu verpflichten, die Bielschowitzer Versammlungen nicht zu besuchen, ja sie hat sogar zwei Arbeiter, die jene Versammlungen besucht haben, entlassen. Der Zweck dieser offenbar ganz ungehörigen Maßregeln ist der, die Bergleute einzuschüchtern, obwohl das nicht mehr gelingen wird. Daß übrigens jene erzwungene schriftliche Verpflichtung für die Arbeiter nicht die mindeste Bedeutung hat und die Arbeiter durch sie nicht gehalten sind, nunmehr wirklich die Bielschowitzer Versammlungen nicht mehr zu besuchen, ist selbstverständlich und auch bereits bei den oberschlesischen Bergleuten bekannt.

Zum Bergarbeiterstreik in Belgien. Der Vorstand des Deutschen Berg- und Hüttenarbeiterverbandes erhielt aus Belgien folgende Zuschrift:

„Der Generalstreik aller Bergleute steht bevor! Der Kohlenpreis wurde um 2 Franks (M 1,60) pro Tonne erhöht, und da verlangten die Arbeiter eine 10—20prozentige Aufbesserung der Löhne. Mit den heutigen Löhnen ist nicht auszukommen. Im Lütticher Revier begann am Freitag, den 14. April, der Streik, 3000 Kameraden legten die Arbeit nieder; heute streiken 4000 im Becken Charleroy, im Becken Borinage mindestens grade so viel, da dort die elenden Verhältnisse jederzeit das Volk zur Empörung treiben. Zur Zeit werden wohl über 10 000 Bergleute streiken! Heute (16. April) fand der Nationale Kongreß der Bergleute Belgiens statt, wo der Generalstreik beschlossen wurde! Einige Gruben haben schon Zugeständnisse von 5 Prozent bis zu 10 Prozent Lohnerhöhung gemacht, aber ihre Zahl ist gering. Die große Mehrzahl der Grubenbesitzer will den Profit ganz allein behalten, wir sollen mit den bisherigen unauskömmlichen Löhnen vorlieb nehmen. Im „Journal le Charleroi" ist zu lesen, daß die Grubenbesitzer in ihrer Versammlung erklärten, sie könnten ihren Bedarf aus Deutschland decken!! Die Kohlen würden genügen aus Deutschland und event. Oesterreich in Belgien eingeführt, dafür wäre Absprache mit den deutschen Grubenbesitzern getroffen!!! Es besteht also eine internationale Kapitalistenvereinigung! Wir bitten unsere Kameraden in Deutschland-Oesterreich, uns nicht zu hindern in unserem gerechten Kampfe. Wer die belgischen Bergarbeiterverhältnisse kennt, weiß, daß wir unmöglich so weiter leben können, wie bisher."

Im Anschluß hieran schreibt die Leitung des Deutschen Bergarbeiterverbandes: Was wollen die deutschen Kameraden Angesichts dieses Hülferufes thun? Mindestens dürfen jetzt, so lange der Streik in Belgien tobt, keine Ueberschichten zur Erhöhung der Förderziffern auf den deutschen Kohlengruben verfahren werden. Die Werkbesitzer werden, um den belgischen Bedarf zu decken, noch mehr Ueberschichten als heute einlegen wollen. Jeder denkende Bergarbeiter muß sich weigern, die Ueberschichten zu verfahren!!! Dazu hat er gesetzliches Recht, da kein Zwang zu Ueberschichten (es seien denn Reparaturarbeiten) ausgeübt werden darf! Deutsche Bergleute, helft euren belgischen Brüdern, indem ihr euch weigert, mehr zu fördern! Helft nicht dem belgischen Kapital, welches die Arbeiter unterdrücken will. Es kommt die Zeit, dann haben die deutschen Bergleute die Hülfe der belgischen Kameraden nothwendig. Also keine Ueberschichten mehr! Weigert euch einmüthig, so lange der Streik in Belgien dauert! Das ist die wirksamste Hülfe für die belgischen Kameraden.

Auswärtiges.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Beleidigung der Kaiserin wurde am 13. d. M. von der Strafkammer in Allenstein der Arbeiter Rudolf Löffka aus Osterode zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. — Wegen Majestätsbeleidigung in drei Fällen wurde der Klempner E. Sch. aus Reppen in Frankfurt a. O. zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt.

Die Gluthen des Glücks. Der in Oberndorf a. N. erscheinende „Schwarzwälder Bote" leitet seinen Bericht über den Besuch, den das württembergische Königspaar dieser Tage der Mauser'schen Waffenfabrik abgestattet hat, mit nachstehenden, wahrhaft schwungvollen Worten ein: „Es war ein banges Warten, bis heut' die Sonne schien. Und sie schien heute unserer Stadt, die Sonne des Himmels, welche strahlend sich erhob, nachdem noch in der Frühe des Tages Schnee das Gefilde bedeckt und lustig die Flocken niederwirbelten. Es schien unserer Stadt die Sonne des Glücks und der Freude, die uns Ihre Majestäten, unser in Ehrfurcht geliebter König und seine hohe Gemahlin, die geliebte Königin, durch ihren allerhöchsten Besuch erwiesen haben. Und wir tauchten uns in die Gluthen dieses Glückes, wir genossen die Wonne, die uns der heutige Tag erhebendsten Gedenkens vergönnt hat. Pochenden Herzens sah unsere Einwohnerschaft dem Besuch Ihrer Majestäten entgegen und im Festgewande harrte seiner die Stadt."

Gestrandete Ordnungsstützen. Wegen Unterschlagung im Amte stand der Stadtschultheiß Heinrich Bürklein in Gerabronn, geboren 1859, Stadtschultheiß seit 1. Dezember 1893, vor der Strafkammer Hall. Bürklein wurde überführt, in 9 Fällen Geldbeträge unterschlagen zu haben. Die Gehülfen des Stadtschultheißen Bürklein, der Stadtpfleger von Gerabronn sowie die übrigen Beamten bis herab zum Büttel, bekundeten, daß der Herr Stadtschultheiß jeden Tag Vormittags und Nachmittags im „Bären" saß und hier sehr oft über den „Gsatz" trank. Er mußte fast zu allen Amtshandlungen vom Wirthshaus geholt werden. Das Urtheil lautete auf 1 Jahr Gefängniß, wovon 1 Monat Untersuchungshaft abgeht, und 3 Jahre Ehrverlust. Erschwerend kam in Betracht, daß er sich an bedürftigen, bedrängten Leuten seiner Gemeinde verging, weshalb auch auf Ehrverlust erkannt wurde. — Der frühere Bauunternehmer Müller in Pforten hatte sich vor der Strafkammer in Gera gegen die Anklagen der Urkundenfälschung, des Betrugs und eines Vergehens wider das Krankenkassengesetz zu verantworten. Er hatte einer Quittung über von ihm geleistete Zahlung eine 1 angefügt und damit die Summe um tausend Mark erhöht. Auf eine andere Quittung hatte er die Jahreszahl 1896 geschrieben, obwohl er in diesem Jahre Zahlung nicht geleistet hatte, ferner lieferte er die seinen Arbeitern abgezogenen Krankenkassenbeiträge in Höhe von M 222 nicht ab, sondern verwandte sie in seinem Nutzen. Der Angeklagte wird zu 9 Monaten Gefängniß und 3 Jahren Ehrverlust verurtheilt.

Schutz gegen Schutzleute. Wachtmeister Krebs in Wiesbaden wurde von der dortigen Strafkammer mit anderthalb Jahren Gefängniß bestraft. Er hatte einen Menschen so unsanft zur Thür hinausbefördert, daß derselbe einen Schädelbruch erlitt und an den Folgen verstarb. Das Gericht muß demnach eine große Rohheit in dem Verhalten des zum Schutze des Publikums eingesetzten Beamten erblickt haben.

Ueber die Harzquerbahn, die nunmehr ihren Betrieb seit Kurzem vollständig aufgenommen hat, und ihre Bedeutung finden wir folgende Schilderung: Die Bahn, die mit einer durchschnittlichen Steigung von 1 zu 30 erbaut ist (auf 30 Meter Strecke 1 Meter Steigung) konnte selbstverständlich nur in einer fortgesetzten Schlangenlinie, deren Kurven häufig beängstigend kurz sind, durch den Harz geführt werden und geht durch die herrlichsten Gebirgslandschaften. Eine wundervolle Aussicht hat man auf der Strecke „Drei Annen-Hohne" bis zur „Steinernen Renne". Oft streifen die abgesprengten Felswände auf der linken Seite des Zuges fast die Koupees, während unmittelbar an der rechten Seite tiefe Abgründe den Bahnkörper begrenzen. Bei Hasserode tritt die Bahn aus der Schneeregion in die große Thalmulde, die von hohen Bergen flankirt wird, um dann bei dem gewerbereichen Wernigerode zu enden. Bei den ungemein scharfen Kurven der Bahn können natürlich gewöhnliche Bahnwagen nicht benutzt werden, da diese bald entgleisen würden. Man hat deshalb Wagen nach dem System unserer D-Züge gebaut, lange Vierräder, deren doppelte Achsen drehbar sind, so daß sie sich den Krümmungen des Laufes anpassen können. Die mittlere Uebertragung der Wagen wird durch ein eisernes Sprengwerk gehalten. Das Innere der Wagen sticht vornehm gegen die Wagen der Staatsbahn ab und wird bei kälterer Jahreszeit durch einen Ofen geheizt. Mit Recht hebt der Braunschweiger „Volksfreund" hervor, daß die Bedeutung dieses Bahnbaues klar wird für Jeden, der weiß, wie schwer es oft unseren Genossen wurde, die abgelegenen Orte des Oberharzes zu erreichen. So sind dieselben Kapitalisten, welche die Arbeiterbewegung aus tiefster Seele hassen, in ihrem Bestreben, für sich selbst Reichthümer zu erwerben, auch in dieser Beziehung, der Schaffung weiterer Verkehrswege, die besten Förderer der Arbeiterbewegung selbst, ohne daß sie es wollen. Die Harzquerbahn wird allerdings erst ihre volle Bedeutung erlangen, wenn die von derselben Gesellschaft projektirte Südharzbahn, die Tanne, Hohegeiß und Zorge mit der Staatsbahn bei Walkenried verbinden soll, gebaut ist. Braunlage mit seinen gewaltigen Granitbrüchen, deren Schätze jetzt natürlich per Achse schwer zu befördern sind, soll an diese Bahn ein Anschlußgeleis erhalten. Außerdem wird aber auch noch eine Stichbahn von Elbingerode nach der Harzquerbahn geplant, die ihren Anschluß an diese bei Drei Annen-Hohne erhalten soll. So wird denn in nicht allzu langer Zeit das Dampfroß den ganzen Harz revolutioniren, einen Ansporn geben zur Hebung der im Gebirge vorhandenen Schätze und — unseren Genossen die Agitation erheblich erleichtern.

Der bestrafte Geizhals. Im sogenannten Weinert'schen Hause in Brockwitz bei Meißen brach dieser Tage Feuer aus. Der Besitzer Weser, der im Garten arbeitete, eilte schnell in das Haus, um sein Geld und sonstige Werthsachen zu retten, kam aber bereits zu spät, da die Rauchentwicklung und die Verbreitung des Feuers schon zu groß war. Trotzdem versuchte er aber, zu seinem Besitze zu gelangen, und erlitt dabei erhebliche Brandwunden im Gesicht und an den Händen. Die Nase war fast geschmort und die Haare im Gesicht und auf dem Kopfe vollständig verbrannt. Der Besitzer, ein lediger Mann, hatte das Wohnhaus allein inne und benutzte es als Getreidespeicher. Sowohl im Erdgeschoß, als auch im ersten Stock befanden sich die gefüllten Getreidesäcke hoch aufgestapelt. Ein Raum mit Möbeln scheint gar nicht vorhanden gewesen zu sein. Wie das „Meißener Tageblatt" erfuhr, hat Weser seit 1893 kein Getreide mehr verkauft, sondern seit dieser Zeit auf den Eintritt einer Theuerung gewartet. Das schnell um sich greifende Feuer hat nun den größten Theil des aufgespeicherten Kornes verzehrt. Der Verlust an Geld, das in einem hölzernen Kasten aufbewahrt war, soll ebenfalls nicht unerheblich sein. Dieser Getreidewucherer wäre für seinen Geiz und seinen Frevel empfindlich gestraft worden.

In der Prügelaffaire Schwester Karola (Potsdamer St. Josefs-Waisenhaus) hat der Vormund des armen mißhandelten Knaben Berufung eingelegt. Was wird Professor Bergmann in zweiter Instanz aussagen?

Der Schönheitssinn der Magdeburger Polizei. Das Polizeipräsidium in Magdeburg erließ unterm 10. November v. J. eine Verfügung, betreffend die Beseitigung von Barbierbecken an den Barbier- und Frisörläden. Auf das Gesuch der Barbierinnung um Aufhebung dieses Verbotes erfolgte ein ablehnender Bescheid mit der Motivirung, daß durch diese Gewerbezeichen eine „Verunstaltung der Häuser", besonders an den Straßenecken, herbeigeführt werde.

Ein Mordversuch wurde, wie aus Mannheim berichtet wird, auf den früheren Zentrumsabgeordneten Löffler und Gattin in Rohrbach verübt; Beide sind schwer verletzt. Der Thäter wurde verhaftet.

Verunglückter Ausflug. 22 Mitglieder des Nimptscher Jünglingsvereins machten einen Ausflug auf einem Kastenwagen, dessen Pferde bergab durchgingen. Alle wurden vom Wagen geschleudert, der Handelsmann Winkler starb in Folge eines Schädelbruches, sieben andere wurden schwer verwundet.

Der bekannte Hegelmaier, der „Lebenslängliche" von Heilbronn, ist mit seiner Bezahlung nicht zufrieden und hat sich um den Stuttgarter Bürgermeisterposten beworben. In Heilbronn soll großes Trauern und Wehklagen herrschen, weil absolut keine Aussicht ist, daß die Stuttgarter auf Hegelmaier — reflektiren.

Wie „Geldgeschäfte" gemacht werden. In dem in Berlin verhandelten, mit der Affäre des „Klubs der Harmlosen" zusammenhängenden Prozeß gegen den Geldmakler Schachtel, Stallmeister Dietel und den Grafen Egloffstein, über dessen Ausgang wir schon berichtet haben, wurden über die Geldgeschäfte des einen Belastungszeugen, Juhasz, verschiedene Aussagen gemacht, die einen recht eigenartigen Einblick in die Manipulationen dieser Art von Geldvermittlern gewähren. U. A. bekundet Rechtsanwalt Dr. Rosenstock: Als Vormund des Zirkusdirektors Ernst Renz sei er bei der Regulirung von dessen Angelegenheiten wiederholt auf die Spuren des Juhasz gestoßen, so bei einem schon Jahre zurückliegenden Geschäft, welches Ernst Renz mit ihm gemacht habe. Juhasz habe mit ihm damals ein Geschäft gemacht, welches bei ihm typisch sei: Er wolle den jungen Leuten Geld verschaffen, wenn sie eine Lebensversicherungspolice nehmen. Die erste Lebensversicherungsprämie pflege er ihnen auf Wechsel zu diskontiren und diese Wechsel werden dann sein Eigenthum, weil ihm die erste Prämie als Vermittlungsgebühr zustehe. Es sei auch jetzt bei den vielen Geschäften, die mit Herrn Renz gemacht worden, Herr Juhasz in einem Falle betheiligt. Er habe Herrn Renz ein Rittergut verkauft, wofür Juhasz M 8000 baar als Anzahlung erhalten habe. Herr Renz habe dann auch Wechsel ausstellen müssen bis zur Gesammthöhe von M 45 000, er habe das Gut nie gesehen, und Juhasz habe das Gut schließlich für ein Butterbrot, d. h. für die darauf haftende Hypothek, verkauft und Herr Renz habe die Wechsel einlösen müssen. Letzterer sei überhaupt das Opfer sonderbarer Geschäfte geworden, man habe ihm Tattersalls, Zirkusgebäude, Rittergüter u. s. w. verkauft; nachdem für Renovation ꝛc. Gelder hineingesteckt worden, haben die Verkäufer die Objekte, die nun einen wesentlich höheren Werth hatten, billig zurückbekommen, und Ernst Renz sei den Leuten M 1 500 000 schuldig geblieben.

Unschuldig verurtheilt. Der Bergarbeiter Johann Heinrich Noll aus Wickenrode war von der Strafkammer in Kassel im Sommer vorigen Jahres wegen vorsätzlicher schwerer Körperverletzung zu einer Gefängnißstrafe von 6 Monaten und zur Tragung der sämmtlichen Kosten verurtheilt worden. Der Angeklagte hatte das ihm zur Last gelegte Vergehen entschieden in Abrede gestellt, war jedoch auf Grund der stattgefundenen Beweisaufnahme für genügend überführt angesehen worden, im vorigen Sommer den Arbeiter S. angefallen und durch Messerstiche verletzt zu haben. Der Angeklagte wurde in der üblichen Weise zur Verbüßung der Strafe angehalten und hatte auch bereits 4 Monate abgesessen, als es seinem Vertheidiger gelang, zwei zuverlässige Entlastungszeugen zu ermitteln, welche die Behauptung des Angeklagten bestätigten. Auf Grund der erweiterten Beweisführung kam die Revisionsinstanz auch dazu, die Wiederaufnahme des Verfahrens anzuordnen und die Sache an die Kasseler Strafkammer zurückzuverweisen. Das Gericht war denn auch der Ansicht, daß nach dem jetzigen Stande der Dinge und den widersprechenden Zeugenaussagen die frühere Feststellung und die Verurtheilung des Angeklagten nicht aufrecht zu halten sei; es wurde deshalb das frühere Urtheil der Strafkammer aufgehoben und auf kostenlose Freisprechung des p. Noll erkannt, auch der Staatskasse nicht nur die gesammten Kosten auferlegt, sondern dem unschuldig Verurtheilten für die unschuldig verbüßte Gefängnißstrafe von 4 Monaten ein entsprechender Entschädigungsanspruch zuerkannt.

Ein eigenartiges Pistolenduell, so wird aus Bonn berichtet, hat am Sonnabend Nachmittag im benachbarten Gronau stattgefunden, und zwar zwischen zwei — Dienstmännern. Die Sache kam so: Zwei Dienstmänner waren am Freitag Abend am Bahnhof in Wortwechsel gerathen, der schließlich in Handgreiflichkeiten ausarten wollte. Es wurde aber von den Kollegen vermittelt, und der eine Dienstmann forderte nach berühmten Mustern den anderen auf Pistole. Ueber die Forderung hat am Sonnabend Morgen in einer Wirthschaft des Kassinusgrabens ein größerer Ehrenrath von Dienstmännern von 11—1 Uhr berathen. Schließlich wurde das Duell genehmigt. Bedingungen waren: zweimaliger Kugelwechsel, bei verbundenen Augen, 15 Schritt Barriere. Gegen drei Uhr Nachmittags fuhren die Parteien, die beiden Duellanten, zwei Sekundanten und ein Unparteiischer in zwei Wagen nach der Gronau. Dort angekommen, wurde der Pistolenkasten aufgestellt, die Duellanten mußten in strömendem Regen den Oberkörper entblößen, nahmen Aufstellung und ließen sich die Augen verbinden. Dann legten sich die übrigen Anwesenden platt zur Erde, und auf das Kommando Feuer gingen zwei Schüsse in die Luft. Man vermuthet aber, daß die Sekundanten die Pistolen nur blind geladen hatten. Die Kälte und der strömende Regen hatten inzwischen auf die Gemüther der beiden Duellanten so eingewirkt, daß ein Versöhnungsversuch beiderseitig gern angenommen wurde. Später wurde die Versöhnung in verschiedenen Wirthschaften gründlich und feuchtfröhlich gefeiert. Inzwischen hat die Polizei sich der Sache angenommen und eine Untersuchung eingeleitet. — Das Dienstmännerduell hat vor anderen Zweikämpfen unleugbare Vorzüge; jedenfalls hat sich der Ehrenrath sehr klug und sehr umsichtig erwiesen.

Die Polizei im Kampf wider den Umsturz. Neue Lorbeeren hat die Hochwohllöbliche in Bochum geerntet, und zwar dadurch, daß sie Versammlungen, in welchen der aus dem Zuchthaus zurückkehrende Genosse Meyer begrüßt werden sollte, auf Grund des — allgemeinen Landrechts verbot. Mehrere Personen meldeten Versammlungen an; alle wurden abgewiesen, und zwar der Eine mit dem Bemerken: „Die Versammlung hat offensichtlich den Zweck, den Meyer und Genossen demonstrativ zu empfangen. Nach analogen Fällen ist aber zu befürchten, daß dadurch die öffentliche Ruhe gestört wird. Das ist für die Polizeibehörde, der die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung obliegt, hinreichend, dem durch das Verbot der Versammlung vorzubeugen". Auf die Frage, welches denn die analogen Fälle seien, wies der Polizeikommissar Göhrke auf den Empfang Schröders in Dortmund hin. (!) Genosse Wolf erklärte darauf, daß dort seines Wissens nicht das Geringste vorgefallen und selbst wenn das der Fall, könne das unmöglich als Grund herangezogen werden, nach Jahr und Tag an einem ganz anderen Orte eine Versammlung zu verbieten. Doch es blieb bei dem Verbot! Nun aber fand sich eine große Zahl Genossen in einem großen Lokal ein, wo sie sich in zwangloser Weise unterhielten, bis Meyer kam, dem nun trotz Polizei ein feierlicher Empfang bereitet wurde. — In Herne fand am gleichen Tage (Sonntag) um 4 Uhr Nachmittags eine Versammlung des Bergarbeiterverbandes statt. Dort erschienen zwei Polizeikommissare im Saale. Im scharfen Ton forderte die Polizei Räumung der Gänge, der Ausgänge und so mehr. Nachdem der Einberufer mit größter Mühe dem Verlangen entsprochen hatte, erschienen der Zuchthäusler Genosse Meyer, Gräfe, Imberg und Beckmann. Die Versammlung begrüßte die Erschienenen ehrfurchtsvoll, sie erhob sich wie ein Mann. Der Vorsitzende der Versammlung erklärte, ehe er eröffne, würde der Arbeiter-Gesangverein ein Begrüßungslied vortragen. Der Gesangverein stimmte an — und der Kommissar erhob sich und erklärte die Versammlung für aufgelöst. „Ich fordere Sie auf, das Lokal zu verlassen", erscholl die Polizeistimme. Und so war der Staat zum so und so vielten Male endgültig gerettet. Möge er nie mehr in Gefahr kommen, denn schließlich wird auch der eifrigsten Polizei die Arbeit zu viel!

Das dankbare Vaterland. Der Maurer August Bauer in Almrich bei Naumburg diente 1864 aktiv, machte die Feldzüge von 1866 und 1870/71 mit, war im Besitze der betreffenden Kriegsdenkmünzen ꝛc. und seit 1871 Mitglied des Kriegervereins. Nach der letzten Reichstagswahl wurde Bauer vor der Vorsitzenden des Kriegervereins geladen. Dieser eröffnete ihm, es sei ein Brief eingelaufen, in welchem ein gewisser Friedrich Schmidt wider Bauer die Beschuldigung erhebe, bei der Wahl für den Sozialdemokraten Thiele gestimmt zu haben. Als der „Angeklagte", eingedenk der Wahlwirksamkeit des Naumburger Domkämmerers Becker diese Denunziation zu sehen verlangte, wurde ihm dies verweigert. Warum? Der angebliche Denunziant Schmidt, von Bauer zur Rede gestellt, erklärte, er könne beschwören, keinen Brief geschrieben zu haben. Trotzdem wurde Bauer aus dem Verein ausgeschlossen. Hiergegen beschritt er den Klageweg, starb aber plötzlich am 3. Osterfeiertage. Beim Begräbniß waren nur — zwei Krieger zur Stelle: der Ortstodtengräber und ein Kamerad aus einem Nachbardorfe, während der Almricher Kriegerverein dem todten Kameraden demonstrativ die letzte Ehre verweigerte. So rächte sich anscheinend die „Staatserhaltung" noch über's Grab hinaus an einem alten Feldzugssoldaten, der an seinem Kriegerverein hing und ihm steuerte — länger als ein Vierteljahrhundert!

Wie die Spatzen abgeschossen werden an der Grenze die Menschen von den russischen Grenzsoldaten. Wie aus Lyck gemeldet wird, erschoß am Freitag ein russischer Grenzsoldat ein bei einem Besitzer in Lyssewen in Dienst befindliches russisches Mädchen, das heimlich die Grenze überschreiten wollte, weil es nicht im Besitz von Legitimationspapieren war.

Explosion. Bilbao, 19. April. In dem Dorfe Olaveaga, wo bei dem Bau der Bahnlinie Bilbao—Santander beschäftigte Arbeiter Felsen mit Pulver sprengten, fand eine Explosion statt, wobei 14 Personen getödtet wurden.

Aus dem Gerichtssaal.

Landgericht.

19. April.

Strafkammer II. Vorsitzender: Direktor Dr. Riecke. Staatsanwalt: Alberts.

Zwei des Namens Schröder. Der Arbeiter Carl Schröder, der wegen Erpressung, Falscheides, Urkundenfälschung, zwei Mal wegen Unterschlagung und drei Mal wegen Diebstahls bestraft ist, wurde eines Tages von seinem Prinzipal, einem Petroleumhändler, wegen Trunkenheit entlassen. Ehe er die Arbeitsstelle verließ, stahl er seinem Arbeitskollegen M., der grade abwesend war, dessen sämmtliche Kleidungsstücke. Er leugnet zwar, wird aber überführt und zu 15 Monaten Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust verurtheilt. — Diesem ehrenwerthen Herrn Schröder folgt ein anderer Herr Schröder, seines Zeichens auch ein alter Zuchthäusler. Derselbe ist, als er seine letzte Strafe von 6 Jahren Zuchthaus verbüßt hatte, von Hamburg ausgewiesen. Er ist trotzdem aber nach hier zurückgekehrt. Am 23. März d. J. hat er bei einem Krämer auf St. Pauli in einem günstigen Augenblicke die Ladenkasse mit M 15 Inhalt geraubt und ist damit geflüchtet. Er wurde jedoch verfolgt und verhaftet. Er wird zu 3 Wochen Haft, 18 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurtheilt.

Ein internationaler Juwelendieb. Am 28. Januar d. J. wurde bei dem Juwelenhändler Bozenhard auf dem Neuenwall ein Mensch verhaftet, der angeblich Brillanten kaufen wollte, sich aber so benahm, daß man den Verdacht schöpfte, er sei ein Brillantdieb. Es stellte sich dann heraus, daß der Verhaftete, der erst angab, er heiße Noak und später sagte er heiße Carl Weißenfels, schon bei zwei anderen Juwelenhändlern gewesen war und sich unter der Angabe, er wolle Brillanten kaufen, hatte Brillanten vorlegen lassen. Es wurden nun Nachforschungen betreffs der Persönlichkeit des Verhafteten angestellt. So wurden Photographien von ihm nach Amerika, nach Buffalo, wo er als Sohn eines Goldschmiedes geboren sein wollte, nach Chicago, nach Washington und New-York geschickt. Von Buffalo kam die Antwort, die Persönlichkeit, die durch die Photographie dargestellt werde, sei ein „Schleichdieb" und sei als Kind schon mehrfach wegen Diebstahls bestraft. Aus Chicago kam die Antwort, er sei wegen Diebstahls zu 10 Monaten Gefängniß verurtheilt. Und schließlich kam aus Washington die Mittheilung, er sei dort unter dem dringenden Verdacht des Diamantendiebstahls verhaftet, gegen 700 Dollars Kaution aber auf freien Fuß gesetzt und dann sofort geflüchtet. Bei seiner Verhaftung wurden etwa 4½ Lstrl. in deutschem und englischem Gelde bei ihm gefunden, er behauptete aber, er habe 55 Lstrl. bei sich gehabt, als er vor einigen Tagen nach Deutschland gekommen sei. Aber auch mit 55 Lstrl. hätte er die großen Diamantankäufe, die er nach der heutigen Beweisaufnahme hier angeblich hat machen wollen, nicht machen können. Bei dem Juwelenhändler A. verlangte er ein Packet Diamanten, das ungefähr einen Werth von M 7000—8000 hat. Auch bei den anderen beiden Händlern verlangte er ebenfalls größere Posten. Er bestreitet das allerdings. Er sagt, er sei amerikanischer Student der Jurisprudenz und sei nach Deutschland gekommen, um seine Großmutter zu besuchen. Der Staatsanwalt nimmt jedoch an, daß der Angeklagte, der in den ihm vorgelegten Brillanten mit einer kleinen Zange herumgewirthschaftet hat, dabei von den Händlern aber sehr scharf beobachtet ist, diese Manöver nur gemacht hat, um Diamanten zu stehlen. Er beantragt, den Angeklagten wegen versuchten Diebstahls zu 18 Monaten Zuchthaus zu verurtheilen. Der Vertheidiger Dr. Wassermann meint, es lägen nur vorbereitende Handlungen zu einem Diebstahl vor, und darum müßte aus juristischen Gründen Freisprechung erfolgen. Das Gericht erkennt jedoch auf 18 Monate Gefängniß und 2 Jahre Ehrverlust.

Strafkammer IV. Vorsitzender: Direktor Dr. Wulff. Staatsanwalt: Irrmann.

Gestohlenes Tauwerk. Die Kesselreiniger Eduard Gustav Adolf Jönsson und Adolf Heinrich Johann Behrens wurden eines Tages von einem Offizianten auf dem Schaarmarkt betroffen, als sie jeder einen Posten Tauwerk trugen. Der Offiziant fragte sie, woher das Tauwerk stamme und verhaftete sie, als sie keine genügende Auskunft geben konnten. Nachdem ein Strafverfahren gegen sie eingeleitet war, gestanden sie bald ein, daß sie das Tauwerk vom Dampfer „Marie Woermann" gestohlen hatten. B. kommt heute mit einer Gefängnißstrafe von 4 Monaten davon, während der vielfach bestrafte Jönsson zu 15 Monaten Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust verurtheilt wird.

Aus den Schöffengerichten.

19. April.

Einen kühlen Trunk wollte sich der Maurergeselle H. auf billige Art und Weise verschaffen. Er ging eines Tages unauffällig an einen mit Faßbier beladenen Wagen der Elbschloßbrauerei heran, langte sich ein Faß mit 22 Litern herab, legte es sich auf die Schulter und trollte damit davon. Sein Manöver war jedoch bemerkt worden, und man verfolgte und faßte ihn. Er wird, da er schon ein Mal bestraft ist, wegen des Diebstahls zu einer Gefängnißstrafe von 6 Wochen verurtheilt.

Der „arbeitswillige" Maurer Großmann will von den Bauarbeitern H. und K. in einer Wirthschaft am Pinnebergerweg am 5. Dezember mißhandelt und mit dem Worte „Heidelberger" beschimpft sein. Und die Frau des „Arbeitswilligen" will von dem Angeklagten H., als sie ihrem Manne zu Hülfe eilte, einen so wuchtigen Stoß erhalten haben, daß sie in eine Fensterscheibe stürzte. H. wird deswegen zu einer Gefängnißstrafe von 2 Monaten, K. zu einer Gefängnißstrafe von 3 Wochen verurtheilt.

Vereine und Versammlungen.

(Die Herren Schriftführer werden ersucht, nur schmales Papier zu verwenden und auf einer Seite zu beschreiben.)

Verein deutscher Schuhmacher, Zahlstelle Barmbek. Versammlung bei Michel am 9. April. Zunächst führte Kollege Kölle zu unserer Lohnbewegung aus, daß viele Kollegen wohl geglaubt hätten, bei der Geringfügigkeit unserer Forderungen würde bald eine Einigung mit den Arbeitgebern erfolgen. Da haben wir uns aber getäuscht, sie haben nämlich in voriger Woche beschlossen, auf Grund des von uns vorgelegten Tarifs nicht zu unterhandeln. Da nun die Mehrzahl der hier am Platz arbeitenden Schuhmacher aus Mittelarbeitern besteht, so ist es jedenfalls nicht unverschämt, wenn diese einen Minimallohn von M 21 bei einer Arbeitszeit von 60 Stunden pro Woche verlangen. Hierzu kommt auch noch, daß die Schuhmacher Hamburgs mit einer großen arbeitslosen Zeit zu rechnen haben. Kölle ersucht die Kollegen, das, was sie an Forderungen aufgestellt haben, auch zur Durchführung zu bringen. Auch sei es nöthig, daß die, welche dem Verein deutscher Schuhmacher noch nicht angehören, sich demselben anschließen und auch fernerhin demselben treu bleiben, um das Errungene dann auch festhalten zu können. Weiter sei es nothwendig, falls sich der Streik etwas in die Länge zieht, nicht fahnenflüchtig zu werden. Ein Jeder müsse denken: „Ohne mich geht es nicht", dann wird der Sieg auch unser sein.

Verein deutscher Schuhmacher, Zahlstelle Altona. Mitgliederversammlung am 10. April bei Geick, Kleine Freiheit 87. Die Einnahme vom ersten Quartal betrug M 341,10. Davon sind an die Vereinskasse gesandt M 248,58. Die geleistete Reiseunterstützung betrug M 13,20. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des vorigen Quartals 181 männliche und 2 weibliche. Eingetreten sind 15, zugereist 8; abgereist sind 18, ausgetreten 1 und ausgeschlossen 16, bleibt eine Mitgliederzahl am Schlusse des Quartals von 170 männlichen und 2 weiblichen. Die Einnahme der Lokalkasse betrug M 283,37, die Ausgabe M 289,46. Beide Abrechnungen wurden als richtig anerkannt. Dann weist der Vorsitzende auf die mit dem heutigen Datum in Kraft tretende Lohnbewegung der Hamburger Kollegen hin, und ersucht, die dort Streikenden nach jeder Richtung hin zu unterstützen. Hierauf giebt er bekannt, daß in nächster Zeit die Wahl des Gesellenausschusses zur Zwangs-Innung stattfindet. Man möge sich an der Wahl recht rege betheiligen.

Verband der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter. Mitgliederversammlung am 6. April bei Klages, Alsterthor. Kollege S. stattete den Bericht von der Generalversammlung ab. Folgende Zahlstellen sind danach eingegangen: Königsberg, Memel, Farge und Godeberg. Die auswärtigen Kollegen hielten die für Agitationszwecke in 2 Jahren verausgabten M 144 für viel zu klein, es müsse mehr für Agitation gethan werden. Die Kasse stimmte bis auf ungefähr M 650, die Wiese in Bremen unterschlagen hat. Sodann wurde zur Berathung über den Anschluß an den deutschen Holzarbeiterverband übergegangen, für Anschluß stimmten 8, dagegen 2. Die Debatte dauerte fast 6 Stunden. 2 Berliner Kollegen stimmten für Lokalorganisation, die anderen für Industrieverbände. Der Anschluß wird am 1. Juli erfolgen. Die Arbeiten für den Anschluß sind dem alten Vorstand überlassen. Zum Schluß wurde noch ein Antrag auf eine Unterstützung von M 300 aus der Zentralkasse an die Krefelder Weber angenommen. Der Gewerkschaftskongreß, welcher in Frankfurt a. M. stattfindet, wird mit einem Delegirten beschickt. Kollege G. nahm zu der Beitragskassirung das Wort und schlug vor, Boten zu wählen, die die Beiträge einholen. Ein Antrag D., den Kassirer hierzuzuwählen, wurde abgelehnt. Alsdann wurden 2 Boten gewählt, A. und L.; denselben werden 10 Prozent bewilligt. Kollege G. ersuchte Diejenigen, welche den Umzug bei der Maifeier mitmachen wollen,

---

vorsicher Mohnfeld ab. Herr Baselt hat eine originelle groteske Komik, die unwiderstehlich ist und die auch jetzt allabendlich die Zuschauer nicht aus dem Lachen herauskommen läßt. Des Weiteren machten sich um die flotte Darstellung noch die Damen Pauly, Schrodt, Kriss, Hellmer, Glasel und Schüle und die Herren Brandt, Burg, Loewenfeld, Schwellach und Paulmüller verdient. Die Regie war von der bewährten Hand des Herrn Hermann Haack besorgt.

Literatur.

Eingesandte Druckschriften:

Jesus, ein Mensch, nicht Gottes Sohn. Ein Fehdebrief wider das falsche Kirchenchristenthum. Dem Angedenken an Moritz v. Egidy. Preis 80 ₰. Verlag von Caesar Schmidt, Zürich.

Ernstes Wollen. Monatsschrift. Nr. 1. Herausgegeben von Mitarbeitern der früheren „Versöhnung" M. v. Egidys. Jährlich M 2,50.

Ost-Asien. Monatsschrift für Handel, Industrie, Politik, Wissenschaft, Kunst ꝛc. Nr. 13. Kommissionsverlag: S. Calvary u. Co., Berlin, Zimmerstraße 11.

Die Fackel. Politisch-Literarische Zeitschrift. Nr. 2. Jährlich M 4,50. Herausgeber: Karl Kraus, Wien, I., Maximilianstraße 13.

Dokumente der Frauen. Nr. 2. Jährlich M 5,20. Redaktion und Administration Wien, VI/1., Magdalenenstraße 12.

* * *

Anläßlich der bevorstehenden Maifeier ist im Verlage von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart soeben erschienen: **Maiendämmerung.** Lenzgedichte von Andreas Scheu. Das Buch ist in elegantem farbigen Umschlag gut gebunden zum Preise von M 1 durch alle Partei-Buchhandlungen und Kolportöre zu beziehen.

Von der „**Neuen Zeit**" (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 30. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Der Inhalt ist folgender: Freisinniges und Nationalsoziales. — Beiträge zur Geschichte des Koalitionsrechts in Deutschland. Von Max Schippel. II. — Zur Frage der Arbeitsvermittlung. Von Hugo Poetzsch. — Der fünfte Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in den Niederlanden. Von W. H. Vliegen. — Revue der Revuen. — Notizen: Volksbibliotheken. Von Dr. Heinrich Simon-Berlin. Einfluß der Krisen auf das Gesellschaftsleben. Von F. Wenger-Zürich. — Feuilleton: Die lebendigen Tendenzen des Lautwandels. Von Dr. M. Freudenberger.

Von der Wiener Wochenschrift „**Die Zeit**" ist soeben das 237. Heft erschienen. Der Inhalt desselben ist folgender: Das neue Schisma. Von K. — Der Staatsstreich in Finland. Von einem Finländer. — Ein Jahr Zivilprozeßordnung. Von Dr. X. — Das neunzehnte Jahrhundert. Von Karl Jentsch. — Die bisher ungedruckten Briefe Napoleons I. Von General A. von Boguslawski. — Hans Thoma. Von Max Morold. — Die Kaiser-Jubiläums-Kirche. Von Dr. Moriz Dreger. — Perosis Oratorium und Mahlers Symphonie. Von Richard Wallaschek. — Die Woche. — Bücher. — Revue der Revuen. — Leander. Von Hermann Bahr.

Die Hamburgische Dienstbotenordnung, die am 15. April in Kraft getreten ist, hat ja im Allgemeinen an den bisher bestehenden Verhältnissen auf diesem Gebiete nicht viel geändert, aber sie hat wenigstens über eine ganze Reihe von Fragen Klarheit geschaffen, die fortgesetzt Gegenstand zu Klagen zwischen Dienstherrschaft und Dienstboten gaben, weil auf beiden Seiten eine kaum glaubliche Unkenntniß über die mit dem Dienstverhältniß verbundenen Rechte und Pflichten vorhanden war. Wenn nun aber auch eine gesetzliche Festlegung dieser gegenseitig zu leistenden Pflichten und der zu respektirenden Rechte durch die Dienstbotenordnung erfolgt ist, so wird für Manchen doch noch die knappe gesetzliche Form Zweifel über die Tragweite dieser oder jener Bestimmung aufkommen lassen. Diese zu beseitigen, jeden der Betheiligten in den Stand zu setzen, sich nach jeder Richtung hin über seine Rechte und Pflichten im Dienstverhältniß zu orientiren, ist die Aufgabe, die sich der Verfasser eines uns vorliegenden Buches „Die Hamburgische Dienstbotenordnung", Herr Polizeiinspektor Ad. Röpke, gestellt und unserer Ansicht nach in durchaus zufriedenstellender Weise gelöst hat. Durch Abdruck und Kommentirung der Dienstbotenordnung, der wesentlichsten Bestimmungen über die einschlägigen Versicherungsgesetze, Alters- und Invaliditäts- und Unfallgesetz, sowie der Statuten der Dienstbotenkrankenkasse wird der Verfasser allen Anforderungen gerecht, die man füglich an ein Buch stellen kann, das ein Leitfaden zum Verständniß der Rechtsverhältnisse zwischen Dienstherrschaft und Dienstboten sein will. Wir können Jedem die Anschaffung desselben empfehlen. Der Preis des im Verlage von Leopold Voß in Hamburg, Hohe Bleichen 34, erschienenen Werkes beträgt M 1,50.

sich dem Holzarbeiterverband anzuschließen. Dann wurde noch beschlossen, M. 20 aus der Kasse an die Krefelder Weber abzuschicken. Zum Schluß bat der Vorsitzende, noch recht viel für die Krefelder Weber zu sammeln und für die nächste Versammlung zu agitiren.

Baggerer. Mitgliederversammlung am 9. April. Nach Verlesung der monatlichen Abrechnung gab der Vorsitzende bekannt, daß die Mitgliedschaft Schauerleute am 15. April und die Mitgliedschaft Kohlenarbeiter am 30. April ihre Fahnenweihe haben, wozu wir eingeladen sind. Die Fahnenkommission wird beauftragt, die nöthigen Veranstaltungen zu treffen. Hierauf erstatteten die Delegirten vom Gewerkschaftskartell Bericht. Sodann wurde nach einem ausführlichen Referat des Genossen Bürger über Konsum-, Bau- und Sparvereine beschlossen, dies Unternehmen seitens der Baggerer soviel wie möglich zu unterstützen. Betreffs der diesjährigen Maifeier wurde beschlossen, in der Privatbaggerei den 1. Mai durch gänzliche Arbeitsruhe zu feiern. Hierauf erfolgte Obmannswahl. Gewählt wurden: Warnes, Gresmann, Herman, Hüls, Schwartz, Werendt, Schlie, Hildebrandt, E. Brunswig. Bei der Delegirtenwahl zum Gewerkschaftskongreß erhielten Kellermann, Lange, Beck und Imhof je 46 Stimmen. Dann gab der Vorsitzende bekannt, daß wir auf unsere Eingabe an die Sektion für Strom- und Hafenbau jetzt eine ablehnende Antwort erhalten haben. Die Versammlung gab ihrem Mißfallen hierüber Ausdruck. Weitere Stellung hierzu soll in der öffentlichen Versammlung am 15. d. M. genommen werden. Nachdem noch einige Klagen, daß Kollegen wieder unter unserem Lohntarif arbeiten, vorgebracht waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Schmiede, Altona. Mitgliederversammlung am 8. April. Zunächst machte der Vorsitzende bekannt, daß die Dresdener Schmiede in den Ausstand getreten sind und ersucht die Anwesenden, Alles aufzubieten, um unseren dortigen Kollegen zum Siege zu verhelfen. Hierauf wurde mit der Statutenberathung begonnen und die von der Kommission gestellten Anträge sämmtlich angenommen. Dann wurde beschlossen, die Arbeitslosen-Unterstützung auf M. 1 pro Tag und den Beitrag von 20 auf 25 ₰ zu erhöhen. Als Delegirter zur Generalversammlung wurde Schwarz und als Ersatzmann Grade gewählt. Zur Maifeier wurde nach heftiger Debatte folgende Resolution angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich dahin, daß diejenigen Kollegen, welche, ohne ihre Arbeit zu verlieren, feiern können, am 1. Mai zu feiern haben; Diejenigen, welche gezwungen sind, zu arbeiten, verpflichten sich, ein Drittel ihres Tagelohns an den Maifonds abzugeben. Die Abrechnung vom ersten Quartal ergab: Einnahme M. 238,10, Ausgabe M. 52,98, an die Hauptkasse gesandt M. 185,62. Mitglieder wurden 70 aufgenommen, wovon 20 nach Hamburg kamen. Zum Schluß wurden Johann Witt als Kassirer, Schwarz als Schriftführer, Klaus und Karl Witt als Bezirkskassirer gewählt.

Schiffszimmerer, Hamburg. Mitgliederversammlung am 9. April bei Tütge. Die Abrechnung vom 1. Quartal ergab: Einnahme M. 1682,92, Ausgabe M. 1086,75; per Kassa M. 596,17. Davon M. 200 auf Sparkasse belegt, bleibt ein Kassenbestand von M. 396,17. Zur Generalversammlung wurde erwähnt, daß wir keinen Zusammenschluß mit den Werftarbeitern mehr eingehen werden, sondern daß wir gewillt sind, uns dem Holzarbeiterverband anzuschließen. Ferner wurde der Antrag angenommen: „Die Generalversammlung der Schiffszimmerer verlangt zum Schutz für Leben und Gesundheit der beim Schiffbau und bei der Schiffahrt beschäftigten Arbeiter baldmöglichst ein Reichsgesetz, welches so beschaffen ist, um die wahnwitzige Profitgier der Unternehmer unmöglich zu machen. Sollte diese unsere berechtigte Forderung auch diesmal wieder nicht berücksichtigt werden, so sind wir gezwungen, alle betrügerischen Manipulationen der breitesten Oeffentlichkeit zu übermitteln, und werden nicht ruhen, bis solche Einrichtungen getroffen sind, daß sowohl beim Schiffbau wie auf den Schiffen die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit zu ihrem Rechte gelangt sind. Unsere Forderungen hierzu sind schon so oft und eingehend gestellt, daß wir wohl überhaupt nicht weiter darauf einzugehen brauchen." Antrag an die Generalkommission: „Die Gewerkschaften Deutschlands schließen sich zu einer Föderation zusammen, zu einem deutschen Gewerkschaftsbund, gründen gleichzeitig auf einer frei zu vereinbarenden Basis eine Streik- und Reservekasse." Ferner: „Der Gewerkschaftskongreß wolle beschließen, daß die Gewerbe-Inspektion in ihrer Beaufsichtigung dahin erweitert wird, daß der Schiffbau, sowie Schiffe überhaupt, ihrer Kontrole unterstellt werden, der Germanische Lloyd von diesem Amte aber entbunden wird, da erwiesenermaßen derselbe interessirt ist und mithin nicht als einwandfrei betrachtet werden kann." Als Delegirte zur Generalversammlung wurden F. Burmester und A. Haase gewählt. Zur Maifeier wurde den Mitgliedern empfohlen, wer es eben möglich machen kann, den Tag durch Arbeitsruhe zu feiern, der möge sich des Morgens an dem Festzuge mit betheiligen. Dann erfolgte der Kartellbericht. Zur Arbeitsangelegenheit wurde erwähnt, daß bei der Hamburg-Amerika-Linie Wandel geschaffen werden müsse, daß die Leute sich des Morgens zur festgesetzten Zeit an der Sammel- oder Abfahrtstelle einzufinden haben und nicht an den betreffenden Liegeplätzen der Schiffe. Es wurde den Kollegen der Hamburg-Amerika-Linie empfohlen, die Sache unter sich zu regeln. „Regelung der Arbeitsplätze" soll auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt und die Kollegen der Hamburg-Amerika-Linie eigens dazu eingeladen werden.

Schiffszimmerer, Veddel. Mitgliederversammlung am 5. April im „Veddeler Hof". Protokoll sowie Abrechnung wurden für richtig befunden. Die Abrechnung vom Vergnügen ergab ein Defizit von M. 20,26. Dann wurde der Antrag zur Generalversammlung gestellt, daß den Schiffszimmerern, die zur See fahren, etwas für das Geschirr vergütet werden müsse, wenn ein Schiff verloren geht. Beschlossen wurde, daß der Delegirte gegen einen Anschluß an den Werftarbeiterverband zu stimmen hat. Als Delegirter zur Generalversammlung wurde C. Lindemann und als Ersatzmann J. Kleinfeld gewählt. Als Obmann bei P. Schween wurde H. Gieseling bestellt. Einstimmig angenommen wurde der Antrag, daß wir die Sammellisten abschaffen und eine Unterstützungskasse gründen, und daß nur die Mitglieder eine Unterstützung beanspruchen können, die der Kasse angehören. Es wurde eine Kommission von C. Bockhut, J. Hahnfeld, H. Kahl, M. Köpke und J. Kleinfeld gewählt, der freie Hand gelassen wird, die Sache zu regeln und zur nächsten Versammlung vorzulegen. Zur Arbeitsangelegenheit wurde bemerkt, daß bei den Schiffszimmerern der Vereinigten Schiffer ein System der Lohndrückung herrsche. H. v. Hacht sprach dagegen, daß sie ebensoviel Lohn bekommen und auch nicht länger arbeiten als auf den Werften. Hierüber entspann sich eine lebhafte Debatte. Betreffs der Maifeier wurde gewünscht, daß Jeder, dem es möglich, die Arbeit ruhen lassen möge.

Verein staatlich geprüfter Maschinisten von 1887. Generalversammlung am 8. April. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der stellvertretende Vorsitzende verstorbenen Kollegen Nicolaus Mein. Die Mitglieder ehrten das Andenken des Verstorbenen in üblicher Weise. Als neues Mitglied wurde Pantke aufgenommen. Das Protokoll vom 4. März wurde genehmigt. Die Kassenabrechnung ergab: Gesammteinnahme M. 292,20, Ausgabe M. 272,30, Kassenbestand am 1. Januar d. J. M. 109,96, auf der Sparkasse M. 487,64, auf Schuldschein M. 125. Darauf wurde dem Kassirer Decharge ertheilt. Bei der Wahl eines Vorsitzenden erhielt Neuwöhner 16 und Schwarzarius 7 Stimmen; somit ist Neuwöhner gewählt. Nach dem von Köhsel erstatteten Bericht vom Kartell sprachen mehrere Redner für und wider, bei der Maifeier die Arbeit ruhen zu lassen. Der Vorsitzende bemerkte zum Schluß, daß wenigstens am Abend ein jedes Mitglied sich zur Feier einfinden müsse. Bei der Diskussion über Obiges und innere Vereinsangelegenheiten entspann sich eine lebhafte Debatte, welche bis zum Schlusse der Versammlung anhielt.

Lackirer. Generalversammlung am 8. April, bei Finke, Kohlhöfen. Zunächst verlas Kollege Meier die Abrechnung vom 1. Quartal. Es wurden M. 155,65 eingenommen und M. 119,17 verausgabt. Nachdem dem Kassirer Decharge ertheilt worden, machte Nagel bekannt, daß eine Statistik über die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Gewerbe aufgenommen werden sollte und stellte den Antrag, eine Kommission zu wählen, welche die Arbeiten übernimmt. Umbrett ist dagegen und hält es für Pflicht eines jeden Kollegen, daß derselbe sich dem Vorstand zur Mitarbeit bei der Statistikaufnahme zur Verfügung stellt. Ein diesbezüglicher Antrag wurde angenommen. Ferner wurde der Antrag Nagel, Maimarken à 50 ₰ zu vertreiben, angenommen. Darauf Schluß der schlecht besuchten Versammlung.

Gastwirthsgehülfenverband, Wandsbek. Mitgliederversammlung am 7. April. Wie in den vorhergehenden Versammlungen stand auch zu dieser hauptsächlich die Arbeit am Orte zur Diskussion. Zu den Lokalen „Barmbeker Casino", Sieberling, Bleyer in Hamm, Hoops in Horn — in welchen eine Regelung wegen unseres kostenlosen Arbeitsnachweises noch nicht stattgefunden, gesellt sich noch „Klein-Jüthorn" im Wandsbeker Gehölz, dessen jetziger Wirth zu einer bestimmten Erklärung nicht zu bewegen ist. Wohl erkennt er den Lohntarif an, aber er bestellt keine Kellner von uns. Es ist somit nichts Anderes, als eine Umgehung des seit langer Zeit bestehenden Lohntarifs. Zur Zeit des leider verstorbenen Herrn Hoffmeister war Klein-Jüthorn eines der sichersten Lokale für uns, in dem unsere Arbeitsbedingungen unbedingt hochgehalten wurden. Der jetzige Wirth scheint nicht zu wissen, daß Klein-Jüthorn eines der beliebtesten Aufenthaltsorte der organisirten Arbeiter von Wandsbek und Umgegend ist. Vielleicht reflektirt er auf das „bessere" Hamburger Publikum. — Um uns nicht aus allen Lokalen verdrängen zu lassen, wurde über obiges Lokal die Sperre verhängt. Wir bitten die arbeiterfreundlichen Kreise, dieses zu beachten.

Eine öffentliche Versammlung der Gärtner, von dem Hirsch-Dunckerschen Allgemeinen deutschen Gärtnerverein einberufen, fand am 15. April in Schwaff's Gesellschaftshaus statt. Herr O. Albrecht, Redaktör der „Allg. deutschen Gärtnerzeitung", Berlin, sprach über „Zweck und Ziele des Vereins und dessen Stellung zur Schutzzollfrage" auf gärtnerische Produkte. Er führte u. A. aus, daß die gärtnerische Berufsbildung eine durchaus traurige wäre und daß dies in dem Umstande zu suchen sei, daß die Arbeitgeber sich nicht darum kümmerten, wie die Lehrlinge ausgebildet werden. Ihnen wäre es nur darum zu thun, daß sie billige Arbeitskräfte hätten. „Deshalb hätte der A. D. G.-V. in erster Linie danach zu streben, eine gute Berufsbildung zu schaffen. Er hätte auch zu diesem Zweck im vergangenen Winter in Berlin eine Winterschule eingerichtet, die von 175 Theilnehmern besucht worden wäre. Weiter betonte der Redner die Nothwendigkeit einer guten Regelung des Arbeitsnachweises, als eine indirekte Lohnbewegung. Es würde dem A. D. G.-V. gegnerischerseits vorgeworfen, er machte sich zum Liebeskind bei den Arbeitgebern. Ueber diesen Standpunkt wäre er schon längst hinweg. Aber man dürfe nicht die jungen Kollegen in den Strom der Arbeiterbewegung hineinziehen. Die meisten Gewerkschaftler wären „Sozialdemokraten", und die jungen Kunstgärtner schreckten davor zurück. Er, Redner, wäre auch 5 Jahre ein solcher Sozi gewesen. Wenn es an irgend einem Orte so weit ist, daß man in eine Lohnbewegung treten könnte, so käme dieses von selbst. Das Blättchen würde sich denn von selbst drehen. In Leipzig, wo die Gärtner jetzt in einer Lohnbewegung stehen, hätte der A. D. G.-V. einen Antrag an die Arbeitgeber eingereicht auf Zahlung eines Minimallohnes von M. 22 monatlich bei freier Station. Auch dies wäre von den Arbeitgebern abgelehnt worden. Es sei Hohn, daß man für die gesetzlich gewährte Sonntagsruhe eintreten müsse. Der A. D. G.-V. arbeite diplomatisch. Sodann kommt Redner auf den Schutzzoll zu sprechen. Der deutsche Handelsgärtner wäre wohl im Stande, den Bedarf zu decken, wenn er besser bezahlt würde. Die nicht selbstständigen Gärtner Berlins erklären, daß sie für einen Schutzzoll sind. Jetzt sind die Handelsgärtner nicht im Stande, höhere Löhne zu zahlen, deshalb müsse man erst „ihre" Lage durch einen Zoll heben. Nachdem werden sie auch bessere Löhne zahlen. Er hofft, daß man im Jahre 1903 den Schutzzoll bekommen werde. Die dem Verein angehörenden Handelsgärtner schaden demselben absolut nicht. Die jetzigen Mitglieder würden, wenn sie einmal selbstständig sind, ein solidarisches Gefühl für die Gehülfen bewahren. — Die drei nächstfolgenden Redner von der Deutschen Gärtnervereinigung protestirten aufs Energischste gegen den Schutzzoll, weil wir als Arbeitnehmer absolut nichts damit zu thun haben. Mögen die Prinzipale ihre Lage selbst verbessern, wie sie wollen. Wer nicht im Stande ist, einen solchen Lohn zu zahlen, daß die Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein führen können, dem verkauft man eben seine Arbeitskraft nicht. Auch ist die deutsche Gärtnerei nicht in der Lage, den Bedarf selbst zu decken. Im Jahre 1885 hatte Deutschland einen Import von 293 000 kg. Blumen, 70 385 700 kg. Obst, 33 132 000 kg. Gemüse. Im Jahre 1897 war der Import auf 2 808 500 kg. Blumen, 141 872 800 kg. Obst und 97 217 700 kg. Gemüse gestiegen. Dagegen betrug die Ausfuhr 1897 an Blumen 294 800 kg., Obst 21 154 100 kg. und Gemüse 36 685 700 kg. Die Ausfuhr bilden eben zum größten Theil ausländische Produkte, die, z. B. Blumen, erst in Deutschland umgepackt werden müssen, ehe sie nach dem Norden weiter gesandt werden können. Hieraus ergiebt sich, daß der deutsche Markt nicht im Stande ist, den Import zu entbehren. Die Folge eines Schutzzolles würde eine so enorme Preissteigerung der gärtnerischen Produkte sein, daß die ärmeren Bevölkerungsklassen von dem Genuß derartiger Produkte gänzlich ausgeschlossen wären; somit würde auch ein großer Theil der Gärtner, der sich jetzt durch Zwischenhandel ernährt, geschädigt werden. Kollege P. machte außerdem gegen die Berufsbildung den Einwurf, daß man vor allen Dingen daran denken müßte, die pekuniäre Lage der Gärtner zu verbessern, damit sie auch die nöthigen Mittel, Zeit und Geld, zur Bildung hätten. Nachdem der Referent noch einige Worte hierauf erwidert hatte, wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute in Schwaff's Gesellschaftshaus tagende öffentliche Gärtnerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten bezüglich des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins **durchaus nicht** einverstanden. Die Versammlung ersieht einzig und allein in der bestehenden **Deutschen Gärtnervereinigung** eine Bewegung, durch welche die wirthschaftliche Lage der arbeitnehmenden Gärtner verbessert werden kann, und protestirt energisch gegen jede weitere Verbreitung der Verdummungstheorie des Allg. D. Gärtnervereins, auch in der Schutzzollfrage. Ferner konstatirt die Versammlung, daß die Ausführungen des Referenten ebenso wenig Beifall bei den Hamburger Gärtnergehülfen gefunden haben, wie die im Jahre 1891 von Herrn Paul Abraham, dem Vorgänger des jetzigen Redaktörs der „Allg. D. Gärtnerzeitung". Die Versammlung verspricht, mit allen gesetzlichen Mitteln für die **Deutsche Gärtnervereinigung** einzutreten." Durch die Annahme dieser Resolution haben die Hamburger Gärtner gezeigt, daß sie nicht gewillt sind, als bloße Mitläufer harmoniebuseliger Verdummungsphilosophen gehalten zu werden, sondern sich mit der übrigen Arbeiterschaft Hamburgs solidarisch erklären. Die von etwa 300 Personen besuchte Versammlung wurde um 12 Uhr geschlossen.

Kutscher vom öffentlichen Fuhrwesen. Mitgliederversammlung am 7. April bei Fick. Zunächst verlas der Vorsitzende nochmals die in der Mitgliederversammlung am 1. April gefaßte Resolution und berichtete, wie die Delegirten des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter in Leipzig auf dem sogenannten Einigungskongreß über dieselbe zur Tagesordnung übergegangen seien. Zu der vor Beginn des Kongresses stattgehabten Sitzung dieser Delegirten sei ihm der Zutritt nicht gestattet worden, trotzdem er auf Beschluß der öffentlichen Versammlung der Zentralisten zugelassen werden mußte. Auf dem Kongreß selbst sei wohl geduldet worden, ihn anzugreifen; als er aber zu Wort kommen sollte, sei vom Schriftführer des Bureaus, einem Zentralisten — auch führte der Vorsitzende von besagtem Verband die Rednerliste — schleunigst ein Schlußantrag eingegangen und ihm somit das Wort entzogen worden. Redner geht dann noch weiter auf die Wahl der Mandatprüfungskommission, sowie deren Prüfung der Mandate ein und kritisirt das Verhalten der Delegirten zentraler Richtung. Auf Grund dieses seien wir, wenn wir die Resolution der letzten Versammlung hochhalten wollten, aus dem Zentralverband ausgetreten und wieder Lokalorganisation. Er ersuche aber die Mitglieder, nochmals zu diskutiren und sich klar zu werden, ob ihre Interessen unter den jetzigen Verhältnissen besser im Zentralverband oder als Lokalorganisation gewahrt würden. Unbedingt sei eine Spaltung bei uns zu vermeiden, lieber könnten einzelne Personen verschwinden, die Uebrigen müßten da bleiben, wo die Mehrzahl sei. Michaelsen berichtet dann, unter welchen Umständen es Schumann und Himpel möglich gewesen sei, die Mandatinhaber zentraler Richtung zu irritiren. Nach lebhafter Diskussion wurde einstimmig angenommen, den Beschluß der letzten Versammlung hochzuhalten und sich als Lokalverein wieder zu konstituiren, da die Zentralisten die Bedingungen, unter welchen unser Anschluß an den Zentralverband geschah, durchbrochen. Auch habe die Thätigkeit desselben bewiesen, daß wir unsere Interessen in diesem Verband nicht vertreten fänden. Hierauf wurden die Statuten berathen und der wöchentliche Beitrag auf 25 ₰ festgesetzt. Neuaufzunehmende haben 50 ₰ Eintrittsgeld zu zahlen. Als erster Vorsitzender wurde G. Albrecht, als zweiter A. Timm, als Kassirer E. Hauck und J. Hinrichs, als Schriftführer W. Romundt und H. Witt, als Beisitzer F. Schneider, als Revisoren W. Timm, P. Fischer und F. Görs gewählt, worauf der Vorsitzende mit einer Mahnung, sich nicht auseinander treiben oder irritiren zu lassen, die gut besuchte Versammlung schloß.

Mauersteinarbeiter. Mitgliederversammlung am 11. April bei Krüger, Silbersackstraße 18. Zunächst wurden 4 neue Mitglieder aufgenommen. Darauf trat man in die Wahl der Delegirten zum Gewerkschaftskongreß ein. Von 154 abgegebenen Stimmen erhielten Döring 57, Schleef 39, Kellermann 31, Moje 17, Beckmann 5, Schulze, Schlüschen und Jahnke je 1. Zwei Stimmzettel waren ungültig. Die Lohnkommission berichtet, daß die Firma Köser und Wichmann auch jetzt endlich als letzte unseren Lohntarif bewilligt habe; wir könnten unsere Lohnbewegung demnach jetzt wohl für beendet erklären. Eine außerordentlich lebhafte Debatte rief das Verhalten der Vize Schaper und Wrage hervor, welche vorzugsweise unorganisirte Leute beschäftigen, und nur, wenn sie in Verlegenheit sind, organisirte mitnehmen. Es wurde beschlossen, unsere Lohnbewegung noch nicht für beendet zu erklären; vielmehr wird die Lohnkommission beauftragt, sich noch einmal mit den Vorgenannten in Verbindung zu setzen zwecks gütlicher Regelung dieser Angelegenheit und in nächster Versammlung darüber zu berichten. Ferner wurde beschlossen, vom 1. Mai an nur mit Mitgliedern zusammen zu arbeiten. Die Abrechnung vom ersten Quartal ergab einen Kassenbestand von M. 5,96. Für unser krankes Mitglied H. v. B. waren auf Sammellisten M. 94,60 eingegangen, die demselben eingehändigt wurden. Mit überwiegender Majorität wurde beschlossen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.

Erd- Zimmerer- und Abbruchsarbeiter. Versammlung am 12. April bei A. Fick, Rosenstraße. Ueber „Arbeitsvertrag und Koalitionsrecht" referirte Kollege Hamann in verständnißvoller Weise. Der Antrag des Vorstandes betreffs Einkassirung der Beiträge wurde angenommen. Die Kolportöre wurden angewiesen, vom 1. Mai ab alle 14 Tage die Beiträge und Streikfondsmarken bei den Mitgliedern abzuholen. Für Eilbek wurde Ziebuhr als Kolportör gewählt. Hauschild berichtete vom Kartell; Jeder, der es möglich machen kann, soll sich an der Maifeier betheiligen. Als zweiter Bevollmächtigter wurde Steinway gewählt. Hamann wurde einstimmig als Ehrenmitglied der Zahlstelle Hamburg II ernannt, und dann eine Kommission von 6 Mitgliedern gewählt, welche mit der Ortsverwaltung zusammen einen Lohntarif ausarbeiten soll.

Fabrikarbeiter, Zahlstelle Winterhude-Eppendorf. Versammlung am 13. April bei Käsebier. Genosse Sittenfeld hielt einen lehrreichen Vortrag über die Arbeiterschutzgesetze. Alsdann erstattete Reinke den Kassenbericht vom ersten Quartal: Einnahme M. 432,80, Ausgabe in gleicher Höhe. M. 276,10 wurden an die Verbandskasse gesandt. Die Einnahme der Agitationskasse betrug M. 53,41, die Ausgabe M. 11,30. Darauf brachte Jörs den Kartellbericht. Eine Agitationsmarke zur Maifeier zu entnehmen, wurde angenommen. Bei der Wahl zum Gewerkschaftskongreß erhielten Frau Zietz 23 und Sack 2 Stimmen. Die geplante Morgentour wurde um acht Tage verschoben. Unser diesjähriges Sommervergnügen wird am 2. Juli bei Käsebier abgehalten. In das Festkomité wurden vorläufig Körner, Reinke und Barth gewählt. Schlurich und Martens wurden als Hülfskassirer vorgeschlagen. Alsdann machte der Vorsitzende bekannt, daß mit dem 1. April die auf dem Verbandstage beschlossene Sterbeunterstützung in Kraft getreten ist. Das Verhalten der Lederarbeiter auf der Generalversammlung gab zur Annahme folgender Resolution Veranlassung: „Gegen den Beschluß der Generalversammlung der Lederarbeiter Deutschlands vom 4. April, daß sie diejenigen ungelernten Arbeiter, welche in der Lederfabrikation beschäftigt sind, nur als organisirt anerkennt, wenn sie Mitglied des Verbandes deutscher Lederarbeiter sind, legt die am 13. April tagende Mitgliederversammlung des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Winterhude-Eppendorf, ganz entschieden Verwahrung ein und protestirt dagegen, daß es den im Verbande der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen organisirten Hülfsarbeitern nur um den Schein eines solchen zu thun sei; diese betrachten sich als voll und ganz organisirte Arbeiter, haben ihre Pflicht als solche gethan und werden sie in Zukunft auch thun.

Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Hamburg. In der Mitgliederversammlung am 11. April berichtete Kollege Hugo Wulf, daß im Vorjahre unsere Bibliothek in 400 Fällen benutzt worden sei, daß aber die Zurücklieferung der Bücher sehr säumig erfolge, sodaß Entleiher schriftlich haben aufgefordert werden müssen, die Bücher abzuliefern; ja sogar viele Wege mußten gemacht werden, um wieder in den Besitz der Bücher zu gelangen, und trotz aller Mühe sei doch ein Buch verloren gegangen. Das Mitglied Kiesewetter, Buchnummer 22 287, welches einen Band „Neue Welt" in Besitz habe, sei nicht aufzufinden. Um 61 Bände sei die Bibliothek erweitert worden, auch einige Schenkungen von Kollegen hätten stattgefunden. Sodann berichtet Bessier, daß der Streik bei Schmidt, Anckelmannstraße, beendet sei, indem die Kollegen ihre Forderungen durchgesetzt hätten. Bei Schuldt-Borgfelde werde die Sperre noch aufrechterhalten, obgleich derselbe jetzt 9 Stunden arbeiten lasse. Es sei grade bei diesem Herrn nöthig, da er enragirtes Mitglied der Innung sei, ihn durch Abhaltung der Arbeitskräfte zur Anerkennung der 9stündigen Arbeitszeit zu zwingen. Neumann und Legien besprechen die verschiedenen Punkte der Tagesordnung des in Frankfurt a. M. stattfindenden Gewerkschaftskongresses. Die Debatte wird bis zur nächsten Versammlung vertagt. Die Delegirten-Stichwahl zum Kongreß ergab bei 132 abgegebenen Stimmen 113 für Neumann und 19 für Dammer-Lübek. Ein Antrag Kühl auf Wiederaufnahme in den Verband wird angenommen, ein gleicher Antrag des früher ausgeschlossenen, aber nicht persönlich erschienenen Brose nach kurzer Debatte abgelehnt. Den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen, wird unter Bravorufen der Versammelten ohne Debatte einstimmig beschlossen. Nachdem noch Pröhl als Sektionsführer der Modelltischler bestätigt und Eschenbach und Niemann als Thürkontrolöre gewählt, erfolgte Schluß der Versammlung.

Angeordnete Aufgebote.

Standesamt Nr. 1.

Andreas Heinrich Siart mit Henriette Elisabeth Genet. — Johann Heinrich Carstens mit Catharina Gosch. — Karl Wilhelm Starke mit Elise Gertrud Jaclofsky. — Jacob Peter Erichsen mit Margaretha Dorothea Henriette Traulsen. — Friedrich Heinrich Alexander Hinrichsen mit Emmy Henriette Bähr. — Carl August Hugo Fischer mit Ilse Dorothea Marie Breunecke. — Franz Johann Jaschulek mit Caroline Luise Frieda Wilhelmine Schulz. — Arthur Ernst Wilhelm Wäterling mit Georgine Henriette Frieda Koebler. — Carl Hinrich Graumann mit Wilhelmine Henriette Blinkhorn. — Carl Johannes Nicolaus Franke mit Ida Ottilde Elise Dierks. — Johann Leon Butteweg mit Agnes Caroline Catharina Wienken. — Joachim Wilhelm Christian Nicolaus Hausmann mit Betti Louise Sophie Behn. — Carl Friedrich Wilhelm Brettschneider mit Elisabeth Ottilie Stroinsky.

Standesamt Nr. 2.

Adolf Heinrich Johannes Beckmann mit Adele von der Heide. — Heinrich Christian Schmidt mit Henriette Christine Auguste, geb. Wittgrefe, verw. Schmidt. — Wilhelm Heinrich Adolph Moritz mit Anne Sophie Johanna Ahrendt. — Conrad Carl Ferdinand Oelckers mit Katharine Wilhelmine Lehmann. — Edmund Heinrich August Homann mit Alwine Maria Dorothea Löchner. — Hermann Friedrich Malte Pasedag mit Minna Emma Bertha Hannemann. — Heinrich Ernst Carl Schuster mit Emma Caroline Friederike Henriette Siglow. — Gustav Senf mit Maria Margaretha Henriette Auguste, geb. Bendixen, verw. Zimmermann. — Woff Delmonte mit Anna Seilg. — Adolf Christian Wöhlcke mit Frieda Alma Elise Bading. — Ernst Johannes Diedrich Steiner mit Auguste Margaretha Elisabeth Schoer. — Adolph Wilhelm Ferdinand Klasen mit Minna Gertrud Petermann. — Adolph Conrad Wahlen mit Henriette Charlotte Elisabeth Burmeister. — Josef Heinrich Maria Steuer mit Mathilde Frieda Henriette Junge. — Hugo Hermann Carl Franck mit Bertha Caroline Frieda Louise Starck. — Hermann Adolf Paul Thamm mit Maria Düwel, geb. Meilinger.

Standesamt Nr. 3.

Julius Nemann, Dr. med., mit Rosette Sax. — Julius Schielin mit Johanna Amalie Engel. — Eduard Ernst Matthies mit Elisabeth Friederike Anna Appel. — Christian Ferdinand Emil Matthiessen mit Catharina Sophia Zwang. — Leo Robert Walkusch mit Minna Anna Hedwig Scholz. — Karl Ludwig Walther mit Anna Martha Elisabeth Schweitzer. — August Eduard Wilhelm Hochfeld mit Marie Catharine Elisabeth Juselmann. — Hermann Jochim Schröder mit Ernestine Friederike Dorothea Krützfeldt. — Johann Heinrich Meyer mit Emilie Auguste Walther. — Eduard Ludwig Emil Boßmit Ida Alma Auguste Evers.

Standesamt Nr. 20.

Johann Daniel Görtz mit Alwine Emilie Therese Dahlte. — Hermann Bruno Otto Friedrich von Düring mit Elisabeth Marie Martha Rethwisch. — Friedrich Wilhelm Thalmann mit Amanda Simoline Catharina Anna Krohn. — Jacob Dwinger mit Johanna Sophia Maria, geb. Petersen, verw. Neumann. — Heinrich Konrad Otto Schridde mit Anna Sophia Auguste Göttsch. — Karl Wilhelm Adolph Moritz mit Helene Körner. — Carl Johann Heinrich Wardau mit Ida Engelke. — Ludwig Joseph Carl August Meyer mit Caroline Louise Agnes Fischer.

Hamburg, den 18. April 1899.

Standesamt Nr. 21.

Carl Rudolph Wilhelm Barrett mit Anna Christiana Therese, geb. Horn, gesch. Maschmann, jetzt verw. Schwidewsky. — August Friedrich Johann Georg Lehmann mit Sophie Alwine Karoline Köller. — Julius Carl Wilhelm Kobabe mit Clara Henny Cäcilie Soost.

Standesamt Nr. 22.

Leberecht Gotthold Schulze mit Margaretha Amanda Sibbert. — Hinrich Diedrich Menn mit Adele Margaretha Catharina Dohrn. — Georg Heitmann mit Wilhelmine Auguste Sander. — Adam Robert Friedrich Gerlach mit Anne Therese Tony Schwenzow.

Standesamt Nr. 23.

Friedrich Wilhelm Frels mit Anna Friederike Helene Sörensen. — Friedrich Wilhelm Heinrich Christoph Gölling mit Martha Paula Fiedler. — Joachim Heinrich August Schulz mit Marie Johanna Dorothea Karnatz. — John Ferdinand Schultz mit Christiane Ernestine Mary Alida Krug. — Johann Röhr mit Anna Dorothee Wilhelmine Dübel. — Theodor Jörgensen mit Emilie Doris Louise Stahl. — August Szameitat mit Marie Emma Louise Matthiesen. — Karl Heinrich August Schaumann mit Hannchen Lucie Catharina Flickwier. — Friedrich Hermann Heusel mit Anna Karoline Elise Qualmann.

Hamburg, den 17. April 1899.

Bekanntmachung.

In den Hamburgischen Staatsverband sind aufgenommen:

a. Reichsangehörige:

Cornils Peter Alberts. — Hinrich Georg Johann Dittmer. — Fritz Theodor Carl Ehlitz. — Ludwig Carl Christian Jacklam. — Carl Christian Fiolka. — Wilhelm Gaack. — Carl Christian Friederich Gehrcke. — Heinrich Christian Friedrich Giese. — Hans Hinrich Gesch. — Heinrich Louis Martin Grüder. — Carl Johann Ludwig Grützmacher. — Hermann Johann Ludwig Heinrich Hacker. — Hinrich von Holt. — Johann Kahrau. — Heinrich Wilhelm Karow. — Johannes Kistner. — Louise Christina Magdalena Lembke. — Gustav Adolf Lindner. — Peter Lüers. — Johann Christian Ferdinand Riepen. — Hans Adolph Christian Römpage. — Johann Georg Schmidt. — Karl Adolf Friedrich Schulenburg. — Friedrich Julius Gustav Schwantes. — Johann Friedrich Söhrmann. — Christian Friedrich Sörgel. — Hinrich Suhr. — Hermann August Johann Ludwig Vick. — Hans Vierth. — Hans Vierth. — Carl Heinrich Johannes Voss. — Hermann Friedrich August Wenk. — Friedrich August Wichert. — Johann Gustav Reinhold Zach.

b. Ausländer:

Arthur Ewald Robert.

Aus dem Hamburgischen Staatsverband ist entlassen:

Oskar Malling.

Hamburg, den 17. April 1899.

Die Aufsichtsbehörde für die Standesämter.

Bekanntmachung.

Das Hamburgische Bürgerrecht haben erworben:

Franz Otto Spornitz, Apparatführer, Billh. Norderdeich 224. — Joseph Moersch, Polizeiwachtmeister, Bullenhuserdamm 18. — Ferdinand Friedrich Johann Adolf Rahn, Musiker und Musiklehrer, Rappstraße 3. — Carlos Conrad Ipsen, Kolonialwaarenhändler, Hamburgerstraße 103. — Johann Heinrich Friedrich Koop, Kaufmann (Brothändler), 1. Neumannstraße 16. — Theodor Freund, Kaufmann, Werderstraße 21. — Ernst Hermann Eisermann, Lotteriegeschäftsinhaber, Dragonerstall 7, Haus 2. — Rudolf Fränkl, Kaufmann, Kleine Wallstraße 9. — Otto Friedrich Julius Munckel, Kaufmann, Holzdamm 3. — Ricardo Paulo Lutz Tollens, Korrespondent, Schröderstraße 17. — Karl Wilhelm Kahle, Kommis, Rönnhaidstraße 27. — Andreas Johannes Schmidt, Maurergeselle, Beethovenstraße 35. — Hans Ludwig Otto Welzin, Hülfslehrer an der Navigationsschule, Emilienstraße 34. — Carl Gustav Friedrich Dose, Kaufmann, Rödingsmarkt 12. — Carl August Friedrich Lamprecht, Konzertunternehmer, Sophienstraße 62. — Carl Christian Friedrich Reyband, Heizer, Lindleystraße 95. — Heinrich August Schinkel, Kommis, Süderstraße 64.

Hamburg, den 17. April 1899.

Die Aufsichtsbehörde für die Standesämter.

Schiffs-Nachrichten.

In Cuxhaven ein- und ausgehende Schiffe.

(Deutscher Reichstelegraph.)

(Nachdruck verboten.)

Cuxhaven, 19. April, Vormittags.

Angekommen am 19. April.		Kapt.	Von
V. 3,—	Frank (norw. Bk.)	Atis	Brevig
3,10	Leersum (D.)	Postn	Middlesbro
6,50	City of Cadiz (D.)	Connor	Swansea
7,50	Feronia (D.)	Bainbridge	Norfolk (Virg.)

Von hier auf: heute früh schwed. Scho. Franklin. — Ferner auf; 7½ Uhr Fischerfahrzeuge H. F. 66, 17, 131, 120, 61. 170, 118, 123, S. B. 9, P. C. 24. — 10 Uhr: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 19. April.		Nach
V. 4,—	Rembrandt (D.)	Amsterdam
6,50	Esperanza (D.)	Hull
„	Dolfijn (holl. Tj.)	Rotterdam
„	De Weldaad (holl. Tj.)	Bremen
„	Geertina Kramer (holl. Tj.)	do.
„	Twee Gebröders (holl. Tj.)	Schenkenschanz
„	Jacobina Engelina (holl. Tj.)	Emmerich
7,20	Castor (D.)	Bergen
„	Lydia (norw. Bk.)	—
„	Blitz (Schl.)	Bremen
„	Uit (Leichter)	do.
„	Chronik (Leichter)	do.

Abwärts gekommen: Schlepper Albatros. — Aus See zurück: Schlepper Terschelling. — Lydia wurde durch Cuxhaven bugsirt.

Wind: OSO., leicht. Wetter: heiter. — Barometer: 766,5. Thermometer: + 6° (R.).

Helgoland meldet: Wind: Süd, sehr leicht. Wetter: heiter. — See: sehr ruhig.

Cuxhaven, 19. April, Nachmittags.

Angekommen am 19. April.		Kapt.	Von
N. 12,45	Blanche (D.)	—	—
„	Vesta (D.)	Dittmer	London
2,10	Rutland (D.)	Harden	Liverpool
3,40	Lipsos (D.)	Kunzendorf	v. schw. Meer

4 Uhr: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 19. April.		Nach
V. 10,25	Portimao (D.)	Oporto
12,—	Royal Dane (D.)	Newcastle
N. 12,15	Concordia (D.)	—
12,45	Marie (Gs.)	Bremen
1,25	Tannenfels (D.)	Calcutta
2,—	Tugboat (F.-D.)	v. Nordsee
3,20	Königsberg (D.)	—
3,40	Fritz (F.-D.)	v. Nordsee

Ferner seewärts: Mittags die Ewer Heinrich, Gloria, Anna.

Wind: NNO., schwach. Wetter: wolkenlos. Horizont dunstig. — Barometer: 765,5. Thermometer: + 7° (R.)

Helgoland meldet: Wind: Süd, sehr leicht. Wetter: heiter. — See: sehr ruhig.

Ueberseeische Schiffsbewegungen.

„Armenia", Kapt. Martens, ist am 18. d., Morgens, von Hamburg in Halifax angekommen. — „Assyria", von Hamburg nach Baltimore, ist am 17. d., 9 Vormittags, Dover passirt. — „Helm", von Hamburg nach Westindien, ist am 17. d., 3 Uhr Nachmittags, Dover passirt. — „Amazonas", Kapt. Simonsen, ist ausgehend am 18. d., Morgens, in Lissabon angekommen. — „Piso", Kapt. Fendt, von Newport News nach Hamburg, ist am 18. d., 1 Uhr Nachmittags, Scilly passirt. — „Asti", Kapt. Lafrenz, ist am 18. d., 7 Uhr Vormittags, von New-York nach Pernambuco abgegangen. — „Sines", Kapt. Harde, ist am 18. d. in Oporto angekommen. — „Alsen", Kapt. Stuhr, ist am 18. d. von Glasgow in Aarhus angekommen. — „Föhr", Kapt. Laars, ist am 17. d. von Garston in South-Shields angekommen. — „Castilia", Kapt. Dugge, ist am 18. d. von St. Thomas via Havre nach Hamburg abgegangen. — „Silesia", Kapt. Behrens, auf der Heimreise von Ostasien, ist am 19. d. in Port Said angekommen. — „Bahia", Kapt. Bruhn, ist ausgehend am 17. d. in Montevideo angekommen. — „Pernambuco", Kapt. Böge, ist am 18. d. von Montevideo nach Cherbourg und Hamburg weitergegangen. — „Desterro", Kapt. Schulz, ist am 18. d. in Pernambuco angekommen. — „Isis", Kapt. Callsen, hat am 18. d. seine Rückreise von Valparaiso via Montevideo direkt nach Hamburg angetreten. — „Luciana", Kapt. Behrmann, ist rückkehrend am 18. d. von Montevideo nach Havre und Hamburg weitergegangen. — „Memphis", Kapt. Jansen, ist rückkehrend am 18. d. von Montevideo nach Hamburg weitergegangen. — „Neko", Kapt. Wohlers, von der Westküste Süd-Amerikas kommend, ist am 18. d. in Havre eingetroffen. — „Pembridge" ist am 16. d. 9 Uhr Morgens, von New-York nach Hamburg abgegangen. — „Athos", Kapt. Zeplien, war am 18. d. in Konstantinopel und setzte am selben Tage die Reise nach Ghelli fort. — „Chios", Kapt. Schlösser, ist am 18. d. von Konstantinopel nach Alexandrien weitergegangen. — „Vera", Kapt. Fischer, passirte rückkehrend am 18. d. Beachy Head. — „Samos", Kapt. Mohr, ist am 18. d. von Oran nach Hamburg abgegangen. — „Lemnos", Kapt. Broren, passirte ausgehend am 19. d. Beachy Head. — „Hochheimer" ist ausgehend von Port Said weitergedampft. — „Hohenfels" ist in Colombo angekommen. — „Braunfels" ist rückkehrend von Malta weitergedampft. — „Bärenfels" ist von Antwerpen nach Kalkutta gedampft. — „Rudelsburg" ist nach dem Platastrom gedampft. — „Mainz", Kapt. Albrecht, nach Brasilien bestimmt, ist am 18., 11 Uhr Vorm., in Oporto angekommen. — „Bera", Kapt. Meißel, hat am 18. d., 10 Uhr Vorm., die Reise von Genua nach Neapel fortgesetzt. — „Kaiser Wilhelm der Große", Kapt. Engelbart, von New-York kommend, ist am 18. d., 10 Uhr Abends, auf der Weser angekommen. — „Lahn", Kapt. Pohle, ist am 18. d., 12 Uhr Mittags, von New-York via Southampton nach der Weser abgegangen. — „Bonn", Kapt. Traue, von Baltimore kommend, ist am 18. d., 1 Uhr Nachm., Dover passirt.

Meteorologische Beobachtungen.

W. Campbell & Co. Nachfolger.

Hamburg, 19. April, 12 Uhr Mittags.

Thermometer (° C) Mittags	Maxim.	Minim.	Barom. (mm)	Wind	Atmosph.
+ 10,1	+ 10,5	+ 2,0	768,7	Ost	schön.

Eintritt der Fluth und Ebbe in Hamburg

am 20. April:

Fluth: 8 Uhr — Min. | Ebbe: 1 Uhr — Min.

Wasserstand der Oberelbe.

In Aussig	18. April	+ 0,44 m.
„ Dresden	18. „	+ 0,87 m.
„ Barby	18. „	+ 1,84 m.
„ Magdeburg	18. „	+ 1,63 m.
„ Wittenberge	18. „	+ 1,92 m.
„ Dömitz	17. „	+ 1,22 m.
„ Lauenburg	18. „	+ 1,32 m.

Allgemeine Prognosen der Wetterkarten der Seewarte.

Am 20. April.

Nordwestdeutschland: Veränderliches Wetter mit schwachen Winden; stellenweise Regen. Temperatur unverändert.

Auktionen.

20. April.

9½ Uhr: Rosenallee 35, Pfänder (Lombardverwaltung).
10 „ Pinneberg, Süß'sche Eisengießerei, Betrieb einer Eisengießerei (Matthesie, Gerichtsv.).
10 „ Uhlenhorsterweg 45, Luxusfuhrwesen (W. Levisohn).
10 „ Steinstr. 40, Manufaktur-, Wäsche- und Wollwaaren, Herren-, Damen- und Knaben-Konfektion, Laden-Einrichtung (Jobs. Thiessen).
10 „ Altona, Kl. Gärtnerstr. 112, 1. Etage, Hausstand, Gold- und Silberwaaren, Gartenmobilien ꝛc. (G. Dowe).
10 „ Kaiser Wilhelmstr. 58, Pfänder (Gerichtsv.).
10 „ St. Pauli, Jägerstraße, Mobilien, Hausstandssachen, Krämerwaaren ꝛc. (Gerichtsv.).
10 „ Altona, Gr. Mühlenstraße 98, Zigarren, Rothwein, Möbelgarnituren (A. H. Sprung).
10 „ Badestr. 6, Inventar u. Mobiliar (S. Lion).
10½ „ Lehmweg 44, Putz- u. Modewaaren, Ladeneinrichtung (S. Warisch).
10½ „ Admiralitätstr. 3, Mobilien, Hausstandsartikel, Fahrräder (Th. Dreyer).
10½ „ Steinstr. 40, Orientalische Teppiche (G. Zentler).
10½ „ Gr. Allee 9, III., div. Mobilien (v. Würzen).
10½ „ Pferdemarkt, Barmb. Bierhalle, Pflanzen (H. Deters).
10½ „ Kajen 34/35, Schuhwaaren (C. Holste).
10½ „ Schauenburgerstr. 60, II., Kontor-Inventar (Eilas).
10½ „ Catharinenstr. 23, Teppiche, Möbelstoffe (G. Zentler).
10½ „ Lübeckerstr. 137, Mobilien ꝛc. (v. Würzen).
2½ „ Lübeckerstr. 111, Hausstandsartikel und Galanteriewaaren (S. Warisch).

Versammlungs-Anzeiger.

Vereine:

Donnerstag, den 20. April, Vormittags 10 Uhr: **Oeffentliche Versammlung der im Ausstande befindlichen Schuhmacher,** bei Hilmer, Gänsemarkt 35. — Abends 8½ Uhr: **Seeleute,** bei Krüger, Silbersackstraße 18, St. Pauli. — **Zimmerer,** bei Hilmer, Gänsemarkt 35. — **Sozialdemokratischer Verein,** in Koppelmanns Salon, Große Rosenstraße, Altona. — — **Oeffentliche Versammlung der Metallarbeiter von Altona und Umgegend,** bei Christiansen, Blumenstraße 41. — **Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur,** bei Eschke, Schauenburgerstr. 14. — **Sozialdemokratischer Verein Ottensen,** bei Buchholz, Am Felde 5.

Freitag, den 21. April, Abends 8½ Uhr: **Sozialdemokratischer Verein für den 1. Hamburger Wahlkreis,** im Englischen Tivoli, Kirchenallee 41, St. Georg. — **Oeffentliche Versammlung der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter,** bei Hilmer, Gänsemarkt 35. — Abends 9 Uhr: **Oeffentliche Gärtner-Versammlung,** bei Hilmer, Gänsemarkt 35. — **Oeffentliche Versammlung der Schneider Altonas,** bei Ebler, Norderstr. 37.

Sonnabend, den 22. April, Abends 8 Uhr: **Sozialdemokratischer Verein für Schiffbek ꝛc.,** bei E. Kratzmann, in Kirch-Steinbek. — Abends 8½ Uhr: **Schmiede, Rothenburgsort,** bei Stolt, Süderstr. 88. — **Oeffentliche Drechsler-Versammlung,** bei Ellerbrook, Hamburgerstr. 134, Barmbek. — **Oeffentliche Versammlung der Sattler und Tapezierer,** bei v. Salzen, Caffamacherreihe 6/7. — Abends 9 Uhr: **Stellmacher,** bei Hilmer, Gänsemarkt 35. — **Oeffentliche Gärtner-Versammlung,** bei Kalibe, Blankenese.

Sonntag, den 23. April, Nachmittags 4 Uhr: **Polnischer Sozialdemokratischer Verein,** im „Schweizer-Saal", Gr. Freiheit, Altona.

Dienstag, den 25. April, Abends 8½ Uhr: **Freidenker,** bei v. Salzen, Caffamacherreihe Nr. 6/7. — **Dritter Hamburger Wahlkreis,** im „Engl. Tivoli", Kirchenallee 41, St. Georg.

Mittwoch, den 26. April, Abends 9 Uhr: **„Freie Volksbühne",** bei Tütge, Valentinskamp.

Krankenkassen:

Sonntag, den 23. April, Vormittags 9 Uhr: **Maurer, „Grundstein zur Einigkeit", Filiale Hamburg,** Spitalerstraße 61.

Anzeigen.

(Für den Anzeigentheil ist die Redaktion dem Publikum nicht verantwortlich.)

Todes-Anzeige.

Heute, den 19. April, wurde unsere kleine

Ingeborg,

nach eben vollendetem ersten Lebensjahre, durch den Tod von ihren schmerzlichen langen Leiden erlöst. Tief betrauert von ihrer Großmutter, Geschwistern und Eltern.

L. Eskelson und Frau.

Beerdigung: Freitag, den 21. d. M., Nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause.

Für die vielen Beweise der Theilnahme bei der Bestattung meiner lieben Frau **Pauline** sage ich hierdurch Allen, die mir in den schweren Stunden so trostreich zur Seite standen, besonders auch den Mitgliedern der Liedertafel „Leopoldus" meinen tiefgefühlten Dank.

Hamburg, den 19. April 1899.

Julius Reinecke und Kinder.

Danksagung.

Für die reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage allen Bekannten und Verwandten meinen herzlichsten Dank.

Frau Paepe nebst Kindern.

Arbeitsmarkt

20 Mark u. m. verd., wer d. Kassa-Verk. **I. Klass. deutsch. Fahrräd.** verm. Hoh. Pr. f. d. Vff. v. Fahrr.-Acetyl-Lat. St. P. Fahrradhs., **Langereihe 75.**

Tüchtige Schneider

finden Beschäftigung.

E. Zeyn,

Gr. Burstah, Ecke Hahntrapp.

Schneider f. hell. Platz erh. Gr. Bleichen 27, 2. r.

Schneider f. hell. Platz erh. Paulstr. 30, 4. Et. l.

Gesucht Korbmacher auf Flaschenkörbe. **Peterson,** Blankenese.

Mechaniker

für meine Bochumer resp. Braunschweiger Reparatur-Werkstatt. Dauernde Stellung. Tüchtige Leute, welche auch gleichzeitig flotte Verkäufer sind, wollen sich melden, 2—4 Uhr, **H. Timmann,** Hamburg, Ellernthorsbrücke 6, Nähmaschinen- und Fahrrad-Großhandlung.

Geübte Stepperin. Langenfelderstr. 25, 4. Et., Alt.

20 bis 30 Mädchen

finden in unserem höchst sauberen und gesunden Betriebe zum 1. Mai angenehme Stellung, bei **vollständiger freier, guter Beköstigung, Wohnung und wöchentlich M. 5 Lohn.**

Vierländer Frucht- und Gemüse-Konservenfabrik und Verwerthungs-Verein zu Kirchwärder, e. G. m. b. H.

J. M. w. Tab. inh. z. str. 2 W 15. Hohlerweg 19, I. r.

Zig.-Arb. s. Hausarbeit a. F. Parallelstr. 12, p. r.

Tücht. Bekleber u. Fertigmacherin sucht Stellung. St. P., Gerhardstr. 14, II. r.

Ein Zurichter f. Beschäftig. Marthastr. 18, III. r.

Hamburg.

Ges. Z.-A. 15,75. Mesterkamp 18, 2. l., Barmb.

Ges. Z.-A. M. 13,50. Gärtnerstr. 30, 2., Hoheluft.

Ges. Z.-A. 15. Pinnebergerweg 3, 2. Pt. r., Eimsb.

Ges. Zurichter a. ½ T. 2,50. Schäferstr. 13/15, 1.

Altona.

Ges. Zur. a. g. T. M. 10,50. Friedrichstr. 2, 2.

Ges. Zurichterin a. g. T. M. 11. Julinsstr. 16, 1. r.

Ges. Zur. a. ½ T. M. 5,50. Lornsenstr. 7, 3. l.

Ges. Rapperstr. a. ½ T. R. M. 5. Waterloohain 13, 1. l.

Ottensen.

Ges. Zig.-Arb. M. 16,50. Lagerstr. 9, 3. r.

Gs. t. Zurichterin Mrg 5,50 M. Brunnenstr. 3, 2. l.

Oeffentliche Drechsler-Versammlung

am Sonnabend, 22. April, Abds. 8½ Uhr, im Lokale des Herrn **Ellerbroek, Hamburgerstraße Nr. 134, Barmbek.**

Wegen der wichtigen Tagesordnung ersuche ich alle Drechsler von Hamburg, Barmbek und Umgegend, recht zahlreich zu erscheinen. **Der Einberufer.**

Polnischer Sozialdemokratischer Verein in Altona.

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, 23. April, Nachm. 4 Uhr, im „Schweizer-Saal", Gr. Freiheit 39.

Tages-Ordnung:

1) Vortrag: „Nach zehn Jahren". Referent: Genosse **Zolnierkiewicz.** 2) Diskussion. 3) Abrechnung vom 1. Quartal. 4) Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

GEBR. HEILBUTH

Steinstrasse 121/127.

Zur Umzugszeit

empfehlen wir folgende Artikel zu Ausnahmepreisen:

Gardinen.

Tüll-Gardinen .....Preis per 2 Flügel 2,10 M. und **1,35 M.**
Tüll-Gardinen, gezwirnt, 1,30 breit, 3,20 lang, per 2 Flügel 5,10 M. und **3,55 M.**
Tüll-Gardinen, **englisch**, Ia., ohne Appret., 1,50 breit, 3,65 lang, per 2 Flügel 11,00, 9,60 u. **7,00 M.**
Tüll-Stores, 1,35 breit, 3,20 lang..... per Stück **2,80 M.**

Ein Rest-Posten
feinster englischer Tüll-Gardinen,
abgepasst, nur bessere Qualitäten. Neueste Muster. **25% unter Preis.**

Rouleaux.

Köper-Rouleaux, Ia., crême und weiss, mit Spachtelbordе, 100 breit, 200 lang, 2,45 u. **1,70 M.**
Zug-Rouleaux, Ia. Köper, mit elegant. Spachtelarbeit, 84 breit, 200 lang ..... per 2 Flügel **4,10 M.**
Zug-Rouleaux, Ia. Köper, mit reich. Spachtelstickerei, 85 breit, 225 lang ..... per 2 Flügel **6,50 M.**

Besonders billiges Angebot!
Eine Partie schwerer, zweifarbiger
Gobelin-Bettdecken **3,65 M.**

Teppiche.

Plüsch-Teppich, 128×185 cm..... **4,90 M.**
Tapestry-Teppich, solides Gewebe, 135×190 cm .. **6,20 M.**
Tapestry-Teppich, prima Qualität, 165×235 cm... **15,75 M.**
Tapestry-Teppich, extra prima Qualität, 200×300 cm **33,40 M.**
Plüsch-Teppich, extra prima Qualität, 160×230 cm **17,00 M.**
Velour-Teppich, in feinen Farben, 200×300 cm.... **42,75 M.**

Linoleum-Teppiche

in reichhaltigster Musterauswahl.

Grösse:	200×300	200×250	180×250	150×200	
	15,00	12,00	11,60		**7,50 M.**

Linoleum-Läufer

in reichhaltigster Musterauswahl.

57 cm breit ..... per Meter 1,00 M. und **80 ₰**
67 cm breit ..... per Meter 1,30 M. und **92 ₰**
90 cm breit .... per Meter 1,85 M., 1,50 M. und **1,28 M.**
183 cm breit, bedruckt ..... per Meter **2,25 M.**
200 cm breit, per Meter 4,60 M., 3,80 M., 3,40 M. und **2,75 M.**

Portièren.

Portièren gestreift, 2½ Mtr. lang ..... per 2 Flügel **2,00 M.**
Woll-Portièren glatter Fond mit Blumenborde, 1,00×3,25 Mtr. ..... per 2 Flügel **5,50 M.**
Woll-Portièren glatter Fond m. 2seit. durchgewirkter Arabeskenborde, 1,10×3,50 Mtr., per 2 Flügel **12,25 M.**

Aeusserst preiswerth!
Woll-Portièren glatter Fond, mit Borde u. Knüpf-Franze, in all. Farb., 3,10 lang ..... per 2 Flügel **4,00 M.**

Tischdecken.

Marke „Andorra" bunt gemustert, 130×130 cm ..... **1,50 M.**
Marke „Remo" schweres Gobelingewebe, 150×150 cm **4,00 M.**
Marke „Madrid" elegant bestickt, mit Knüpf-Franze, 150×150 cm **6,25 M.**
Marke „Prisco" glatter Plüsch m. Schnur u. Quasten **10,00 M.**

Ein Posten
Rest-Coupons
in Möbel-Stoffen, Portièren-Stoffen, Gardinen, Linoleum und Läufer-Stoffen
zu sehr billigen Preisen!

Gaskronen in Schwarz mit Kupfer oder in Bronze **bedeutend unter Preis!**

Schuhmacher-Streik!

Oeffentliche Versammlung

der im Ausstande befindlichen

Schuhmacher

heute, Donnerstag, 20. April, Vorm. 10 Uhr, in der „Lessinghalle", Gänsemarkt 35.

Tages-Ordnung:

Die Situation in unserem Streik!

Der Einberufer.

Sozialdemokratischer Verein für den 1. Hamburger Wahlkreis.

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, den 21. April 1899, Abends 8½ Uhr, im „Englischen Tivoli", Kirchenallee 41.

Tages-Ordnung:

1) Abrechnung. 2) Vortrag. 3) Die Verhandlungen der Bürgerschaft. 4) Neuwahl der Mitglieder der Neunerkommission. 5) Verschiedenes.

Der Vorstand.

Von 8 Uhr Abends an finden im Versammlungslokal Neuaufnahmen von Mitgliedern statt.

Achtung! Gärtnergehülfen!

Große öffentliche Versammlungen

am Freitag, 21. April, in der „Lessinghalle" in Hamburg; am Sonnabend, 22. April, im Lokale des Herrn Kalibe, in Blankenese.
Anfang: Abends 9 Uhr.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Einberufer.

Sozialdemokratischer Verein für Schiffbek und Umgegend.

Mitgliederversammlung

am Sonnabend, 22. April, Abds. 8 Uhr, im Lokale des Hrn. **Ernst Kratzmann** in **Kirch-Steinbek.**

Tages-Ordnung:

1) Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragentrichten. 2) Vortrag. 3) Abrechnung vom ersten Quartal. 4) Vereinsangelegenheit.

Achtung, Schneider Altonas!

Große öffentl. Schneiderversammlung

am Freitag, 21. April, Abds. 9 Uhr, im Lokale der Frau **Edler Wwe.**, Norderstr. 37.

Tages-Ordnung:

1) Was lehrt uns unsere diesjährige Lohnbewegung? (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2) Stellungnahme zur Maifeier. 3) Antrag der Fahnenkommission. 4) Stellungnahme zu den Fragebogen. 5) Verschiedenes.

Kollegen! Seid Alle am Platze!

Der Einberufer.

Vermiethungen

Heidenkampsweg 120
Geschäftskeller mit Wohnung zu vermiethen.

Geschäftskeller
mit Wohnung zu vermiethen.
Heidenkampsweg 180, part., beim Wize.

Etagen, 3 Zimmer, M. 250 bis 300. **Amandastr. 48.**

Gef. freundl. leer. Zimmer v. e. alleinst. Frau. Off. m. Preis an **Bötger,** Parkallee 34.

Tapez. volst. Sopha von M. 5, Bettr. von M. 3 an in und außer dem Hause. Karte genügt. **H. Möller,** Hbg., Peterstr. 77.

Rath und Auskunft, Prozeßs., Anfert. von Verkaufsakt., Testam., Gesuchen, Besorgung von Heimathspapieren, Einz. fauler Schulden. **Kaiser Wilhelmstraße 4, I.,** vis-à-vis Wexstraße, v. 9 Uhr Morgens b. 8 Uhr Abds., Sonntags v. 11—1.

Kein Honorar f. Einz. v. Schuld., wenn k. Erfolg. 50 ₰ f. Auskft. in Rechtss. Anfertig. v. Gesuchen, Verträgen, Test. Buschmann, Banksstr. 152.

St. Georgs ältestes und größtes
Pfandleihhaus,
H. Rosenthal, Bremerstr. 3.
Höchster Vorschuß.
Mäßige Zinsen.

Pfand-Leihhaus,
Borgfelde, Baustrasse 28.

Leihhäuser,
höchster Vorschuß, billige Zinsen.
48 Pferdemarkt / Amandastrasse 48

Pfand-Auktion
Mittwoch, den 26. April 1899, über verfallene Pfänder.
G. Wortmann & Co., Spadenteich 8.

Pfand-Auktion
Dienstag, den 25. April 1899, im Auktionslokal des Gerichtsvollzieher-Amts, Kaiser Wilhelmstraße 58. Einlösung und Erneuerung bis Sonntag, den 23. April.
F. Singelmann, Lindenallee 39, Eimsbüttel.

Hamburg. J. Halmke. Kohlhöfen 12. Lager v. Bettfedern u. Daunen, sowie sämmtl. Aussteuer-Artikel. Herren- u. Damen-Wäsche, eigenes Fabrikat. Flanellhemden, echtblau u. krumpfrei.

Donnerstag
Ziehung
1. Kl. Lübeker Staats-Lotterie.
Loose ⅛ M. 1,— ¼ M. 2,— ½ M. 4,—
Prompter Versand auch unter Nachnahme.
Hauptkollekte **K. Flörsheim,**
St. Pauli-Hamburg, Langereihe 50, 52.
(Carl Schultze-Theater.)

Auf Theilzahlung
Herren-Anzüge, Paletots, eleganter Schnitt,
fertig und nach Maß.
Spezialgeschäft f. Herren-Garderoben.
H. Hesslein,
Steindamm 17, part., 2. Haus vom Hansa-Saal.

Beamte u. reelle Leute erh. einzelne Möbel, als a. ganze Hausst., bequeme monatliche Zahlung. Osterstr. 96, Gartenh.

Radfahrer=
Anzüge, einzelne Hosen, sowie Sweaters, Mützen, Sweaters-Gamaschen, Strümpfe, Mützen, Gürtel empf. in groß. Auswahl
L. H. Tänzer, Altona,
Ecke Gr. Bergstr. u. Gr. Johannisstraße.

Auf Abzahlung
von M. 1,— an,
Mobilien, Betten, Uhren, Kinderwagen, Regulatöre, Herren- u. Damengarderoben.
117, I. Steinstr. 117, I.

Die besten u. billigsten Plüschgarnituren findet man nur bei
J. Lewald, 2. Elbstraße 16.

Grösste **Läger** in
Sonntags- und Arbeiter-Garderoben
unterhält
Ernst Aug. Steinberg,
Altona, Grosse Bergstrasse 115,
St. Pauli, Langereihe 3,
Neue Rosenstrasse 47/49,
nahe der Bartelsstrasse.

Nähm., gut erh., u. Gar., M. 10. Kattrepel 35, I.

Fahrräder, Dürkopp u. Badenia, d. allerneuesten, elegantesten und besten. **Müller, Schulterblatt 11.**

Ein flottgeh. Brotgeschäft ist krankheitsh. preisw. z. verk. Verdienst M. 50 p. W. Bill. Miethe. Off. unt. B. K. P. bef. d. Exp. d. Bl.

Fettwaaren-Geschäft, Mitte der Stadt, tägl. Umsatz za. M. 80, ist sofort für M. 1800 zu verkaufen. Näh. Kielerstraße 5, I. links.

Zu verk. amerik. Harfenzither m. 54 Noten für M. 15. Eilbek, Condensfir. 22, Hs. 3, I. l.

Maler! Hauswirthe! Handwerker!
kauft Eure Farben nur im
billigsten Detailfarbenlager Hamburgs, von
A. Kunzendorf, Eimsbüttel, Fruchtallee 47, Tel. Amt II, 1075.



Zu beziehen durch:
Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co., Gr. Theaterstr. 44.

Abreise halb. sof. f. M. 500 z. verk. e. Fettw.-Gesch., Fachk. n. erf. Sch. Lad. m. Wohn. Bill. Miethe. Makler verb. Off. u. **D. U. M.** a. d. Exp. d. Bl.

Hierdurch nehme ich die Beleidigung gegen Hrn. **Wölfel** wieder zurück. **W. Berk.**

ff. **Pries'** Kräuter-Dampf- (Hansa-Bitters) Weine, Kognak etc., **echt.** Alstertwiete 19.

Fettwaaren- und Brot-Geschäft
H. C. D. Voigt,
Hammerbrookstr. 85 (Ecke Sachsenstraße)
Lübekerstr. 102 (Ecke Elisenstraße),
Wandsbeker Chaussee 10 (3. H. v. d. Landw.).
Unübertrefflich ist meine Margarine.
Nur allerfeinste Meiereibutter.
Alle Sorten Käse.
Schwarz- und Feinbrot.

100 Apfelsinen
M. 2 u. M. 3, 100 Zitronen M. 2. Südfruchtlager, Gr. Burstah, Ecke Hahntrapp.

Meiereibutter, hochf., ℔ 95 ₰, **Margarine,** ff., ℔ 50 ₰, reines **Schmalz** ℔ 35 ₰, **Holländer und Tilsiter Käse,** kopfweise ℔ 52 ₰, **Schweizer,** vollfett, ℔ 80 ₰, kleine **Schinken,** delikat, i. G. ℔ 55 ₰.
Niedernstraße, „Zur goldenen Nr. 10".

Zigarren en gros.
Nur für Wiederverkäufer
bietet sich e. dauernde Gelegenheit, Zigarren, tadellos im Brand u. in vorzügl. Qualität, **von M. 18,— pro Mille an** bis zu den höchst. Preisen von mein. bestassortirten Lager netto Kassa zu beziehen.
Heinr. Krohn,
Valentinskamp Nr. 99, Eingang Thorweg links.

Holsten-Biere
sind **reine** und **reife** Biere, bereitet nach den Vorschriften **des bairischen Braugesetzes.**

Vorräthe am 1. Januar 1899:	27 676	Hekt.
Verkauf im 1. Quartal	21 047	„
Vorräthe am 1. April	29 912	„

Bestellungen werden an die **Holsten-Brauerei in Altona** (Fernsprecher Nr. 38) oder an die Bierführer erbeten.

Schweizer-Saal. Altona.
Heute, Donnerstag: **Großer Ball,**
bedeutend verstärktes Orchester, abwechselnd Streich- und Militärmusik.
Entree für Herren 30 ₰, wofür freier Tanz. Damen frei. — Anfang 7½ Uhr.
C. Melching.

Theater.

Donnerstag, den 20. April:
Stadt-Theater. Zum 7. Male: **Der Bärenhäuter,** in 3 Akten, von Siegfried Wagner. Große Preise. Anfang 7½ Uhr.
Thalia-Theater. Zum Benefiz für Frau Ella Gröger. Mutter und Sohn, Schauspiel in 5 Akten, von Ch. Birch-Pfeiffer. Anfang 7½ Uhr.
Altonaer Stadt-Theater. Bei festlich beleuchtetem Hause. Zur Hundert-Jahres-Feier der ersten Aufführung von „Wallenstein's Tod" (Weimar, 20. April 1799). Zu ermäßigten Preisen. **Wallenstein's Tod,** Trauerspiel in 5 Akten, von Schiller. Anfang 7 Uhr.
Carl Schultze-Theater. Heute und folg. Tage. Anfang 7½ Uhr. (Dtz. gltg.) Novität! Zum 5. Male: Novität! **Das Versuchskaninchen,** Schwank in 3 Akten, von Benno Jacobson.
Sonntag, 23. April, Anfang 3½ Uhr, zu sehr ermäßigten Preisen: **Hanna Jagert.**
Ernst Drucker-Theater. Anfang 7½ Uhr. Sensationelle Neuheit! **Die Engelmacherin von London,** gr. sens. Schausp. a. d. engl. Verbrecherleben in 7 Abth. von Harsky. Ungeheurer Erfolg in London.

Freitag, den 21. April:
Stadt-Theater. Gastspiel der Frau Agnes Sorma. Die versunkene Glocke, Märchendrama in 5 Akten, von Hauptmann. Mittel-Preise. Anf. 7½ Uhr.
Thalia-Theater. Zu ermäßigten Preisen: **Kean,** oder: **Genie und Leidenschaft,** Lustspiel in 5 Aufzügen, frei nach dem Französischen des Dumas, von Barnay. Anfang 7½ Uhr.
Altonaer Stadt-Theater. Margarethe, Oper in 4 Akten, von Gounod. Große Preise. Anfang 7 Uhr.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.